

gen des Zollausschlußgebiets.

putation für Häfen und Eisenbahnen  
Bürgerchaft unter Vorbehalt  
ndet.

s-Gesellschaft haben die zurzeit  
(Arbeitswagen) der bremischen  
erungen des Verkehrs im erweiterten  
im Laufe des letzten Sommers  
Lagerhaus-Gesellschaft umgebaut  
ist doch schon zu erkennen, daß  
befriedigen können. Dabei ist  
Regiearbeiten häufig benutzt werden

n weiteren Arbeitswagen notwendig  
großen Bodenfläche handelt, so  
kaufen, vielmehr wird der Bedarf  
sich auf 25 000 M. belaufen. Die  
zu bringen. Für den diesjährigen  
Verfügung stehen.

von der Lagerhaus-Gesellschaft  
des Fonds „Erweiterungsbauteile“  
atbudget der außerordentlichen

Häfen und Eisenbahnen  
ufen. (gez.) Arng.

ichtenstraße.

der gewünschten Anweisung wegen  
Fichtenstraße versehen. Er tritt  
erteilen, einen Teil des zwischen  
bewegenden Fuhrwerksverkehrs über  
wie die Polizeidirektion berichtet  
be- und Entladung von Eisenbahn  
würden.  
Regulierungsdeputation zur weiteren

# Mitteilung des Senats

vom 1. Februar 1908.

## Inhaltsverzeichnis.

### Budget für das Rechnungsjahr 1908.

|        |                                                                               |        |
|--------|-------------------------------------------------------------------------------|--------|
| Anlage | 1. Bericht der Finanzdeputation                                               | S. 92. |
| "      | 2. Bericht des Senatskommissars für die Hafenstädte (Amt Bremerhaven)         | " 97.  |
| "      | 3. Bericht der Deputation für die Gefängnisse                                 | " 99.  |
| "      | 4. Bericht der Deputation für das Gesundheitswesen                            | " 102. |
| "      | 5. Bericht der Deputation für die Krankenanstalt                              | " 103. |
| "      | 6. Bericht der Polizeidirektion                                               | " 106. |
| "      | 7. Bericht der Deputation wegen der städtischen Löschanstalten                | " 114. |
| "      | 8. Bericht des Senatskommissars für die Hafenstädte (Amt Vegeesack)           | " 115. |
| "      | 9. Bericht der Steuerdeputation                                               | " 115. |
| "      | 10. Bericht der Senatskommission für Zollangelegenheiten                      | " 117. |
| "      | 11. Bericht der Baudeputation, Abteilung Allgemeine Bauverwaltung             | " 122. |
| "      | 12. Bericht der Baudeputation, Abteilung Straßenbau                           | " 123. |
| "      | 13. Bericht der Deputation für Regulierung der Baulinien                      | " 127. |
| "      | 14. Bericht der Baudeputation, Abteilung Wegbau                               | " 128. |
| "      | 15. Bericht der Baudeputation, Abteilung Wasserbau                            | " 131. |
| "      | 16. Bericht der Deputation für Häfen und Eisenbahnen                          | " 132. |
| "      | 17. Bericht der Gewerbekammer                                                 | " 142. |
| "      | 18. Bericht der Deputation für das städtische Orchester und das Stadttheater  | " 145. |
| "      | 19. Bericht der Baudeputation, Abteilung Hochbau, (Außerordentliche Ausgaben) | " 146. |

### Budget für das Rechnungsjahr 1908.

Der Senat läßt der Bürgerchaft hierneben die Budgetvorlage der Finanzdeputation für das mit dem 1. April ds. Js. beginnende Rechnungsjahr mit den Budgetberichten

- 1) der Finanzdeputation,
- 2) des Senatskommissars für die Hafenstädte (Amt Bremerhaven),
- 3) der Deputation für die Gefängnisse,
- 4) der Deputation für das Gesundheitswesen,
- 5) der Deputation für die Krankenanstalt,
- 6) der Polizeidirektion,
- 7) der Deputation wegen der städtischen Löschanstalten,
- 8) des Senatskommissars für die Hafenstädte (Amt Vegeesack),
- 9) der Steuerdeputation,
- 10) der Senatskommission für Zollangelegenheiten,
- 11) der Baudeputation, Abteilung Allgemeine Bauverwaltung,
- 12) der Baudeputation, Abteilung Straßenbau,
- 13) der Deputation für Regulierung der Baulinien,
- 14) der Baudeputation, Abteilung Wegbau,
- 15) der Baudeputation, Abteilung Wasserbau,
- 16) der Deputation für Häfen und Eisenbahnen,
- 17) der Gewerbekammer,
- 18) der Deputation für das städtische Orchester und das Stadttheater,
- 19) der Baudeputation, Abteilung Hochbau, (Außerordentliche Ausgaben)

zur Beschlußfassung mit dem Bemerkten zugehen, daß er sich seine Erklärung vorbehält.

Zugleich ersucht der Senat die Bürgerchaft um ihre Zustimmung zum Erlass des Gesetzes, betreffend die Wassersteuer für das Rechnungsjahr 1908, in derselben Form und mit denselben Steuersätzen wie für das Rechnungsjahr 1907. Wegen der gleichfalls erforderlichen Feststellung der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1908 wird der Senat seine Erklärung demnächst nachfolgen lassen.

## Anlage 1.

## Bericht der Finanzdeputation.

Während die festgestellten Budgets für die Rechnungsjahre 1906 und 1907 mit Fehlbeträgen von 828 265 M und 383 572 M abschlossen, ergibt die vorläufige Zusammenstellung des Budgets für 1908 einen Fehlbetrag von 2 999 912 M. Dieser auffällige Unterschied ist nicht auf einen Rückgang oder Stillstand der Einnahmen, sondern auf eine ganz enorme Steigerung der Ausgaben zurückzuführen, findet also seine Erklärung nicht so sehr in einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich erst später fühlbar machen wird, wenn sie nicht ganz überwunden werden sollte, als in einem unerwarteten Anschwellen des Bedarfs, welcher gewiß zum Teil auf dauernden Ursachen beruht, von dem sich aber noch nicht mit Sicherheit sagen läßt, ob er in diesem Maße anhalten wird. Abgesehen von den Einnahmen vom Reich, die sich zurzeit noch mit den Ausgaben für das Reich ausgleichen und deshalb für die eigenen Einnahmen und Ausgaben des Bremischen Staates nicht in Betracht kommen, beläuft sich die Gesamtsumme der außerordentlichen und ordentlichen Einnahmen nach dem Voranschlage auf 33 589 352 M (1 346 766 + 32 242 586 M) gegen 32 001 342 M im festgestellten Budget für 1907 und 30 618 277 M im Budget für 1906. Die eigenen Einnahmen des Bremischen Staates sind also gegen das Vorjahr um 1 588 010 M gewachsen, während die Zunahme der Einnahmen im Jahre 1907 im Vergleich zu dem Einnahmeanschlag des vorhergehenden Rechnungsjahres 1 383 065 M betragen hat. Dagegen sind die ordentlichen Ausgaben, unter Ausschluß der Ausgaben für das Reich, von 29 034 289 M im Jahre 1906 und 30 254 641 M im Jahre 1907 nach dem Voranschlage auf 32 735 783 M gestiegen. Die Steigerung der ordentlichen Ausgaben im Vergleich zu dem vorhergehenden Jahre betrug also im Jahre 1907: 1 220 332 M und beträgt nach dem Voranschlage für 1908: 2 481 142 M. Diese sprunghafte Zunahme der ordentlichen Ausgaben ist im wesentlichen die Folge der inzwischen vorläufig in Kraft gesetzten, aber noch nicht abgeschlossenen Erhöhung der Beamtengehälter. Verhältnismäßig noch erheblicher ist die Zunahme der außerordentlichen Ausgaben. Diese belaufen sich nach dem Voranschlage für 1908 auf 3 748 105 M gegen 2 130 273 M im festgesetzten Budget für 1907 und 2 392 253 M im Jahre 1906.

Der dem Vorstehenden nach auf 2 999 912 M veranschlagte Fehlbetrag wird nach den weiter unten zu erörternden Anträgen der Finanzdeputation vorläufig auf 1 830 457 M herabgemindert werden können. Auf die endgültige Gestaltung der Finanzlage des nächsten Rechnungsjahres ist daraus aber kein Schluß zu ziehen. Denn soweit die Anträge der Finanzdeputation auf Streichung verschiedener außerordentlicher Ausgaben für Bauten und Anlagen lediglich darauf beruhen, daß entsprechende Berichte und Projekte noch nicht vorgelegt sind, muß mit der nachträglichen Einstellung der beanstandeten Positionen gerechnet werden. Dies gilt namentlich von den vorläufig angemeldeten Aufwendungen für Schulbauten im Betrage von 516 000 M. Eine weitere Verschlechterung wird die Finanzlage erfahren, wenn für die endgültige Festsetzung der Beamtengehälter weitere Ausgaben bewilligt werden müssen oder wenn vom Reiche schon im nächsten Rechnungsjahre größere Anforderungen an die Bundesstaaten gestellt werden sollten.

In der Veranschlagung der Steuereinnahmen ist die Finanzdeputation nach ihrer Überzeugung bis an die Grenze des eben noch Zulässigen gegangen. Sie hält es daher nicht für wahrscheinlich, daß die wirklichen Einnahmen den Anschlag erheblich übersteigen werden. Vielmehr ist aller Voraussicht nach zu erwarten, daß der Rechnungsabluß für 1908 ein beträchtliches Defizit ergeben wird, wenn die Einnahmen keine Steigerung erfahren.

Bei dieser Sachlage empfiehlt die Finanzdeputation, im Rechnungsjahr 1908 die Einkommensteuer um  $\frac{1}{2}$  Einheitsfuß zu erhöhen und sie in der Stadt Bremen mit 7, im übrigen Staatsgebiete mit  $6\frac{1}{2}$  Einheitsfüßen zu erheben. Den ganzen Fehlbetrag auf den Reservefonds früherer Überschüsse zu verweisen, hält die Finanzdeputation nicht für angängig, da der Reservefonds bei günstigem Stande der

deputation.

die Rechnungsjahre 1906 und 1907 572 M abschlossen, ergibt die 8 einen Fehlbetrag von 2 999 912 M Rückgang oder Stillstand der Vergrößerung der Ausgaben zurückzuführen der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage wird, wenn sie nicht ganz über den Answellen des Bedarfs, welche, von dem sich aber noch nicht anhalten wird. Abgesehen von den Ausgaben für das Reich an den Ausgaben des Bremischen Gesamtsumme der außerordentlichen Voranschläge auf 33 589 352 342 M im festgestellten Budget 1906. Die eigenen Einnahmen im Jahre um 1 588 010 M gewachsen 1907 im Vergleich zu dem Jahre 1 383 065 M betragen der Abschluß der Ausgaben für das Reich 254 641 M im Jahre 1907. Die Steigerung der ordentlichen Ausgaben betrug also im Jahre 1907 2481 142 M. Die Ausgaben ist im wesentlichen die Folge noch nicht abgeschlossenen Erhöhungen ist die Zunahme der Ausgaben dem Voranschläge für 1908 im festgestellten Budget für 1907 912 M veranschlagte Fehlbetrag der Finanzdeputation vorläufig. Auf die endgültige Gestaltung daraus aber kein Schluß zu ziehen auf Streichung verschiedener Ausgaben lediglich darauf beruhen, die vorgelegt sind, muß mit der nach gerechnet werden. Dies gilt für Anwendungen für Schulbauten in Verschlechterung wird die Finanzdeputation Beamtengehälter weitere Ausgaben schon im nächsten Rechnungsjahr gestellt werden sollten.

ist die Finanzdeputation nach Zulässigen gegangen. Sie hat Einnahmen den Anschlag erheblich nicht nach zu erwarten, daß der Fehlbetrag ergeben wird, wenn die Finanzdeputation, im Rechnungsjahr 1908 den und sie in der Stadt Bremen zu erheben. Den ganzen Fehlbetrag zu verweisen, hält die Finanzdeputation für das Rechnungsjahr 1908 die Einnahme aus der Einnahme bei günstigem Stande der

Staatseinnahmen nicht angegriffen, sondern für Zeiten aufgespart werden sollte, in denen infolge ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse die Einnahmen zurückgehen. Andernfalls könnte nur zu leicht der Fall eintreten, daß der Reservefonds verbraucht ist, wenn er am wenigsten entbehrt werden kann.

Im einzelnen ist zu der Budgetvorlage folgendes zu bemerken:

#### Außerordentliche Einnahmen.

Kap. I Tit. 1. Bankzinsen. Von der neu aufzunehmenden Anleihe von 15 000 000 M werden zeitweilig erhebliche Summen bei der Bank zu belegen sein. Der daraus zu erwartende Zinsgewinn ist auf 149 000 M zu veranschlagen. Dagegen wird der Mehrbedarf an Zinsen unter Berücksichtigung der dem Staate zu vergütenden Stückzinsen voraussichtlich 449 000 M betragen, so daß dem Staatshaushalte aus der Begebung der neuen Anleihe im Rechnungsjahr 1908 eine Mehrbelastung von 300 000 M erwachsen wird.

Kap. I Tit. 2. Beiträge für Straßenanlagen. Der Einnahmeposten von 277 890 M setzt sich zusammen aus 30 000 M wirklicher Einnahmen und 247 890 M an Vorschüssen, die dem laufenden Haushalt in Erwartung künftig eingehender Beiträge von dem Separatfonds für außerordentliche Verwendungen vorgezogen werden. (Vergl. Spezialbudget Nr. 125.)

Kap. I Tit. 7. Projektbearbeitungen. Die dauernde Einstellung dieses durchlaufenden Postens (vergl. außerordentliche Ausgaben I Nr. 32) entspricht einem zum Budget für 1907 gefaßten Beschlusse. (Verhdlg. 1907 S. 63 f.)

Kap. II Tit. 1. Unterwerfer-Korrektion. Im Finanzplan sind für das vierzehnte Betriebsjahr 429 000 M vorgezogen. Die eingestellte Summe übersteigt jenen Betrag um 70 000 M.

Kap. IV Tit. 1. Aus den Überschüssen früherer Jahre. Dieser Einnahmeposten wird in Zukunft verschwinden, da mit den jetzt eingestellten 105 376 M der Reservefonds der Überschüsse früherer Einnahmen vom Reich erschöpft ist. Dieser Fall wäre schon längst eingetreten, wenn die Matrikularbeiträge der Bundesstaaten vom Reiche voll eingefordert wären. Eingefordert sind die durch Überweisungen nicht gedeckten Matrikularbeiträge seit 1905 nur insoweit, als sie den Betrag von 40 M für den Kopf der Bevölkerung nicht übersteigen. Der weit größere Rest ist den Bundesstaaten einstweilen gestundet. Sollten die bis jetzt gestundeten Beiträge eingefordert werden, so würde Bremen für die Rechnungsjahre 1905 bis 1907 rund 400 000 M nachzahlen haben. Wie hoch sich der ungedeckte Matrikularbeitrag Bremens für 1908 belaufen wird, kann nicht angegeben werden, da noch nicht feststeht, in welchem Maße die Reichsfinanzen durch Erschließung neuer Einnahmequellen sich bessern werden. Einstweilen ist die Finanzdeputation davon ausgegangen, daß auch im Rechnungsjahre 1908 an Matrikularbeiträgen nicht mehr als 40 M für den Kopf der Bevölkerung eingefordert und der verbleibende Rest abermals gestundet werden wird.

Die Gesamtsumme der außerordentlichen Einnahmen ist um 811 797 M oder, nach Abzug der im vorigen Jahr zur Ausgleichung des Fehlbetrages dem Reservefonds zur Last gebrachten Summe, um 428 255 M niedriger als im festgestellten Budget für 1907.

#### Ordentliche Einnahmen.

Kap. I. Von Eigentum und Rechten. Die Summe des Kapitels ist um 703 369 M höher als im Rechnungsjahr 1907. Von diesem Mehrbetrage entfallen auf die Einnahmen der Häfen und Eisenbahnen 458 650 M, auf den Reinertrag der Gas- und Elektrizitätswerke 170 000 M.

Kap. II. Direkte Steuern. Die Summe des Kapitels beträgt 703 000 M mehr als im Rechnungsjahr 1907. Der Ertrag der Einkommensteuer ist auf 8 500 000 M veranschlagt gegen 8 000 000 M im Jahre 1907. Da der wirkliche Steuerertrag des Jahres 1907 den Voranschlag bedeutend übertrifft, so glaubt die Finanzdeputation für das Rechnungsjahr 1908 die Einnahme aus der Ein-

kommensteuer um 500 000 M höher veranschlagen zu dürfen als im vorigen Jahre. Das im Kalenderjahre 1907 erzielte Einkommen wird allerdings infolge der ungünstigen Geldverhältnisse und der enormen Kursverluste das Einkommen des Kalenderjahres 1906 bei weitem nicht erreichen. Es ist aber zu hoffen, daß es nicht allzu weit hinter dem Einkommen des für die dreijährige Durchschnittsberechnung ausschcheidenden Kalenderjahres 1904 zurückgeblieben sein wird.

Kap. III. Indirekte Steuern. Die Summe des Kapitels ist um 91 981 M höher als im festgestellten Budget für 1907. Der Ertrag der Erbschaftsteuer ist wieder wie im Vorjahre mit 800 000 M eingestellt worden, obgleich der wirkliche Ertrag im Jahre 1907 hinter dem Anschlage bedeutend zurückbleiben wird. Die Finanzdeputation glaubte gleichwohl denselben Betrag wieder einstellen zu dürfen, weil einmal bei den großen Schwankungen, denen gerade die Erbschaftsteuer unterworfen ist, angenommen werden kann, daß der starke Rückgang im Jahre 1907 sich im Jahre 1908 nicht wiederholen wird, und weil andererseits die im Jahre 1907 beschlossenen Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer erst im Jahre 1908 zur Wirkung kommen werden. Sehr zweifelhaft ist, ob der Ertrag der Veräußerungsabgabe den Anschlag (900 000 M) erreichen wird, da der Grundstücksumsatz unter der Einwirkung des teuren Geldstandes sehr zurückgegangen ist. Der Anschlag läßt sich aber damit rechtfertigen, daß der wirkliche Ertrag der Veräußerungsabgabe den Anschlag von 900 000 M in den vorhergehenden Jahren regelmäßig, zum Teil sogar sehr beträchtlich, überschritten hat.

Kap. IV. Gebühren und Geldstrafen. Die Einzelaufsätze beruhen auf den Voranschlägen der Ressortbehörden. Die städtische Tonnenreinigung endigt am 1. April 1908, für das Jahr 1908 werden daher keine Tonnenreinigungsgebühren mehr erhoben. Die Summe des Kapitels übersteigt die des Vorjahres um 57 745 M.

Kap. V. Vermischte Einnahmen. Die Summe des Kapitels ist um 187 149 M höher als im festgestellten Budget für 1907. Von dem Mehrertrage entfallen 164 220 M auf die Einnahmen der Zollverwaltung, denen entsprechend größere Ausgaben dieser Verwaltung gegenüberstehen.

Die Gesamtsumme der ordentlichen Einnahmen übersteigt die des Rechnungsjahres 1907 um 1 706 604 M oder, nach Abzug der Einnahmen vom Reich, der durchlaufenden Posten der Wasser-, Kanal- und Armensteuer sowie der Amortisationsraten des Schlachthofs und der Erleuchtungs- und Wasserwerke um 1 676 244 M.

#### Ordentliche Ausgaben.

Kap. I. Senat und Bürgerschaft. Die Summe des Kapitels ist um 35 260 M höher als im vorigen Jahre.

Kap. II. Rechtspflege. Die Summe des Kapitels beträgt 1 548 655 M gegen 1 389 548 M im vorigen Jahre, ist also gegen das Vorjahr um 159 107 M gewachsen.

Kap. III. Polizei. Die Summe des Kapitels ist um 633 151 M gegen das Vorjahr gewachsen. Hiervon entfallen auf die Krankenanstalt 150 430 M, auf das St. Jürgen-Asyl Ellen 42 600 M, auf die Polizeidirektion 265 000 M, auf die Feuerwehr 94 240 M, auf die Straßenerleuchtung 44 700 M, auf das Amt Bremerhaven 56 697 M. Dagegen bleiben die Ausgaben für die Straßenreinigung um 31 400 M hinter dem Vorjahre zurück, was in dem Wegfall der Ausgaben für die Tonnenabfuhr (im Jahre 1907 34 400 M) seine Erklärung findet.

Kap. III, Tit. 60 „Krankenanstalt“. Dem Vernehmen nach wird der Bau eines pathologischen Instituts, wofür unter Außerordentliche Ausgaben I, Bauten und Anlagen, eine I. Rate mit 100 000 M eingestellt ist, im Rechnungsjahre 1908 noch nicht in Angriff genommen werden. Infolge dessen braucht der Assistenzarzt für dieses Institut noch nicht angestellt zu werden. Das mit 600 M eingestellte Honorar desselben ist daher zu streichen.

Kap. IV. Finanzen. Tit. 3. Zinsen der Staatsschuld. Der hier angegebene Betrag bleibt hinter der Schlußsumme des Spezialbudgets Nr. 71 um 151 000 M

r Staatsschuld. Der hier angegebene  
zialbudgets Nr. 71 um 151 000 J

Kap. I. Bauten und Anlagen. Tit. 1. Städtisches Museum. Rest 170 000 M. Für den Erweiterungsbau des Städtischen Museums sind bereits in den Jahren 1906 und 1907 je 150 000 M bewilligt worden. Nach Mitteilung der Hochbauinspektion werden hiervon zur Fortführung des Baues im Jahre 1908 noch 110 000 M verfügbar bleiben. Die ganze für die Bauausführung im Jahre 1908 erforderliche Summe wird von der Hochbauinspektion auf 450 000 M veranschlagt, so daß noch 340 000 M zur Verfügung zu stellen wären. Die Finanzdeputation

beantragt, die Bedarfssumme zum Betrage von 100 000 M auf das Budget für 1908 anzuweisen und den Rest von 240 000 M aus dem von privater Seite aufgebrauchten Beitragsfonds zu entnehmen. Von der in Tit. 1 eingestellten Summe würden demnach 70 000 M zu streichen und dieser Betrag dem nächstjährigen Budget zu belasten sein.

- Tit. 2. Realschule in der Neustadt. Rest 153 000 M.  
 Tit. 3. Realschule in der Neustadt. Inventar 85 000 M.  
 Tit. 4. Entgeltliche Volksschule in der Hemelingerstraße. Rest 165 000 M.  
 Tit. 5. Entgeltliche Volksschule in der Hohentorsvorstadt. II. Rate 100 000 M.  
 Tit. 6. Unentgeltliche Volksschule an der Nordstraße. II. Rate 50 000 M.  
 Tit. 9. Schule an der Sternstraße. Vorbau. 2500 M.  
 Tit. 10. Einrichtung des ehemaligen Erheberhauses am Hulsberg zu Schul-  
 klassen. 12 700 M.  
 Tit. 11. Schule am Buntentorssteinweg. Erweiterungsbau. 98 500 M.  
 Tit. 16. Archivgebäude. Rest 157 000 M.  
 Tit. 18. Krankenanstalt. Erweiterung des chirurgischen Hauses. Rest  
 71 800 M.  
 Tit. 22. Strafanstalt Oslebshausen. Neubau eines Krankenhauses. 38 000 M.  
 Tit. 27. Spülklosettanlagen. IX. Rate 21 300 M.  
 Tit. 28. Hauptfeuerwache (II. Bauabschnitt). Wohnhaus des Brand-  
 inspektors. 38 000 M.  
 Tit. 32. Projektbearbeitungen. 70 000 M.  
 Tit. 33. Erweiterungsbau der Moorversuchstation. 12 000 M.  
 Tit. 34. Umgestaltung der Bahnhofsanlagen. 500 000 M.  
 Die hier eingestellten Summen werden in Konsequenz früherer Beschlüsse zu  
 bewilligen sein.  
 Tit. 17. Stadttheater, Vergrößerung des Orchesterraums. 29 855 M.  
 Die Deputation hat inzwischen ihren Bericht erstattet (Verhdlg. 1908 S. 24).  
 Die Finanzdeputation beantragt, in Rücksicht auf die Finanzlage die Einstellung des  
 Postens in das Budget abzulehnen.  
 Tit. 26. Krankenanstalt, Stallgebäude mit Ökonomenwohnung 22 500 M.  
 (Vergl. den Bericht der Deputation für die Krankenanstalt, Verhdlg. 1908 S. 38).  
 Tit. 30. St. Jürgen-Asyl in Ellen. Vergrößerung der Akkumulatoren-  
 batterie usw. 8000 M. Tit. 31. Neubau eines zweiten Schweinestalles 13 500 M.  
 (Verhdlg. 1908 S. 26).  
 Die Finanzdeputation stellt die Bewilligung anheim.  
 Folgende Positionen werden zu streichen sein, wenn nicht bis zur Beschluß-  
 fassung über das Budget die jetzt noch fehlenden Berichte erstattet und die Projekte  
 vorgelegt werden:  
 Tit. 7. Neue unentgeltliche Volksschule in der westlichen Vorstadt. I. Rate  
 100 000 M.  
 Tit. 8. Neue unentgeltliche Volksschule in der Vorstadt Hastedt. I. Rate  
 100 000 M.  
 Tit. 12. Schule in der Waller Vorstadt. I. Rate 50 000 M.  
 Tit. 13. Einrichtung von Zeichenjalen in Volksschulen. I. Rate 50 000 M.  
 Tit. 14. Neue gewerbliche Fortbildungsschule an der Weserbahn. I. Rate  
 100 000 M.  
 Tit. 15. Seefahrtsschule. Vergrößerung 116 000 M.  
 Tit. 19. Krankenanstalt. Neubau eines pathologischen Instituts. I. Rate  
 100 000 M.  
 Tit. 20. Bedürfnisanstalt bei der Endstation der Straßenbahn in Gröpe-  
 lingen 4500 M.  
 Tit. 21. Gasbeleuchtungsanlage usw. Strafanstalt Oslebshausen 6 000 M.  
 Tit. 23. Neubau eines Gefangenhauses. Grunderwerbskosten 360 000 M.  
 Tit. 24. Neubau der Dienstwohnung des Lotsenkommandeurs in Bremer-  
 haven 32 000 M.

von 100 000 M auf das Budget  
000 M aus dem von privater  
von der in Tit. 1 eingestellten Summe  
dieser Betrag dem nächstjährigen Budget

Rest 153 000 M.  
Inventar 85 000 M.  
er Hemelingerstraße. Rest 165 000 M.  
Hohentorsvorstadt. II. Rate 100 000 M.  
der Nordstraße. II. Rate 50 000 M.  
Vorbau. 2500 M.  
Erheberhauses am Hulsberg zu

unweg. Erweiterungsbau. 98 500 M.  
000 M.

ung des chirurgischen Hauses.

Neubau eines Krankenhauses. 38 000 M.  
te 21 300 M.

abschnitt). Wohnhaus des

000 M.

versuchsstation. 12 000 M.

sanlagen. 500 000 M.

in Konsequenz früherer Beschlüsse

g des Orchesterraums. 29 855 M.

nicht erstattet (Berhdlg. 1908 E. 3)

auf die Finanzlage die Einstellung

e mit Ökonomenwohnung 22 500 M.

rankenanstalt, Berhdlg. 1908 E. 3

Vergrößerung der Akkumulator

es zweiten Schweinestalles 13 500 M.

igung anheim.

n sein, wenn nicht bis zur Beschl.

en Berichte erstattet und die Beschl.

e in der westlichen Vorstadt. I. Rate

le in der Vorstadt Gastfeld. I. Rate

adt. I. Rate 50 000 M.

in Volksschulen. I. Rate 50 000 M.

gsschule an der Weserbahn. I. Rate

ag 116 000 M.

es pathologischen Instituts. I. Rate

bstation der Straßenbahn in

Strafanstalt Oslebshausen 6 000 M.

es. Grunderwerbskosten 360 000 M.

des Lotsenkommandeurs in

Tit. 25. Vergrößerung der Bureaus der Straßenbauinspektion 30 000 M.

Tit. 29. Feuerwache V. Neubau eines Wagenschuppens 11 500 M.

Zu folgenden Titeln stellt die Finanzdeputation Bewilligung anheim:

Tit. 35. Neuanlage von Straßen 673 550 M. Die Schlusssumme des Spezialbudgets 125 beträgt 924 450 M. Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, hat aber ihre Forderung nachträglich um 250 900 M ermäßigt, indem sie zu Spezialbudget 125 laufende Nr. 5 Hollunderstraße 15 400 M, Nr. 6 Hollunderstraße 20 400 M, Nr. 7 auf der platten Heide 20 900 M, Nr. 8 Am Rosenberg 27 400 M, Nr. 18 Pastorenweg 38 000 M, Nr. 21 Lindenhofstraße 18 300 M, Nr. 22 Ackerstraße 8800 M, Nr. 23 Thedinghauserstraße 23 500 M, die gestellten Anträge zurücknimmt und von ihrer Forderung zu Nr. 24 Neuenlanderstraße 29 000 M und zu Nr. 25 Westerdeich 49 200 M in Abzug bringt.

Tit. 36. Wegbau 149 400 M.

Tit. 37. Ergänzung der Häfen und Eisenbahnen 38 000 M.

Tit. 38. Friedhöfe 2500 M.

Werden die vorstehenden Anträge genehmigt, so wird sich daraus formell eine Entlastung des Budgets zu Kap. III Tit. 60 der ordentlichen Ausgaben um 600 M, zu Kap. VIII Tit. 15 der ordentlichen Ausgaben um 9000 M, zu Kap. I der außerordentlichen Ausgaben um 1 159 855 M, zusammen um 1 169 455 M ergeben. Dem Vernehmen nach ist aber mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Ressortbehörden zu Kap. I der außerordentlichen Ausgaben Tit. 7, Tit. 8, Tit. 12, Tit. 14, Tit. 15, Tit. 20, Tit. 24, Tit. 25, Tit. 29 nachträglich die Einstellung der vorläufig angemeldeten Summen beantragen werden, so daß die oben angegebene Entlastung des Budgets die Wirklichkeit nur 624 855 M betragen wird. Es bleibt demnach noch ein Fehlbetrag von 2 375 057 M, für den zurzeit keine Deckung vorhanden ist.

Die Finanzdeputation.

(gez.) W. Donandt. (gez.) J. V. Schrage.

#### Bericht zum Budget des Amtes Bremerhaven.

Anlage 2.

Anbei überreiche ich ergebenst die Entwürfe der Budgets der Einnahmen und Ausgaben des Amtes Bremerhaven, wozu ich folgendes bemerke:

##### A. Einnahmen.

An Einnahmen sind eingestellt 81 000 M gegen 98 000 M im Vorjahre.

Die bisherige Position 6 „Sonntagselder“ 20 000 M ist in Wegfall gekommen, da diese Gelder laut Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 13. und 17. April 1907, vom 1. April 1908 an nicht mehr zu erheben sind.

Dagegen hat die jetzige Position 7 „Kesselrevisionen“ um 3000 M höher veranschlagt werden können.

Die Einnahmen Nr. 2 „Grundzins, Weinkaufgelder, Mieten von Bremerhaven“ sind mit 41 300 M eingestellt gegen 40 805 M im Vorjahre.

##### B. Ausgaben.

###### I. Gehalte.

Neu eingestellt sind:

- 1) 6 Schutzmänner mit je 1550 M bis 2200 M.
- 2) 3 Kriminalschutzmänner-Zulagen von je 300 M.
- 3) 2 Schreiber zu 900 M und 600 M Anfangsgehalt.

Zu 1:

- a) Um für die Häfen eine erhöhte Feuersicherheit zu schaffen, ist es erforderlich, am Haupteingange zu den Häfen, an der Schleusenstraße zwischen Bahnhofsgelände und Verbindungsbrücke, bei Tage einen Stehposten aufzustellen, der die zahlreichen Kinder, die sich gern an den Häfen herumtreiben, fern zu halten hat.

Dazu sind zwei Beamte erforderlich.

- b) Zur Beaufsichtigung und Sicherung des stetig zunehmenden Straßenverkehrs in dem Hauptstraßenzuge: Geestebrücke—Markt—Bürgermeister-Smidtstraße—Lloydstraße ist es geboten, wie bisher für den südlichen Teil, Geestebrücke—Markt, schon angeordnet, nun auch im nördlichen Ende, Ecke Bürgermeister-Smidtstraße—Lloydstraße, bei Tage einen Stehposten aufzustellen. (Zwei Beamte.)
- c) Nach einem Bericht des Hafenarztes Dr. Heinrich können die beiden ihm zur Verfügung stehenden Beamten, der Quarantänebeamte und Gesundheitsgehilfe Becker und der Schutzmann und Gesundheitsgehilfe Krüger, die ihnen obliegende Kontrolle der im Hafen liegenden Schiffe nicht genügend ausüben, da sie durch den Quarantänedienst und die Hilfsdienste bei Besichtigung der Schiffe in bezug auf Logis, Waschräume u. für die Schiffsmannschaft (Verordnung vom 2. Juli 1905) zu lange in Anspruch genommen werden, wenn sie ihren Dienst nicht oberflächlich versehen sollen. Es wird daher erforderlich, einen weiteren Schutzmann als Gesundheitsgehilfen zu verwenden. Da aus der vorhandenen Zahl der Schutzmänner keiner entbehrt werden kann, muß das Korps um einen Schutzmann vermehrt werden.
- d) Bei der jetzigen Organisation des Schutzmankorps fehlt jegliche Reserve bei Ausfällen durch Erkrankungen, Beurlaubungen und die häufig vorkommende Verwendung zu besonderem Dienste (Transporte nach auswärtigen Irren- und Erziehungsanstalten, Rücktransporte entlaufener Zöglinge in die Anstalt und Minderjähriger in die Heimat, Auslieferung Gefangener an fremde Staaten usw.). Das Amt ist der Ansicht, daß dazu zwei Schutzmänner genügen. Es dürfte aber der Versuch zu machen sein, mit einem weiteren Beamten auszukommen.

Zu 2: Um die Arbeiten der Kriminalabteilung ordnungsmäßig zu erledigen, hat diese Abteilung in den beiden letzten Jahren ständig durch Beamte des Exekutivkorps unterstützt werden müssen. Schon jetzt sind sechs Beamte zur Dienstleistung bei der Kriminalabteilung kommandiert, die neben dem Kriminaldienst namentlich den Ermittlungs- und Sittendienst zu versehen haben.

Zur Zeit ist nur ein Schutzmann vorhanden, der ausschließlich im Kriminaldienst tätig ist und die Zulage von 300 M (für Kleidung und besondere Ausgaben) bezieht. Es erscheint gerechtfertigt, die Zahl der ausschließlich mit diesem Dienst betrauten Beamten um drei zu vermehren und für diese die Zulage zu bewilligen.

Zu 3: Mit den Dienstgeschäften des Amtes haben auch die Arbeiten der Kanzlei des Amtes und der Amtsanwaltschaft so zugenommen, daß zwei weitere Schreiber angestellt werden müssen.

4) Die Vermehrung der Dienstgeschäfte des Kreisarztes läßt die von der Medizinalkommission befürwortete Erhöhung seines Gehaltes von 2000 M auf 2500 M gerechtfertigt erscheinen.

## II. Sachliche Ausgaben.

Die Position 2 „Landarmenverband“ ist mit 35 000 M eingestellt gegen 30 000 M im Vorjahre, da die Kosten für die Verpflegung Landarmer infolge Erhöhung des Pflegekostentarifs für das hiesige städtische Krankenhaus und vieler auswärtiger Anstalten bedeutend größere geworden sind.

Die Position 3 „Medizinalamt“ ist mit 9300 M eingestellt gegen 4800 M im Vorjahre.

In dem erhöhten Betrage sind die vom Staate zu tragenden Kosten der Vergrößerung und Verbesserung der seit 20 Jahren auf der Nordseite der Mole am alten Hafen im Sommer jedes Jahres aus Mitteln des Amtes und des hiesigen Stadtrates je zur Hälfte errichteten öffentlichen Badeanstalt an der Weser mit

gerung des stetig zunehmenden  
ge: Geestebücke—Markt—Bürger  
geboten, wie bisher für den  
hon angeordnet, nun auch im  
idiststraße—Lloydstraße, bei Tage  
i Beamte.)

marztes Dr. Heinrich können die  
Beamten, der Quarantänebeamte  
der Schutzmann und Gesundheits  
Kontrolle der im Hafen liegenden  
sie durch den Quarantänedienst  
er Schiffe in bezug auf Logis,  
schaft (Verordnung vom 2. Juli 1907)  
werden, wenn sie ihren Dienst nicht  
wird daher erforderlich, einen  
hilfen zu verwenden. Da aus der  
ter keiner entbehrt werden kann,  
ann vermehrt werden.

es Schutzmannskorps fehlt jegliche  
en, Beurlaubungen und die häufig  
sonderem Dienste (Transporte nach  
gsanstalten, Rücktransporte entla  
nderjähriger in die Heimat, Ausliefer  
usw.). Das Amt ist der Ansicht,  
gen. Es dürfte aber der Versuch  
en Beamten auszukommen.

teilung ordnungsmäßig zu erledigen,  
ständig durch Beamte des Exekutiv  
sechs Beamte zur Dienstleistung bei  
dem Kriminaldienst namentlich den  
en.

handen, der ausschließlich im Krim  
M (für Kleidung und besondere  
die Zahl der ausschließlich mit  
ermehren und für diese die Zulage

antes haben auch die Arbeiten der  
enommen, daß zwei weitere Sch  
häfte des Kreisarztes läßt die von  
seines Gehaltes von 2000 M

usgaben.

ist mit 35 000 M eingestellt  
r die Verpflegung Landarmer im  
fuge städtische Krankenhaus und  
rden sind.

it 9300 M eingestellt gegen 4800

om Staate zu tragenden Kosten  
Jahren auf der Nordseite der  
s Mitteln des Amtes und des  
chen Badeanstalt an der Wehr

3300 M enthalten. Die alte Anstalt genügt dem Verkehr nicht mehr. Die Vergrößerung und Verbesserung der Anstalt besteht in der Vermehrung der vorhandenen Baderzellen um das doppelte und in der Einrichtung eines Luftbades über eine Fläche von 521 qm. Diese für das Luftbad zu verwendende Fläche ist ein Grasgelände, das der Klinkerung bedarf. Die Errichtung des Luftbades hat sich im Laufe der Zeit als ein Bedürfnis herausgestellt, zumal Bremerhaven einer derartigen Anlage entbehrt.

Die Gesamtkosten betragen nach den vorliegenden, von der Hafenbauinspektion geprüften Kostenanschlägen rund 6600 M, die vom Staate und der Stadtgemeinde Bremerhaven je zur Hälfte zu tragen sind.

Der Stadtrat hat sich zu dem Projekt zustimmend erklärt und wird die Bewilligung der Hälfte der Kosten der Anstalt mit 3300 M zum Budget 1908 beantragen.

Die Position erfordert ferner wegen Zunahme der Zahl der medizinalamtsseitig der Krankenhauspflege zuzuführenden geschlechtskranken Frauenspersonen einen höheren Betrag.

Die Ausgaben der Position 3 werden im laufenden Rechnungsjahr etwa 5600 M betragen.

Die Position 6 „Heizung, Licht, Reinigung, Mobiliar“ ist mit dem Betrage des Vorjahres, nämlich mit 9000 M wieder eingestellt. Die im vorjährigen Betrage enthaltenen 500 M für eine Aktenreole kommen in Fortfall, dagegen sind aus den Mitteln dieser Position die Mehrkosten für Heizung, Licht und Reinigung der neuen in diesem Jahre gebauten Büroräume für die Kriminalabteilung zu bestreiten.

Die Position 7 „Ausrüstung des Polizeipersonals“ ist mit 18 183,84 M eingestellt gegen 12 500 M im Vorjahre. In dem erhöhten Betrage befinden sich die Kosten für die Bekleidung und Ausrüstung der neu eingestellten Beamten und die Kosten für ein weiteres Dienstfahrrad mit 180 M, das im dienstlichen Interesse erwünscht ist. Im nächsten Rechnungsjahre sind zudem eine größere Anzahl Tuch- und Regenmäntel und Litteren fällig, von denen das Stück 58, 46 und 24 M kostet. Diese Mehrausgaben sind in dem erhöhten Betrage enthalten.

Bei Position 9 „Zuschuß zum Brandlöschwesen“ ist gemäß der Teilung der Brandlöschkosten zwischen Amt und Stadtrat derselbe Betrag wie im städtischen Budget eingestellt, nämlich 43 747,50 M gegen 39 035,25 M im Vorjahre. Die Erhöhung des Betrages ist infolge Festsetzung der Gehalte der Mannschaften nach den Gehaltsätzen der Bremer Feuerwehr, für eine Vergrößerung des Feuermeldesnetzes durch die Anlage von neuen Feuermeldern im neuen Hafengebiet, für einen zweiten Krankenwagen, für eine Gaspritze, für einen neuen Feuermelder und für einen Drägerschen Sauerstoffapparat erforderlich.

Die Geschäfte des Seeamtes sind dem Amtsgerichte Bremerhaven überwiesen.

Bremen, den 12. Dezember 1907.

Der Senatskommissar für die Hafenstädte.  
(gez.) Kirchhoff.

#### Budgetbericht der Deputation für die Gefängnisse.

Anlage 3.

Beifolgend überreichen wir die Entwürfe der von der Deputation für die Gefängnisse genehmigten Budgets des Gefangenhauses, der Strafanstalt und des Untersuchungsgefängnisses, indem wir dazu folgendes bemerken:

##### 1) Gefangenhau.

Im Jahre 1902 ist für das Untersuchungsgefängnis neben dem Gefängnisinspektor ein Oberaufseher angestellt, der vertretungsweise auch für den Gefängnis-

Kommissar im Gefangenhause bei dessen Verhinderung tätig zu sein hat. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß der Dienst dieses Oberaufsehers wesentlich für das Untersuchungsgefängnis in Anspruch genommen wird, außerdem aber ist auch beim Gefangenhause das dringende Bedürfnis der Anstellung eines weiteren oberen Beamten neben dem Vorsteher hervorgetreten. In Betracht kommt dabei einmal der Umstand, daß die Aufseher im Gefangenhause wie im Untersuchungsgefängnis sehr häufig wechseln und ihre Stellen wesentlich nur als Durchgangsposten betrachten, daher mit dem Dienste nicht in dem Maße vertraut werden können, wie ein ständiger Beamter; sodann die starke Steigerung der Inanspruchnahme des Gefangenhauses während der letzten Jahre überhaupt. Der Kommissar hat darüber das folgende berichtet:

„Eine Vergleichung der Gefangenenbewegung nachstehender Jahre ergibt folgendes:

|                              |         |                    |
|------------------------------|---------|--------------------|
| Verpflegungsbestand im Jahre | 1900/01 | = 22 381 Personen, |
|                              | 1902/03 | = 30 689 „         |
|                              | 1905/06 | = 33 798 „         |

Also hat sich in 5 Jahren eine Zunahme von 11 417 Personen ergeben. Es ist damit zu rechnen, daß bei dem starken Wachstum der Stadt diese Steigerung anhalten wird.

Auch die Zahl der mit Ungeziefer behafteten eingelieferten Personen, die sehr viel Mühe und Arbeit machen, ist in den letzten Jahren sehr gestiegen.

|                      |      |                                   |
|----------------------|------|-----------------------------------|
|                      | Jahr | Mit Ungeziefer behaftete Personen |
| Eingeliefert wurden: | 1904 | 740                               |
|                      | 1905 | 911                               |
|                      | 1906 | 1031                              |

Im täglichen Durchschnitt werden im Sommer 12 bis 15, im Winter 25 bis 30, zuweilen noch mehr Personen eingeliefert und entlassen. Da unter diesen eingelieferten und zur Strafverbüßung geladenen Personen erfahrungsgemäß viele angetrunkene und mit ansteckenden und anderen Krankheiten behaftete sich befinden, welche viel Arbeit und Mühe machen, so ist meine Anwesenheit jederzeit erforderlich.

Von morgens 7 Uhr bis abends 9 Uhr bin ich insolge dessen sowohl an Sonn- und Festtagen, wie an Werktagen immer im Dienst. Dazu kommt es noch häufig vor, daß ich des Nachts wegen der in aufgeregtem Zustande eingelieferten widerpenstigen Personen aus dem Bett geholt werde, um Anordnungen bezüglich der Unterbringung etc. zu treffen, da das Aufsichtspersonal hierin nicht die genügende Erfahrung besitzt.

Über die vielen ein- und ausgehenden schriftlichen Sachen kann ich Zahlen nicht angeben, da hierüber ein Journal nicht geführt wird. Der ganze Betrieb hat sich in den letzten Jahren wesentlich geändert und erfordert daher mehr Aufsicht und Arbeitskräfte.“

Die Deputation hält darnach die Anstellung eines Oberaufsehers auch für das Gefangenhause für erforderlich, damit eine entsprechende Entlastung des Gefängnis-Kommissars, namentlich von den bei jeder Aufnahme eines Gefangenen vorkommenden Arbeiten, eintritt und er in den Stand gesetzt wird, sich mehr der Oberaufsicht in der Anstalt widmen zu können. Es ist deshalb die Stelle eines Oberaufsehers in das Budget eingestellt, dem im Falle einer Genehmigung von Senat und Bürgerschaft, ebenso wie dem Oberaufseher im Untersuchungsgefängnis das Gehalt eines Kanzleigehilfen zu bewilligen wäre.

Die Steigerung der sachlichen Ausgaben und demgemäß die Erhöhung der Budgetposten unter II erklärt sich durch die höhere Zahl der Verpflegungstage und namentlich die erhebliche Steigerung der Preise für Mehl, Hülsenfrüchte usw.

## 2. Strafanstalt.

Indem die Deputation sich beehrt, hiermit auch den von der Bürgerschaft (Verhdlg. 1907 S. 560) gewünschten Bericht, ob und wie eine Erleichterung der Dienstzeit der Strafanstaltsaufseher sich ermöglichen lasse, zu erstatten, bemerkt sie folgendes:

erhinderung tätig zu sein hat. Bei  
dieses Oberaufseher's wesentlich für  
men wird, außerdem aber ist auch  
Anstellung eines weiteren oberen Beam-  
tracht kommt dabei einmal der Um-  
im Untersuchungsgefängnis sehr  
Durchgangsposten betrachten, daher  
werden können, wie ein ständiger Beam-  
nahme des Gefangenhauses während  
at darüber das folgende berichtet:  
nbewegung nachstehender Jahre

000/01 = 22 381 Personen,  
002/03 = 30 689  
005/06 = 33 798

nahme von 11 417 Personen er-  
en Wachstum der Stadt diese Steigen

behafteten eingelieferten Personen,  
en letzten Jahren sehr gestiegen.  
it Ungezieser behaftete Personen  
740  
911  
1031

n Sommer 12 bis 15, im Winter  
iefert und entlassen. Da unter  
adenen Personen erfahrungsgemäß  
ren Krankheiten behaftete sich be-  
meine Anwesenheit jederzeit erforder-  
Uhr bin ich inselgedessen sowohl  
mer im Dienst. Dazu kommt es  
in aufgeregtem Zustande eingelie-  
holt werde, um Anordnungen bezü-  
sichtspersonal hierin nicht die genü-

en schriftlichen Sachen kann ich  
geführt wird. Der ganze Betrieb  
und erfordert daher mehr Aufsi-

istellung eines Oberaufseher's auch  
entsprechende Entlastung des Gefäng-  
nahme eines Gefangenen vorkomm-  
gt wird, sich mehr der Oberaufsi-  
halb die Stelle eines Oberaufseher's  
Genehmigung von Senat und Bün-  
ntersuchungsgefängnis das Gehalt

haben und demgemäß die Erhöhung  
höhere Zahl der Verpflegungstage  
ise für Mehl, Hülsenfrüchte usw.

stalt.

hiermit auch den von der Bürger-  
ht, ob und wie eine Erleichterung  
öglichen lasse, zu erstatten, bemer-

Die Dienstzeit der Aufseher beträgt gegenwärtig im eigentlichen Anstalts-  
dienst am Tage abwechselnd 11 $\frac{1}{4}$  bis 12 $\frac{1}{4}$  Stunden; für die Nachtaufseher regel-  
mäßig im Sommer 9, im Winter 9 $\frac{1}{2}$  Stunden. In der Nacht von Sonnabend  
auf Sonntag 10, in der Nacht von Sonntag auf Montag 11 oder 11 $\frac{1}{2}$  Stunden.  
Um in dieser Beziehung eine Änderung herbeizuführen, sowie außerdem um Unregel-  
mäßigkeiten abzustellen, die sich im Betriebe als sehr lästig und störend erwiesen  
haben, ist jetzt die Anstellung zweier neuer Aufseher (Pos. I 30 und 36) beantragt.  
Der eine dieser neu anzustellenden Aufseher würde nach dem Vorschlage des Direktors  
Fliegenschmidt namentlich die Transporte von und nach Bremen zu leisten haben,  
durch die regelmäßig ein halber Tag, oft mehr, an Zeit verloren geht und die stets  
eine große Störung für den Dienst bedeuten. In dem Halbjahr vom 1. Oktober  
1906 bis 31. März 1907 waren 136 solcher Transporte auszuführen, durch die  
also die Arbeitszeit eines Aufseher's für  $\frac{136}{2} = 68$  Tage als ausgefüllt betrachtet  
werden muß.

Nach dem Vorschlage des Direktors kann sodann die Dauer des regelmäßigen  
Strafanstaltstages von bisher 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends (15 Stunden) un-  
bedenklich um eine Stunde gekürzt werden, so daß er von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr  
abends (14 Stunden) läuft, und zwar ohne daß darum die tägliche eigentliche  
Arbeitszeit im Zuchthause mit nicht mehr als 12 Stunden, im Gefängnis mit nicht  
mehr als 11 Stunden eine Änderung zu erfahren braucht. Von dem Boten, Pförtner,  
Bäcker und Meiereiaufseher abgesehen, wird dann die Dienstzeit jedes der im inneren  
Anstaltsdienst tätigen zwanzig Aufseher an den Wochentagen, nach Abzug der Pausen,  
11 Stunden betragen, wobei die Aufseher wie seither schon, in Gruppen einzuteilen  
sind, die unter einander wechseln. An den Sonntagen würden in gleicher Weise je  
14 Aufseher 10 Stunden hindurch Dienst haben, so daß, von Vertretungsfällen ab-  
gesehen, der dritte Sonntag für jeden dienstfrei ist.

Was sodann die Nachtaufseher betrifft, so würde ihre tägliche Dienstzeit sich  
allerdings infolge Verkürzung des Anstaltstages um eine Stunde verlängern, anderer-  
seits aber durch Anstellung des beantragten sechsten Nachtaufseher's in jeder Woche  
eine freie Nacht geboten werden können.

Der, wie seither unter I. 39 ins Budget aufgenommene Hilfsaufseher N. N.  
ist bei Beurlaubung einzelner Aufseher zum Dienst heranzuziehen, so daß während  
solcher Zeit eine Mehrbelastung der anderen Aufseher nicht eintritt, namentlich auch  
die Erteilung freier Nachmittage während der Urlaubsperiode in gleichem Maße wie  
während der übrigen Zeit des Jahres möglich bleibt. Dabei ist noch zu bemerken,  
daß im Jahre 1906 die Zahl der dem einzelnen Aufseher zugefallenen freien Wochen-  
nachmittage zwischen 73 und 47 geschwankt hat. — In jeder Nacht haben bislang  
6 Aufseher in der Anstalt zu schlafen, was allerdings erfordert, daß sie abends um  
10 Uhr zur Stelle sind, andererseits den Vorteil bietet, daß am folgenden Morgen  
der Weg zur Antretung des Frühdienstes wegfällt.

2) zu II. 1. Speisung. 4. Feuerung. Diese Budgetposten haben  
infolge Steigerung der Preise namentlich für Hülsenfrüchte, Mehl und Kartoffeln,  
ferner für Koks und Kohlen eine wesentliche Erhöhung erfahren müssen.

5. Erleuchtung. Für Petroleum ist annähernd  $\frac{1}{3}$  weniger eingestellt; es  
konnte genau nicht angegeben bzw. errechnet werden, wie viel die Laternen der  
Höfe und Umfahrswege verbrauchten. Für Gasverbrauch wird sich erst ergeben  
müssen, welche Summe erforderlich ist; einstweilen ist die vom Gaswerk angegebene  
Summe für 53 Laternen eingestellt.

13. Einrichtung eines Schießstandes. Von dem Direktor ist darauf  
hingewiesen worden, daß, nachdem die Funktionen der früheren Militärwache dem  
Aufsichtspersonal der Strafanstalt übertragen sind, es erforderlich sei, den Aufsehern,  
um sie in der Handhabung der Schußwaffe sicher zu machen, Gelegenheit zu regel-  
mäßigen Übungen zu geben und zu diesem Behufe einen geeigneten Übungsplatz in  
der Nähe der Strafanstalt anzulegen.

Die Deputation hält diese Anregung für begründet. Sie hat zunächst er-  
wogen, ob nicht dem Bedürfnisse dadurch genügt werden könne, daß den Aufsehern

die Erlaubnis zur Benutzung des Schießstandes der Schützengilde in Gröpelingen erwirkt werde. Mit einer solchen Einrichtung würden jedoch voraussichtlich erhebliche dienstliche Unzuträglichkeiten verknüpft sein. Bei jeder Übung würde schon Hin- und Rückmarsch im ganzen eine Stunde Zeit in Anspruch nehmen; auch müßten die Übungen dann wöchentlich an mehreren Tagen und zu bestimmten Stunden stattfinden, da es nicht angehen würde, gleichzeitig mehrere Aufseher, deren Zahl im ganzen keine große ist, für längere Zeit dem sonstigen Dienste zu entziehen. Wird dagegen ein Schießstand in der Nähe der Anstalt angelegt, so lassen sich die Übungen für die einzelnen Beteiligten leicht in den übrigen Dienst einfügen, ohne daß dadurch viel Zeit verloren geht. Die Deputation hat aus diesen Gründen von Verhandlungen mit dem Schützenverein absehen zu sollen geglaubt, wobei auch noch in Betracht gezogen ist, daß die Überlassung des gedachten Platzes schwerlich ohne eine Vergütung oder sonstige erschwerende Bedingungen erfolgen würde, während es sich bei der Anlage eines besonderen Schießstandes nahe der Anstalt um eine erhebliche Ausgabe überhaupt nicht handelt.

Nach einem, durch Vermittlung des Landherrn von der Deich- und Wegbauinspektion eingeholten Berichte des Technikers Jatho empfiehlt es sich am meisten, einen Schießstand an der nordöstlichen Außenseite der Umwehrungsmauer der Strafanstalt herzustellen, wo gleichzeitig die größte Gewähr für die Sicherheit der Umgebung geboten ist. — Die Kosten sind mit 650 M in das Budget eingestellt.

Bremen, den 11. Dezember 1907.

Die Deputation für die Gefängnisse.

(gez.) **Hildebrand.** (gez.) **Aug. Tebelmann.**  
i. B.

Anlage 4.

#### Budgetbericht der Deputation für das Gesundheitswesen.

Hierneben übersende ich den Entwurf des Einnahmen- und Ausgaben-Budgets 1908 für das Gesundheitswesen in zwei Ausfertigungen mit folgenden Bemerkungen:

1) Die Einnahmen des Hygienischen Instituts sind seit 1906 etwas zurückgegangen und daher um 200 M geringer eingestellt.

2) Zu Nr. 58 A. Die Schreibarbeiten bei dem Gesundheitsrat haben zugenommen; dazu wird der einzige Schreiber oft durch dienstliche Wege dem Bureau entzogen, und bei sonstiger Verhinderung desselben fehlt es dem Gesundheitsrat an jeder Schreibhilfe. Ein zweiter Schreiber mit einem Gehalt von 400 M wird daher beantragt.

3) Zu Nr. 58 B. Nach einer Mitteilung des Amtes Bremerhaven erfordert die Zunahme des dortigen Schiffsverkehrs die Anstellung eines dritten Gesundheitsgehilfen. Das Amt hat deshalb einen weiteren Schutzmann beantragt. Die wegen der besonderen Mühen und Gefahren dieses Dienstes sowie wegen nicht seltener Aufwendungen für Beköstigung zufolge langer Abwesenheit von der Wohnung auch dem neuen Beamten zu gewährende Zulage ist von der Deputation für das Gesundheitswesen zu bestreiten. Dem bereits als Gesundheitsgehilfe fungierenden Schutzmann ist eine Zulage von 450 M bewilligt. Die Deputation ist der Ansicht, daß kein Grund vorliegt, die Zulage höher zu bemessen, als die der Kriminalschutzmänner und hat deshalb für den neuen Posten nur 300 M eingestellt. Bei einem Wechsel in der Person des anderen Gehilfen würde auch für diesen die Zulage zu ermäßigen sein. Der erste Gesundheitsgehilfe, welcher 900 M erhält, ist nicht Schutzmann, sondern zugleich Beamter des Quarantäneamts.

4) Zu Nr. 58 E. Die sachlichen Ausgaben der Desinfektionsanstalt haben nach Abzug der Einnahmen im Jahre 1906 nur 4141 M betragen und sind auch im ersten Halbjahre dieses Jahres gering gewesen. Dies hat seine Ursache besonders in häufigen Desinfektionen von Auswandererwirtschaften, welche die Ein-

standes der Schützengilde in Gröden  
ung würden jedoch voraussichtlich er-  
n. Bei jeder Übung würde ich  
eit in Anspruch nehmen; auch müßte  
Lagen und zu bestimmten Stunden  
zeitig mehrere Aufseher, deren Zahl  
em sonstigen Dienste zu entziehen.  
Anstalt angelegt, so lassen sich die ü-  
brigen Dienst einfügen, ohne daß die  
at aus diesen Gründen von Verhand-  
geglaubt, wobei auch noch in Be-  
ten Plätzen schwerlich ohne eine Ver-  
lgen würde, während es sich bei der  
der Anstalt um eine erhebliche An-

Landherrschaft von der Deich- und  
ers Jatho empfiehlt es sich am  
enseite der Umwehrungsmauer der  
ste Gewähr für die Sicherheit der  
it 650 M in das Budget eingeleitet

Deputation für die Gefängnisse.  
Land. (gez.) Aug. Tebelmann  
i. R.

für das Gesundheitswesen.

des Einnahmen- und Ausgaben-  
aufstellungen mit folgenden Bemerkun-  
n Instituts sind seit 1906 etwa  
eingestellt.

arbeiten bei dem Gesundheitsrat haben  
oft durch dienstliche Wege dem  
desselben fehlt es dem Gesundheitsrat  
mit einem Gehalt von 400 M

Mitteilung des Amtes Bremerhaven  
verkehrs die Anstellung eines dritten  
einen weiteren Schutzmann be-  
fahren dieses Dienstes sowie wegen  
ge langer Abwesenheit von der  
Zulage ist von der Deputation für  
reits als Gesundheitsgehilfe fungieren  
M bewilligt. Die Deputation  
ulage höher zu bemessen, als die  
den neuen Posten nur 300 M  
des anderen Gehilfen würde  
Der erste Gesundheitsgehilfe,  
zugleich Beamter des Quarantän-  
Ausgaben der Desinfektionsanstalt  
1906 nur 4141 M betragen  
ering gewesen. Dies hat seine  
Auswandererwirtschaften, welche die

nahmen ungewöhnlich gesteigert haben. Da nicht darauf zu rechnen ist, daß solche Einnahmen sich wiederholen werden, ist ein dem diesjährigen fast gleichkommender Betrag eingestellt.

Bremen, den 11. Dezember 1907.

Die Deputation für das Gesundheitswesen.

(gez.) Stadtländer.

### Budgetbericht der Deputation für die Krankenanstalt.

Anlage 5.

Die Budgetentwürfe der Krankenanstalt und des St. Jürgen-Asyls für 1908 werden hierneben in zwei Ausfertigungen mit folgenden Erläuterungen ergebenst vorgelegt:

#### I. Krankenanstalt.

##### A. Einnahmen.

##### I. Verpflegungsgelder.

Die durchschnittliche Einnahme an Verpflegungsgeldern für den Krankenverpflegungstag betrug im Rechnungsjahre 1906 2,48,33 M. Für 1908 sind 250 000 Krankenverpflegungstage angenommen, welche bei jenem Satze eine Einnahme von 620 825 M ergeben werden.

##### B. Ausgaben.

##### I. Gehalte.

##### 1) Neu eingestellt sind

- a. ein pathologischer Anatom und ein Assistent desselben,
- b. ein dirigierender Arzt für die Röntgen-Abteilung,
- c. eine zweite Hebamme.

Zu a wird über die Notwendigkeit dieser Stellen und die Errichtung eines pathologischen Institutes besonders berichtet werden. Der pathologische Anatom würde als Beamter mit Ruhegehaltsberechtigung anzustellen sein. Er muß Übung und Erfahrung in seinem Amte mitbringen; es wird daher ein Gehalt von 6000 bis 9000 M mit drei Alterszulagen zu 1000 M vorgeschlagen. Die Gehalte sind für beide Beamten nur für ein habes Jahr eingestellt, weil sie erst angestellt werden sollen, wenn die Errichtung des pathologischen Instituts genehmigt sein wird. Sie würden dann ihre Tätigkeit in dem vorhandenen Leichenhause beginnen und bei dem Bau und der Einrichtung des neuen pathologischen Institutes als Sachverständige mitwirken können.

Zu b ist von dem Direktor des chirurgischen Hauses schon früher darauf hingewiesen, daß das Röntgen-Kabinett der Krankenanstalt größerer Räume und verbesserter Einrichtungen bedürfe. Die größeren Räume werden in den jetzt für die medikomechanischen Übungen dienenden Zimmern nach deren Verlegung in den östlichen Anbau des chirurgischen Hauses zur Verfügung stehen. Die verbesserten Einrichtungen, welche die großen Fortschritte der Röntgen-Diagnostik und der Röntgen-Behandlung nicht nur für die Chirurgie, sondern auch für die innere Medizin erfordern, sind bisher wegen Raum Mangels nicht beantragt worden, so daß unsere Anstalt in dieser Beziehung weit zurückgeblieben ist und nunmehr dringend neuer wichtiger Apparate bedarf (vergl. Bemerkungen unter III a). Je wertvoller und komplizierter die Apparate werden, umso weniger können die Arbeiten mit denselben von den häufig wechselnden und durch andere Aufgaben in Anspruch genommenen Assistenzärzten erledigt werden. Andere große Krankenanstalten haben schon seit Jahren Spezialärzte für dieses Fach, und wir dürfen nicht mehr zögern, diesem Beispiele zu folgen. Es wird daher die neue Stelle eines dirigierenden Arztes für die Röntgen-Abteilung beantragt. Auch für sie ist nur das Gehalt eines Halbjahres eingestellt, weil der neue Arzt erst nach Beschaffung der neuen Einrichtungen in Tätigkeit treten kann.

Zu c und wegen der beantragten Erhöhung des Gehalts des dirigierenden Arztes der gynäkologischen Abteilung wird bemerkt, daß die Arbeit dieser Abteilung nach deren Unterbringung in den neuen größeren Räumen mit verbesserten Einrichtungen erheblich gestiegen und ein weiteres Steigen mit Sicherheit anzunehmen ist. In den ersten 11 Monaten des Jahres 1906 wurden 352, des Jahres 1907 459

Kranke aufgenommen und 149 beziehungsweise 337 Operationen ausgeführt; unter den letzteren waren 173 größere, d. h. solche, die lange Vorbereitungen und oft eine 2 bis 3 Stunden dauernde Arbeit des dirigierenden Arztes nötig machen. Auf der geburtshilflichen Abteilung wurden 39 große Operationen gegen 14 im Vorjahre ausgeführt. Der Arzt bringt täglich 5 bis 6 Vormittagsstunden in der Anstalt zu und macht außerdem Abendbesuche bei den Operierten, hat daher seine Morgensprechstunde aufgeben und seine Privatpraxis erheblich einschränken müssen. Es erscheint hiernach billig, sein Gehalt wesentlich zu erhöhen. Bei gleichem Fortschreiten der Arbeit wird in nicht ferner Zeit dem Gynäkologen die Direktorstellung zu gewähren sein. Daß derselbe bei der stark vermehrten Arbeit die Hilfe einer zweiten Hebamme nötig hat, bedarf keiner besonderen Begründung. Nur mag bemerkt werden, daß den Hebammen nicht nur die Hilfe bei den Entbindungen, sondern auch die Pflege der Entbundenen und Säuglinge und die Hilfe bei den Operationen obliegt.

2) Für die Schreiber Brüning und Fahl, den Leichenwärter Feie, die Pförtner Plander, Janssen und Bargfrede, den Boten Bruns und die Telephonistin werden je 100 M Zulage erbeten.

## II. Arbeits- und Dienstlohn.

Gegen das Vorjahr sind 6000 M mehr eingestellt aus Anlaß der bevorstehenden Inbetriebnahme der Erweiterungsbauten des chirurgischen Hauses, der Beiträge zur Ruhegeldklasse und der Steigerung der Löhne.

## III. Sachliche Ausgaben.

1) Speisung. Es sind angenommen 250 000 Verpflegungstage von Kranken und 70 000 vom Personal, zusammen 320 000, und ein Aufwand von 1,12 M für den Tag, was eine Ausgabe von 358 400 M ergibt. In der ersten Hälfte dieses Rechnungsjahres stellte sich der Aufwand für den Kopf und Tag auf 1,10 M, der sich voraussichtlich erhöhen wird.

2) Ärztliche Heilbedürfnisse. Der gewöhnliche Bedarf wird sich bei dem durch das Scharlachhaus, das Rekonvaleszentenhaus und die Erweiterung des chirurgischen Hauses vergrößerten Betriebe auf etwa 70 000 M stellen; außerdem sind 25 000 M für die neue Einrichtung der Röntgen-Abteilung eingestellt. Dieser Betrag beruht auf dem Anschlage eines auswärtigen Spezialisten, der sich mit einem Sachverständigen der Firma Siemens & Halske in Verbindung gesetzt hat, und ist von den Sachverständigen der Deputation befürwortet. Es ist zu erwarten, daß die neuen Röntgen-Apparate auch von Kranken, die im übrigen nicht in der Krankenanstalt behandelt werden, vielfach werden benutzt werden gegen die dafür festgesetzten Gebühren.

3) Heizung. Die Erhöhung der Position entspricht dem Mehrbedarf und den gestiegenen Preisen.

4) Licht. Es sind 5000 M mehr eingestellt, weil zur Vermeidung einer Vergrößerung der eigenen Lichtanlage das Scharlachhaus und das Luftkurhaus den Strom vom städtischen Elektrizitätswerk entnehmen werden.

5) Inventar, Kleidung und Reparaturen. Wegen der erheblichen Preissteigerungen und einer dringend erforderlichen wesentlichen Ergänzung des Wäschebestandes müssen 8000 M mehr erbeten werden als im Vorjahre.

## II. St. Jürgen-Asyl.

### A. Einnahmen.

#### 1) Verpflegungsgelder.

Der durchschnittliche Krankenbestand im vorigen Rechnungsjahre betrug 435,5, der in der ersten Hälfte dieses Rechnungsjahres 453,4. Die Einnahme an Verpflegungsgeldern in den gleichen Zeiträumen betrug für den Tag und Kopf 2,238 M und 2,281 M. Angenommen sind für 1908 ein Durchschnittsbestand an Kranken von 460 mit 168 360 Verpflegungstagen und eine Durchschnittseinnahme an Verpflegungsgeldern von 2,24 M gleich rund 377 100 M.

weise 337 Operationen ausgeführt, die lange Vorbereitungen und assistierenden Arztes nötig machen. Die Operationen gegen 14 im 6 Vormittagsstunden in der Anstalt Operierten, hat daher seine Morgenstunden einschränken müssen. Es erhöhen. Bei gleichem Fortschreiten des Chirurgen die Direktorstellung zu gewöhnlicher Arbeit die Hilfe einer zweiten Person bedarf. Nur mag bemerkt werden, bei Verbindungen, sondern auch die Pflege bei den Operationen obliegt. Der Fahl, den Leichenwärter, den Boten Bruns und die Telephonisten.

#### Dienstlohn.

mehr eingestellt aus Anlaß der Bauten des chirurgischen Hauses, der der Löhne.

#### Ausgaben.

en 250 000 Verpflegungstage von 1900, und ein Aufwand von 1,12 M ergibt. In der ersten Hälfte der den Kopf und Tag auf 1,10 M.

Der gewöhnliche Bedarf wird im Alterszentralshaus und die Erweiterung auf etwa 70 000 M stellen; außerdem der Röntgen-Abteilung eingestellt. Der wärtigen Spezialisten, der sich mit als in Verbindung gesetzt hat, zu befürwortet. Es ist zu erwarten, en, die im übrigen nicht in der Anstalt genutzt werden gegen die dafür festgesetzte Position entspricht dem Mehrbedarf.

e eingestellt, weil zur Vermeidung des Scharlachhaus und das Luftkurhaus annehmen werden.

Reparaturen. Wegen der erheblichen wesentlichen Ergänzungen werden als im Vorjahre.

#### gen-Ausl.

ahmen.

#### ausgegeben.

im vorigen Rechnungsjahre betrug 453,4. Die Einnahme aus betrug für den Tag und Kopf 2,29 08 ein Durchschnittsbestand an den und eine Durchschnittseinnahme an 377 100 M.

#### 2) Viehhaltung.

Wenngleich für erhöhten Milchertrag mehr anzunehmen war, konnte der ganze Posten doch nur auf 47 670 M bemessen werden, weil mit so hohen Viehpreisen wie bisher nicht mehr gerechnet werden kann.

#### 3) Landwirtschaft.

Der Ertrag kann auf 18 900 M angenommen werden.

#### B. Ausgaben.

##### I. Gehalte.

Zu dem Posten I c wird bemerkt, daß Herr Gewerberat Wegener seit einigen Jahren der Deputation als technischer Beirat für den gesamten maschinellen Betrieb gedient hat, wofür ein Beamter der Hochbauinspektion nicht zu verwenden war. Es erscheint nicht angemessen, die damit verknüpften, nicht unerheblichen Arbeiten, die auch für die Zukunft nicht zu entbehren sind, noch ferner unentgeltlich in Anspruch zu nehmen, und wird daher gebeten, ein jährliches Honorar von 500 M dafür zu bewilligen.

Der Posten für den Schreiber ist um 200 M erhöht. Die Zunahme aller Bureauarbeiten durch Zunahme der Krankenzahl, Übernahme der Landpflege etc. erfordert die Anstellung einer tüchtigeren Kraft.

Neu ist das Gehalt für einen dritten Maschinisten eingestellt, der wegen der weiteren Ausdehnung des maschinellen Betriebes auf die neuen Gebäude erforderlich ist.

Die Anzahl der Pflegerinnen und Pfleger ist dem voraussichtlichen Krankenbestande entsprechend eingestellt.

Für die Vorsteherinnen der Kochküche und der Waschküche wird um eine Erhöhung ihres Gehalts um je 50 M gebeten.

Der Posten „Beiträge“ mußte wegen der Ruheohnversicherung um 2000 M erhöht werden.

##### II. Arbeits- und Dienstlöhne.

Wegen vermehrter Arbeitskräfte, Erhöhung von Löhnen und für Ruheohnversicherung müssen 1000 M beantragt werden. Die Ausgabe im ersten Halbjahr 1907 betrug 12 230 M.

##### III. Sachliche Ausgaben.

1) Speisung. Die Ausgabe für den Gesamtverpflegungstag stellte sich 1905 auf 94,99 Pfg., 1906 auf 96,07 Pfg. und war für das laufende Jahr auf rund 1 M angenommen. Wegen andauernden Steigens der Nahrungsmittelpreise sind für 1908 1,06 M berechnet, was bei 168 360 Krankenverpflegungstagen und 42 090 Personalverpflegungstagen eine Ausgabe von rund 223 000 M ausmacht.

3) Feuerung. Die Beheizung der neuen Häuser werden einen vermehrten Bedarf von 3000 M bedingen.

4) Viehhaltung. Wegen größeren Bedarfs an Futter und Streumitteln sowie wegen höherer Preise dafür mußte dieser Posten um 3000 M erhöht werden.

5) Landwirtschaft und Gartenanlagen. Die Anschaffung von Pflanzmaterial für die Umgebung der neuen Häuser und vermehrter Bedarf an Kunstdünger machen eine Erhöhung des Postens um 1000 M nötig.

##### III. Bauliche Unterhaltung und Anlagen.

Die nach Streichung mehrerer Anträge der Direktionen der Anstalten verbliebenen Vorschläge erfordern erhebliche Mittel; nach eingehender Besichtigung und Prüfung muß indes die Deputation dieselben als notwendig oder doch im Interesse der Kranken dringend wünschenswert bezeichnen. Im einzelnen wird auf die Begründung zu den verschiedenen Posten Bezug genommen und nur noch folgendes hinzugefügt:

1) Zu Posten Nr. 20 der Krankenanstalt hat der dirigierende Arzt der Abteilung berichtet:

Der beschränkte Raum des Behandlungszimmers, in dem auch kleinere Operationen in Narkose vorgenommen werden müssen, sowie die dort notwendigerweise aufgestellten Instrumentenbohrer- und Instrumentenbohrer-Verordnungen verschlechtern die Luft derartig, daß die Anlage eines elektrischen Ventilators erforderlich ist.

Außerdem ließe sich dadurch ein wenigstens einigermaßen brauchbares Behandlungszimmer aus dem jetzt dafür dienenden Zimmer Nr. 22 herstellen, daß durch Hinwegnahme der Wand zwischen diesem und dem Raum 21 das Zimmer um etwa  $\frac{1}{3}$  vergrößert wird. Zweckmäßigerweise ließen sich dann in dem mit dem Raum 21 in Verbindung stehenden Räume hinter dem Fahrstuhl sämtliche Instrumentenbohrer aufstellen, auch diejenigen, die augenblicklich im Vorbereitungszimmer 20 stehen. Es ist hierzu eine Verbindungstür zwischen Zimmer 20 und dem Räume hinter dem Fahrstuhl herzustellen. Durch diese Änderung würde also gleichzeitig eine Entlastung des ebenfalls wegen seiner Kleinheit nicht mehr ausreichenden Vorbereitungszimmers 20 bewirkt. Ferner muß der Fußboden in den Räumen 20, 21 und 22 mit Terrazzo versehen werden. Alle diese Veränderungen sind nicht nur in allgemein hygienischer Beziehung, sondern auch im Hinblick darauf als notwendig zu bezeichnen, daß die dem Operationsbetrieb durch beschränkte Räume drohende erhöhte Infektionsmöglichkeit und vermehrte Narkosegefahr nach Möglichkeit herabzumindern sind.

2) Zu Posten Nr. 41 der Krankenanstalt wird die Zeichnung der Hochbauinspektion übergeben. Für den Fall der Genehmigung des neuen Stallgebäudes, worüber besonders berichtet wird, würde der alte Kuhstall in der geplanten Weise für die Anstalt weiter nutzbar gemacht werden.

3) Zu Posten Nr. 85 des St. Jürgen-Höf. Der Anbau eines Schauers an die Scheune zur Unterstellung und besseren Erhaltung der Wagen und Geräte gemäß anliegender Zeichnung wird dringend empfohlen.

4) Zu Posten Nr. 97 des St. Jürgen-Höf. Die vorhandenen Räume zur Lagerung von Kartoffeln genügen wegen der Vergrößerung der Anstalt nicht mehr. Der neue Lagerkeller soll nach anliegender Zeichnung mit massiven Umfassungswänden ausgeführt werden.

Bremen, den 20. Dezember 1907.

Die Deputation für die Krankenanstalt.

(gez.) Stadtländer. (gez.) Emil Plate.

Anlage 6.

### Budgetbericht der Polizeidirektion für 1908.

#### I. Gehalte.

Neu eingestellt sind:

- 1) 1 Polizeikommissär.
- 2) 1 Polizeiwachtmeister.
- 3) 1 Kriminalwachtmeister.
- 4) 18 Schutzmannen.
- 5) 1 Distriktschreiber.
- 6) 1 Polizeikommissär.
- 7) 1 Kriminalwachtmeister.
- 8) 8 Schutzmannen.
- 9) 1 Distriktschreiber.
- 10) 1 Kanzlist unter Fortfall eines Kanzleigehilfen.

Krankenanstalt hat der dirigierende

des Behandlungszimmers, in dem  
Lose vorgenommen werden müssen, im  
gestellten Instrumentenlocheinrichtungen  
daß die Anlage eines elektrischen

durch ein wenigstens einigermaßen  
aus dem jetzt dafür dienenden Zimmer  
nahme der Wand zwischen diesem und  
etwa  $\frac{1}{3}$  vergrößert wird. Zweckmäßig  
dem mit dem Raum 21 in Verbindung  
im Fahrstuhl sämtliche Instrumente  
ie augenblicklich im Vorbereitungszimmer

Verbindungsstür zwischen Zimmer  
Fahrstuhle herzustellen. Durch diese An-  
entlastung des ebenfalls wegen seiner Ver-  
bereitungszimmers 20 bewirkt. Ferner  
en 20, 21 und 22 mit Terrazzo be-  
erungen sind nicht nur in allgemein  
auch im Hinblick darauf als notwendig  
operationsbetrieb durch beschränkte  
möglichkeit und vermehrte Narfenge-  
sind.

Krankenanstalt wird die Zeichnung der  
er Genehmigung des neuen Stallgebäude  
der alte Kuhstall in der geplanten  
werden.

Jürgen-Myls. Der Ausbau eines  
fferen Erhaltung der Wagen und  
end empfohlen.

st. Jürgen-Myls. Die vorhandenen  
egen der Vergrößerung der Anzahl  
liegender Zeichnung mit massiven

7.

ation für die Krankenanstalt  
otländer. (gez.) Emil Plate.

Polizeidirektion für 1908.

ehalte.

eines Kanzleigehilfen.

- 11) 1 Kanzlist.
- 12) 2 Kanzleigehilfen.
- 13) 1 Schreiber.
- 14) 3 Kanzleigehilfen unter Fortfall von 3 Distriktschreibern.
- 15) 2 Gesundheitsaufseher (Medizinalamt).
- 16) 1 Kriminalschutzmann.
- 17) 1 Schutzmann.
- 18) Zulage für 1 Kriminalschutzmann.
- 19) " " 4 Gesundheitsaufseher (Medizinalamt).
- 20) " " 4 Sanitätsbeamte (Hafendienst).
- 21) 1 Schreiber.
- 22) 1 Regierungsassessor.
- 23) 2 Kanzleigehilfen.
- 24) 1 Schreiber.

Hierzu wird folgendes bemerkt:

Zu 1 bis 5: Bei der Neuordnung der Distrikte im Jahre 1902 nach dem Anschluß der Vororte an die Stadt erhielt der Polizeidistrikt IX, der westlichste der städtischen Polizeidistrikte, 17 300 Einwohner zugewiesen. In den seitdem verfloßenen fünf Jahren hat sich hier eine gewaltige Änderung vollzogen infolge der Zunahme der industriellen Anlagen im Westen der Stadt. Große Flächen, die damals noch zum Gemüsebau verwendet wurden, sind jetzt von Straßenzügen bedeckt und die Einwohnerzahl ist auf 28 300 Köpfe, also um mehr als 10 000 gestiegen. Diese Umstände machen jetzt eine Teilung des Distrikts unumgänglich notwendig. In dem Budgetbericht der Polizeidirektion vom 7. Februar 1902, Verhdlg. S. 106, ist als die Normalzahl für einen Polizeidistrikt eine Einwohnerschaft von 15 000 Personen angenommen worden. Der jetzige Bestand des Distrikts erreicht bald das Doppelte.

Mit der starken Bebauung ist es erforderlich geworden, die Ronden bis an die Grenzen des trotz der im Sommer d. J. erfolgten Übernahme der Anlagen am Holz- und Fabrikenhafen durch den Distrikt X immer noch sehr umfangreichen Distrikts zu führen, wodurch den Mannschaften außerordentliche und auf die Dauer nicht zu rechtfertigende Anstrengungen zugemutet werden. Dabei ist der Rondendienst hier ein besonders schwieriger bei den häufig vorkommenden Ruhestörungen. Gleich ungünstig liegen die Dinge im Büreaudienst und im Meldewesen. Es sind z. B. im Monat durchschnittlich 500 Schulstrafen auszusprechen und einzuziehen. Die Requisitionen in Sachen der Armenpflege, sowie Nachfragen aller Art sind in keinem anderen Distrikt so zahlreich wie hier. In der Bevölkerung herrscht ein ständiger Wechsel, sowohl innerhalb des Distrikts als nach außen hin, wodurch den Beamten des Distriktsmeldedienstes eine außerordentliche Arbeit erwächst, die ihnen sowie den übrigen Beamten noch dadurch erschwert wird, daß die Leute, mit denen sie sich zu beschäftigen haben, vielfach polnischer Herkunft, der deutschen Sprache nicht mächtig und des Schreibens unkundig sind. Bei diesen Verhältnissen ist auch der Distriktsleiter nicht mehr in der Lage, die Angelegenheiten seines Distrikts so zu bearbeiten, wie es im Interesse des Dienstes gefordert werden muß.

Die Teilung des Distrikts wird am zweckmäßigsten dadurch vollzogen, daß aus dessen südlichem Teile unter Verschiebung der Grenze um etwas nach Westen ein neuer Distrikt gebildet wird mit einem zunächst zu mietenden Polizeibureau etwa an der Scheffelstraße. Für den so zu bildenden Distrikt würde sich eine Einwohnerzahl von rund 14 000 ergeben, die alsbald erheblich steigen dürfte mit der bereits in Angriff genommenen Bebauung des Geländes zwischen dem Holz- und Fabrikenhafen und der Waller-Chaussee.

Der verbleibende Distrikt IX würde unter Austausch einer Fläche im Südwesten seines bisherigen Bezirks mit dem benachbarten Distrikt IV, der sich aus Zweckmäßigkeitsgründen empfiehlt, seine Grenzen erweitern und zwar nach Westen um das ehemalige Dorf Walle und nach Osten um einen von dem Distrikt III abzutrennenden Teil westlich der Hansastrasse. Er wird damit eine Einwohnerzahl von

rund 20 000 erhalten. Zu diesen Grenzverschiebungen ist folgendes zu bemerken: Nach der nunmehr erfolgten Verlegung des Polizeibureaus des Distrikts XIV nach Gröpelingen läßt sich der östliche Teil dieses Distrikts von dort aus wegen der zu großen Entfernung nicht mehr genügend berenden, so daß es gegeben erscheint, diesen dem Distrikt IX anzugliedern. Der Distrikt III aber ist von 21 000 Einwohnern im Jahre 1902 auf 26 500 Einwohner im Jahre 1907 gewachsen und zwar im wesentlichen durch den Ausbau des Hemmistraßenviertels, wo ein neuer Stadtteil teils schon entstanden, teils im Entstehen begriffen ist. Es war daher auch hier geboten, eine Erleichterung eintreten zu lassen, und nur auf diese Weise ließ es sich vermeiden, schon jetzt der Einrichtung eines neuen Polizeidistrikts nördlich des Eisenbahndammes näher zu treten. Der Distrikt III wird auch nach Abtrennung des bezeichneten Teiles noch immer eine Einwohnerzahl von 22 500 behalten.

Der neue Distrikt würde nach dem Muster des Distrikts XI vor Hastedt zu besetzen sein mit einem Polizeikommissär, einem Polizeiwachtmeister und 18 Schutzmännern. Außerdem ist ein Kriminalwachtmeister erforderlich.

Zu 6 bis 9: Wiederholt ist in der Bürgerschaft darauf hingewiesen worden, daß die polizeilichen Einrichtungen auf dem südlichen Weserufer, insbesondere im Polizeidistrikt VII, den jetzigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Besonders wurde hervorgehoben, daß der südliche Teil dieses Distrikts mit den Kräften der an der Warturmer-Chaussee befindlichen Nebenwache nicht mehr genügend beaufsichtigt werden könne und daß die Entfernung bis zum Polizeibureau an der Westerstraße für die Einwohner dieser Gegend eine viel zu große sei. Diesen Klagen ist ihre Berechtigung nicht abzuspochen. Bereits im Jahre 1902 (vgl. Verhdlg. S. 106/7) ist die Einwohnerzahl des Distrikts VII als eine zu große, seine räumliche Gestaltung als eine sehr ungünstige, und die Einrichtung der Nebenwache nur als eine Aushilfe bezeichnet worden. Nachdem inzwischen die Einwohnerzahl des Bezirks der Nebenwache auf reichlich 10 000 gestiegen und gleichzeitig der Distrikt VIII auf etwa 21 000 Einwohner herangewachsen ist, muß jetzt an die bereits 1902 vorgesehene Einrichtung eines weiteren Polizeidistrikts herangetreten werden. Eine Vermehrung des Mannschaftebestandes der Nebenwache, an die man denken könnte, verbietet sich aus verschiedenen Gründen. Einmal sind die höchst dürftigen Räumlichkeiten der Nebenwache ungenügend für die Aufnahme fernerer Mannschaften, zweitens würde der Distriktskommissär nicht mehr in der Lage sein, eine genügende Dienstaufsicht zu führen, und endlich würde damit den berechtigten Klagen der Einwohner über die weiten Wege zum Distriktsbureau nicht abgeholfen werden. Hierzu mag bemerkt werden, daß der Distrikt eine Längenausdehnung von 2,8 km besitzt, die sich allenfalls ertragen ließ, solange noch große unbebaute Flächen dabei in Betracht kamen.

Die Teilungslinien ergeben sich in diesem Falle in einfacher Weise. Der neue Distrikt würde seine Grenzen im Norden durch die Neustadts-Contrescarpe, im Westen durch den Oldenburger Bahndamm und im Osten durch eine Linie zwischen Bach- und Kantstraße erhalten. Seine Einwohnerzahl würde zunächst 12—13 000 betragen. Eine Einwohnerzahl von rund 15 000 würden dem bisherigen Distrikt VII in seiner neuen Gestalt verbleiben, während der Distrikt VIII um 3000 Einwohner entlastet werden würde. Die erforderlichen Bureauräume würden in möglichst zentraler Lage zu mieten sein.

Für den neuen Distrikt sind erforderlich außer einem Polizeikommissär und einem Polizeiwachtmeister:

1 Kriminalwachtmeister.

18 Schutzmänner.

Als Bestand der Nebenwache sind vorhanden:

1 Polizeiwachtmeister.

10 Schutzmänner.

Es wären danach neu anzustellen:

1 Polizeikommissär.

1 Kriminalwachtmeister.

8 Schutzmänner.

verschiebungen ist folgendes zu bemerken: Das Polizeibureau des Distrikts XIV des Distrikts von dort aus wegen der räumlichen Verhältnisse, so daß es gegeben erscheint, ist III aber ist von 21 000 Einwohnern im Jahre 1907 gewachsen und zwar im äußeren Viertel, wo ein neuer Stadtteil ist. Es war daher auch hier nur auf diese Weise ließ es sich den Polizeidistrikts nördlich des Gießens wird auch nach Abtrennung des Distrikts von 22 500 behalten.

Muster des Distrikts XI vor dem Polizeiwachmeister und 18 Polizeiwachmeister erforderlich.

Die Bürgererschaft darauf hingewiesen, daß die im südlichen Weferufer, insbesondere in den südlichen Teilen, nicht mehr entsprechen. Die diesseits des Distrikts mit den Straßen der Wachen nicht mehr genügend bewacht zum Polizeibureau an der Weferufer zu große sei. Diesen Klagen ist im Jahre 1902 (vgl. Verhdlg. S. 10) als eine zu große, seine räumliche Einrichtung der Nebenwache zum dem inzwischen die Einwohnerzahl 100 gestiegen und gleichzeitig der Wachdienst ist, muß jetzt an die bereits im Polizeidistrikts herantreten werden. Die Nebenwache, an die man denken kann, einmal sind die höchst dürftigen Mannschaften fernerer Mannschaften, zum Teil der Lage sein, eine genügende Zahl der berechtigten Klagen der Einwohner nicht abgeholfen werden. Hierzu eine Ausdehnung von 2,8 km befreit, unbebaute Flächen dabei in Betracht kommen, diesem Falle in einfacher Weise werden durch die Neustadts-Controllen am und im Osten durch eine neue Seine Einwohnerzahl würde von rund 15 000 würden dem verbleiben, während der Distrikt würde. Die erforderlichen Bureauarbeiten sein.

Es ist erforderlich außer einem Polizeikommando

vorhanden:

Ein Plan, aus dem sich die neue Distriktseinteilung ergibt, wird überreicht. Zu 10: Die Kanzleigeschäfte der Gewerbeinspektion haben mit der wachsenden Bedeutung und der Vermehrung der Beamten und Angestellten dieser Amtsstelle in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Es erscheint darnach der Zeitpunkt gekommen, wo die Stelle des Leiters dieser Kanzlei mit einem Range zu versehen ist, der den Verhältnissen an anderen Kanzleien entspricht. Der Vorsteher der Kanzlei der Gewerbeinspektion ist nicht nur verantwortlich für die ordnungsmäßige Erledigung aller Schriftsachen, er muß auch wohl bewandert sein in den einschlägigen Gesetzesbestimmungen, um die zahlreich an ihn herantretenden Anfragen aus dem Publikum rasch und sachgemäß zu beantworten. Diese Voraussetzungen treffen auf den jetzigen Inhaber der Stelle zu. Es wird darnach beantrag, diese aus einer Kanzleihilfsstelle in die eines Kanzlisten umzuwandeln.

Zu 11 bis 13: Das stete Anwachsen der Einwohnerzahl, die damit im Zusammenhang stehende Vermehrung der Zahl der Exekutivbeamten, die Ausführung der in der Anlage A aufgeführten gesetzlichen Vorschriften neueren Datums und anderen Maßnahmen haben eine derartige Vermehrung der Arbeiten in der Hauptkanzlei mit sich gebracht, daß es trotz häufiger ausgedehnter Über- und Sonntagsarbeit nicht mehr möglich ist, die Bureaugeschäfte mit der Gründlichkeit zu erledigen, wie dieses im dienstlichen Interesse erforderlich ist. Besonders tritt dieses hervor bei dem außerordentlich angewachsenen Verkehr mit auswärtigen Behörden, der Erledigung der meist eiligen Sachen des Medizinalamts und der Bearbeitung der Generalakten.

Um diesem Übelstande zu begegnen und um eine durchaus erforderliche weitere Arbeitssteigerung in den verschiedenen Abteilungen zu ermöglichen, ist die Anstellung eines Kanzlisten, zweier Kanzleihilfsstellen und eines Schreibers zur Notwendigkeit geworden.

Wie sich aus der Zusammenstellung Anlage B ergibt, haben sich die Eingänge in der Hauptkanzlei seit 1903 um 35%, die Ausgänge um 36% vermehrt, wogegen die Zahl der Arbeitskräfte in demselben Zeitraum nur um drei jüngere Schreiber, von denen ein selbständiges, zuverlässiges Arbeiten kaum verlangt werden kann, vermehrt worden ist. Das Bedürfnis für die vorstehend aufgeführten weiteren Arbeitskräfte muß danach als ein dringendes bezeichnet werden.

#### Anlage A.

- 1) Das Reichsgesetz, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, vom 30. Juni 1900, und die dazu später erlassenen Ausführungsvorschriften.
- 2) Die Verordnung, betreffend die Ausübung der Heilkunde durch nicht-approbierte Personen und die öffentliche Ankündigung von Heilmethoden etc., vom 23. Dezember 1902.
- 3) Das Reichsgesetz, betreffend die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, vom 30. März 1903.
- 4) Das am 1. April 1903 in seinem ganzen Umfange in Kraft getretene Fleischbeschaugesetz vom 3. Juni 1900.
- 5) Die Verordnung, betreffend die Beschäftigung von Kellnerinnen in Gast- und Schankwirtschaften, vom 18. Dezember 1904.
- 6) Die Verordnung, betreffend den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, vom 4. August 1906.
- 7) Die Verordnung, betreffend die Milchviehhaltungen und den Verkehr mit Milch, vom 16. August 1906.
- 8) Die weitere Ausgestaltung der Nahrungsmittelkontrolle.
- 9) Der Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung bezüglich des Schutzes der Arbeiter in gewerblichen Betrieben.
- 10) Die Maßnahmen gegen die Verbreitung ansteckender Krankheiten durch Auswanderer.
- 11) Die Kontrolle der zuziehenden Ausländer.

## Anlage B.

## Eingänge in der Hauptkassellei:\*)

|           |            |      |       |     |                    |
|-----------|------------|------|-------|-----|--------------------|
| 1903..... | 69 808     |      |       |     |                    |
| 1904..... | 75 265     | mehr | gegen | das | Vorjahr..... 5 457 |
| 1905..... | 80 881     | "    | "     | "   | "..... 5 616       |
| 1906..... | 84 727     | "    | "     | "   | "..... 3 846       |
| 1907..... | za. 94 350 | "    | "     | "   | "..... za. 9 623   |

## Ausgänge der Hauptkassellei:

|           |            |      |       |     |                    |
|-----------|------------|------|-------|-----|--------------------|
| 1903..... | 47 132     |      |       |     |                    |
| 1904..... | 49 865     | mehr | gegen | das | Vorjahr..... 2 733 |
| 1905..... | 54 556     | "    | "     | "   | "..... 5 691       |
| 1906..... | 56 937     | "    | "     | "   | "..... 2 383       |
| 1907..... | za. 64 100 | "    | "     | "   | "..... za. 7 163   |

Zu 14: Unter Bezugnahme auf den diesseitigen Budgetbericht vom 21. Januar 1905, Verhdlg. S. 104, betreffend das Aufrücken der älteren Distriktschreiber zu Kanzleigehilfen, wird gebeten, der Ernennung der nachgenannten Distriktschreiber zu Kanzleigehilfen zustimmen zu wollen:

1. Timmermann, geboren 1877, angestellt 1896, jetziges Gehalt 1700 M.
2. Sämmler, geboren 1876, angestellt 1897, jetziges Gehalt 1700 M.
3. Stellmann, geboren 1875, angestellt 1900, jetziges Gehalt 1500 M.

Für die Genannten trifft das in dem oben angezogenen Berichte Gesagte zu.

Zu 15, 19 und 20: Laut § 11 Abs. 3 der Medizinalverordnung vom 2. Juni 1901 kann sich das Medizinalamt für die Stadt Bremen für seine Geschäfte sämtlicher Polizeibeamten seines Bezirkes bedienen. Es hat sich indessen seit langen Jahren die Praxis herausgebildet, in allen wichtigen Zweigen der Medizinalpolizei nur solche Beamte als sogenannte „Sanitätsgehilfen“ zu verwenden, welche zur besonderen Dienstleistung beim Medizinalamt kommandiert und von allen sonstigen Dienstgeschäften befreit sind. Nur auf diese Weise ist es möglich, Beamte heranzubilden, welche mit den besonderen Aufgaben der öffentlichen Gesundheitspflege, den zahlreichen einschlägigen Vorschriften und den tatsächlichen Verhältnissen genügend vertraut und daher mit Erfolg bei der Seuchengefährdung, Nahrungsmittelkontrolle etc. zu verwenden sind.

Zurzeit stehen zwei Sanitätsgehilfen dauernd im Dienste des Medizinalamts, während ein dritter nur vorübergehend zur Verfügung des Medizinalamts gestellt ist, welches allerdings seine Dienste notgedrungen bereits seit Mitte 1905 ununterbrochen in Anspruch nimmt. Das Medizinalamt beantragt nun, außer den beiden ständigen Sanitätsgehilfen zwei weitere Beamte zur ausschließlichen Dienstleistung beim Medizinalamt anzustellen, da mit den zurzeit vorhandenen drei Kräften die Geschäfte nicht mehr glatt und vollständig erledigt werden können. Die sämtlichen vier Beamten würden hinfort passend als „Gesundheitsaufseher“ zu bezeichnen und entsprechend den wiederholt geäußerten Wünschen des Publikums und der Ärzte mit einer unauffälligen, von der Schutzmannsuniform verschiedenen Uniform zu versehen sein. Das Medizinalamt beantragt ferner, sämtlichen Gesundheitsaufsehern eine Zulage von je 300 M. jährlich zuzubilligen, wie sie den Kriminalbeamten gewährt wird. Die Zulage rechtfertigt sich mit Rücksicht darauf, daß die Sanitätsgehilfen insbesondere in dringenden Seuchenfällen nicht selten über die regelmäßigen Dienststunden hinaus Dienst zu tun genötigt sind, mit Rücksicht ferner auf die mit der Seuchengefährdung namentlich für ihre Familien verbundene Ansteckungsgefahr und endlich deshalb, weil sonst tüchtige Bewerber sich wegen der im sonstigen Polizeidienst möglichen Beförderung abschrecken lassen oder nicht lange genug im Dienste des Medizinalamts verbleiben.

Die Steigerung des Bedürfnisses erklärt sich — abgesehen von der ständigen Zunahme der Einwohnerzahl und der Ausdehnung des Stadtgebietes, namentlich seit dem Anschlusse früherer Gebiete im Jahre 1902 — insbesondere durch

\*) Abgesehen von vielen anderen nicht durch das Journal laufenden Eingängen.

folgende Umstände: Die Zahl der anzeigepflichtigen Krankheiten, welche eine schnelle und gründliche Bearbeitung jedes einzelnen Falles zunächst durch einen geschulten Unterbeamten erfordern, hat erheblich zugenommen. Es beruht dies einmal auf dem ständigen Anschwellen der Diphtherie (1900: 159; 1901: 302; 1902: 435; 1903: 482; 1904: 858; 1905: 911; 1906: 1146; 1907 bis 31. Oktober: 890), andererseits darauf, daß durch die Senatsverordnung vom 27. April 1907 seit dem 1. Juni d. J. auch für offene Kehlkopf- und Lungentuberkulose in gewissen Fällen die Anzeigepflicht eingeführt worden ist. Eine weitere Zunahme der Geschäfte ist zu erwarten, sobald das Institut der beamteten Scharlach- sog. Bezirksärzte (Verhdgn. 1903 S. 392) in Fortfall kommt und damit auch die Bearbeitung der Scharlachfälle wieder zunächst in die Hände der Sanitäts-Unterbeamten gelangt. Mit Rücksicht auf den gegenwärtigen erfreulichen Tiefstand des Scharlachs ist die Aufhebung dieser Einrichtung bereits vom Gesundheitsrate beantragt.

Auch die außerordentliche Zunahme des Auswandererverkehrs in den letzten Jahren bedingt einen ständigen Zuwachs der Geschäfte der Gesundheitsaufseher. Nicht nur die Zahl der durch Auswanderer eingeschleppten gemeingefährlichen Seuchen (Pocken, Fleckfieber) hat sich vermehrt, sondern es mußte, wie schon im Herbst 1905, auch in diesem Jahre wieder ein ständiger Überwachungsdiens in Ansehung der aus Rußland drohenden Cholera-gefahr eingerichtet werden. Rund 18 000 russische Auswanderer sind demgemäß seit Mitte August d. J. durch die Sanitätsgehilfen je zwei Tage lang auf ihren Gesundheitszustand beobachtet worden. Auch die Nahrungsmittelkontrolle stellt — selbst bei Beschränkung auf das wesentlichste — neuerdings erheblich höhere Anforderungen an die Tätigkeit der Unterbeamten. Zu erwähnen ist namentlich die wichtige Beobachtung derjenigen Fleischhändler, die aus der Einfuhr minderwertigen und gesundheitschädlichen Fleisches nach Bremen unter Umgehung des Schlachthofes ein Gewerbe machen, ferner die Kontrolle der rund 600 stadtbremischen Milchviehhaltungen und Milchhandlungen an der Hand der eingehenden Senatsverordnung vom 16. August 1906, welche einen Beamten nahezu vollständig in Anspruch nimmt.

Außer den vorstehend erwähnten Geschäften liegen den Gesundheitsaufsehern u. a. noch die sanitären Revisionen der Auswanderer-Herbergen, die ersten Untersuchungen angeblich gesundheitschädlicher Wohnungen, die Revision der Verkaufsfästen und Rettungsgeräte, die erste Bearbeitung der Tierseuchenfälle, die Brunnenkontrolle, die Kontrolle der vorschriftsmäßigen Einfargung von Leichen, welche mit der Bahn oder per Schiff überführt werden sollen, ob.

Es wird danach die Anstellung von zwei Beamten des Medizinalamts mit Schutzmannsgehalt und der Zulage der Kriminalschutzmänner und die Gewährung der gleichen Zulage an die vorhandenen beiden Beamten beantragt.

Die hinsichtlich der Gewährung dieser Zulage dargelegten Gründe treffen, wenn auch in geringerem Maße, auf diejenigen vier Beamten zu, die nach der Senatsverordnung vom 21. August 1900 die gesundheitliche Kontrolle der Seeschiffe in den stadtbremischen Häfen wahrzunehmen haben. Auch für diese wird daher eine Zulage nach Maßgabe der Zulage der Kriminalschutzmänner, jedoch nur im Betrage von 100 M für jeden Beamten, erbeten.

Zu 16, 18 und 21: Bekanntlich besteht seit längeren Jahren die Einrichtung, daß ein Teil der Kriminalsachen unmittelbar durch den dem Distriktsbureau zugewiesenen Kriminalbeamten bearbeitet wird. Dieses Verfahren hat sich durchaus bewährt, indem dadurch die erforderliche rasche Vornahme der ersten Ermittlungen in zahlreichen Strafsachen gewährleistet wird. Die Arbeiten des dem Polizeidistrikt V beigegebenen Kriminalwachtmeisters haben sich nun derartig gehäuft, daß die Zuordnung eines weiteren Beamten erforderlich erscheint, wenn nicht die Vorteile der Einrichtung in Frage gestellt werden sollen. Die Zahl der in neun Monaten des laufenden Jahres zu bearbeitenden Akten hat diejenige des ganzen Vorjahres bereits erheblich überschritten. Zunächst kann die Anstellung eines Kriminalschutzmanns als eine ausreichende Hilfe für den Kriminalwachtmeister angesehen werden.

Für die Kanzlei der Kriminalabteilung muß wegen der eingetretenen Vermehrung der Geschäfte um die Anstellung eines weiteren Schreibers gebeten werden.

Zu 17: Bei der bisherigen Besetzung der Polizeiwache auf dem hiesigen Hauptbahnhofe mit vier Schutzmännern ist aus Gründen der den Beamten zu gewährenden Ruhezeit der Bahnhof in der Zeit von 12 Uhr nachts bis 5 Uhr morgens ohne polizeiliche Bewachung. Hieraus haben sich mit der Steigerung des Verkehrs am Bahnhofe Mißstände ergeben, die die Königliche Eisenbahn-Betriebsinspektion bereits wiederholt zu begründeten Klagen und entsprechenden Anträgen an die Polizeidirektion veranlaßt haben. Um dem bezeichneten Uebelstande abzuheben, ist es erforderlich, die Bahnhofswache um einen Schutzmann zu verstärken.

Zu 22 bis 24: Bis zum Juni 1905 standen der Baupolizei die Kräfte eines Regierungsassessors teilweise zur Verfügung, auf dessen Hilfeleistung damals verzichtet wurde und der in der Folge eine anderweitige Verwendung fand. Da die mit der Leitung der Geschäfte verbundene Arbeitslast sich allmählich als zu groß erwies, um von dem Vorstande allein bewältigt zu werden, wurde im Sommer 1906 eine Organisationsänderung vorgenommen und den technischen Beamten innerhalb bestimmter Grenzen die Ermächtigung zur selbstständigen Erledigung der einzelnen Bau Sachen erteilt. Trotz alledem ist die Arbeitslast, die mit der Auslegung und praktischen Anwendung der inzwischen in Kraft getretenen neuen Bauordnung vom 21. Oktober 1906 und ihren zahlreichen Vorschriften verbunden ist, noch immer eine so große, daß sie die Anstellung einer Hilfskraft unbedingt erfordert, die neben dem Vorstande der Baupolizei voll in Anspruch genommen sein wird.

Um Ordnung in das für den Betrieb der Baupolizei sehr wichtige Aktenwesen zu bringen, wird es für notwendig gehalten, dieses einem besonderen Beamten zu unterstellen, der die Verantwortung dafür zu tragen hat. Die Leiter der einzelnen Kanzleien sind nicht in der Lage, die nötige Kontrolle auszuüben. Jede Unordnung hat sofort eine empfindliche Störung des Geschäftsbetriebes zur Folge, unter der die Bauantragsteller zu leiden haben. Bei der allgemeinen Polizei ist zu dem gleichen Zwecke ein Kanzlist angestellt. Für die Baupolizei wird ein Kanzleigehilfe für ausreichend gehalten.

Nach dem Gesetze vom 23. Juni 1907, betreffend die öffentlichen Grundlasten, Gesetzblatt Seite 122 ff., soll von der Baupolizei ein Register geführt werden, in das alle zu ihrer Kenntnis gelangten öffentlichen Grundlasten einzutragen sind. Zur Ausführung dieser Vorschrift sind zunächst die sonst beteiligten Behörden aufgefordert, die aus ihren Akten ersichtlichen Grundlasten der Baupolizeibehörde aufzugeben. Es wird aber für notwendig gehalten, auch alle vorhandenen Baupolizeialten einer Prüfung zu unterziehen und das sich aus ihnen ergebende Material zu sammeln, sowie auch alle Vergünstigungen und Rekognitionsgebühren in das anzulegende Register aufzunehmen. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, die nötige Übersicht über die nicht aus dem Grundbuche ersichtlichen öffentlich rechtlichen Verhältnisse der einzelnen Grundstücke zu gewinnen und für die Zukunft etwaigen Versehen vorzubeugen. Die zu leistende Arbeit wird nur durch einen zuverlässigen Beamten bewältigt werden können, dem zugleich ein besonderer Schreiber unterstellt werden muß. Die endgültige Aufstellung des Registers dürfte jedenfalls mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Für diesen Zweck sind ein weiterer Kanzleigehilfe und ein Schreiber in das Budget eingestellt. Soweit nach der Anlegung des Registers seine Führung die volle Arbeitskraft eines Beamten und eines Schreibers nicht mehr in Anspruch nimmt, wird bei der fortdauernden Vermehrung der baupolizeilichen Geschäfte ihre gleichzeitige anderweitige Verwendung möglich sein, da demnächst bei einem ferneren Anwachsen der Stadt doch die Zahl der baupolizeilichen Abteilungen (Bezirke) und Kanzleien vermehrt werden muß.

Die beantragten beiden Kanzleigehilfenstellen beseitigen zugleich den Uebelstand, daß für die Leitung der vorhandenen 4 Kanzleien im Falle von Erkrankungen und Beurlaubungen ihrer Vorsteher bisher ein Beamter zu ihrer Vertretung nicht zur Verfügung stand.

Im Sommer 1907 ist auf die Position außerordentliche Schreibhilfe versuchsweise eine Maschinenschreiberin bei der Baupolizei angestellt. Da diese Neuerung sich wie bei anderen Ressorts, z. B. den Gerichten, bewährt hat, wird beabsichtigt, im Budgetjahre 1908 eine weitere Maschinenschreiberin anzustellen, für die ein Gehaltsjah von 700 M für erforderlich gehalten wird.

## II. Sachliche Ausgaben.

Zu 1. Bureaukosten. Es werden 6000 M mehr erbeten an laufenden Kosten für 2 neue Polizeibureau als Heizung, Licht, Reinigung, Druckfachen etc., sowie für Mehrkosten an den Kanzleien.

Zu 2. Polizeiausgaben. Hier werden 3000 M mehr erbeten, da die Ausgaben sich von Jahr zu Jahr steigern.

Zu 3. Versicherungsbeitrag. Dieser Posten ist um 600 M für Beiträge zur Ruheohnversicherung erhöht.

Zu 4. Baggerung für Badeanstalten. Infolge Inangriffnahme der neuen Wehranlage muß die Gasteder Badeanstalt verlegt werden; es ist ein Platz unterhalb der alten Stelle dafür in Aussicht genommen. Für die vorzunehmenden Baggararbeiten und Herrichtung des Platzes sind nach einer Mitteilung der Wasserbauinspektion 2500 M mehr erforderlich.

Zu 9. Zur Verfügung der Direktion. 500 M werden mehr erbeten, da die Beamtenzahl in den letzten Jahren bedeutend gewachsen ist.

Zu 10. Gratifikationsfonds. Mit Rücksicht auf die seit 1902 eingetretene Vermehrung der Beamten der Kriminalabteilung werden 1000 M mehr erbeten, wobei beabsichtigt wird, an dem Gratifikationsfonds in beschränkter Weise auch diejenigen Beamten teilnehmen zu lassen, die, ohne Kriminalwachtmeister zu sein, in Kriminalsachen tätig sind, oder die in Kriminalsachen besondere mit entsprechenden Aufwendungen verknüpfte Dienste geleistet haben.

Zu 12. Fahrräder. Es sind 1000 M für 6 neue Räder und deren Unterhaltung mehr eingestellt. 3 Räder sollen den Beamten der Kriminalabteilung, denen bisher nur 1 Rad zur Verfügung stand, und 3 weitere den neuen Distrikten überwiesen werden.

Ferner werden 2 Räder für den gesundheitspolizeilichen Kontrolldienst in den hiesigen Häfen erbeten. Für 4 Beamte standen bisher 2 Räder zur Verfügung; diese sind sehr alt und unzuverlässig. Um eine rechtzeitige Abfertigung der in die Häfen des Zollausflußgebiets II, den Holzhafen und den Hohentorshafen einlaufenden Schiffe zu gewährleisten, sind die beiden neuen Räder durchaus erforderlich.

Zu 13. Zentraluhrenanlage. Die Betriebsgebühr für eine am Polizeibureau XIII anzubringende Normaluhr ist mehr eingestellt. Bemerkt werden darf, daß Bewohner der früheren Gemeinde Schwachhausen verschiedentlich wegen Anbringung einer Uhr an dieser Stelle hier vorstellig geworden sind.

Nach einem Anschlag der Gesellschaft Normalzeit erfordert die Einrichtung einer Uhr am Bureau XIII ca. 150 M. Die jährliche Betriebsgebühr ist unter Nr. 13 eingestellt.

Zu 14. Miete für Distriktsbureau. Die Räume des zurzeit in dem dem Staate gehörenden Hause Buntentorssteinweg Nr. 148 untergebrachten Polizeibureau VIII haben sich schon seit längerer Zeit als unzulänglich erwiesen. Die für die Beamten und für die Abfertigung des Publikums zur Verfügung stehenden Räume sind zu klein, die Lage der Aborte und der Arrestzellen ist eine höchst ungünstige. Die sich hieraus ergebenden Mißstände haben zu wiederholten Klagen und Eingaben Veranlassung gegeben, in denen mit vollem Recht auf die besonders bei stärkerem Geschäftsandrang herrschenden unhaltbaren Zustände hingewiesen ist. Durch einen Umbau läßt sich nach der Beschaffenheit der Örtlichkeit eine Abhilfe nicht schaffen. Es bietet sich jetzt eine Gelegenheit, ein in günstiger Lage am Buntentorssteinweg an Stelle der alten Häuser Nr. 79/81 nach den Wünschen der Polizeidirektion zu errichtendes Haus auf längere Jahre zu mieten. Der geforderte Mietpreis beträgt 2000 M; derselbe wird sich aber durch eine

für einen Polizeiwachtmeister einzurichtende Dienstwohnung auf 1760 M. verringern. Das bisher benutzte Haus Nr. 148 würde sich gegebenenfalls durch Verkauf oder Vermietung leicht anderweit verwerten lassen.

Zu 16. Die Hauptkanzlei und die Kanzlei der Kriminalabteilung bedürfen je einer weiteren Schreibmaschine, da mit den dort vorhandenen die bedeutend vermehrte Schreibarbeit nicht mehr bewältigt werden kann.

Außerdem ist ein Betrag von 600 M. eingestellt für im Freihafen und Hohentorshafen noch erforderliche Warnungstafeln. Aus dem im letzten Jahre bewilligten Fonds konnten diese nicht mehr bestritten werden. Da eine sofortige Aufstellung dieser Tafeln nicht erforderlich war, sollen sie im nächsten Jahre angebracht werden.

Zu 17. Wegen dieser Summen wird Bezug genommen auf die Bemerkungen zu I Nr. 1 bis 5 und 6 bis 9 und II Nr. 14.

Bremen, den 15. Dezember 1907.

Die Polizeidirektion.  
(gez.) **Pürman.**

Anlage 7.

#### Budgetbericht der Löschdeputation.

Die Entwürfe der Einnahmen- und Ausgaben-Budgets der Feuerwehr für 1908 werden hierneben in zwei Ausfertigungen samt Erläuterungen und sonstigen Anlagen überreicht.

Die Ausgaben zeigen eine Steigerung von etwa 96 000 M. gegen das laufende Jahr. Davon entfallen auf die von Senat und Bürgerschaft beschlossenen Gehaltserhöhungen etwa 20 000 M. Von dem Reste besteht der bei weitem größte Teil in einmaligen Ausgaben, welche besonders durch die beantragte Verstärkung der Feuerwache 5 am Holz- und Fabrikenhafen entstehen.

Die Notwendigkeit dieser Verstärkung ist schon bei Errichtung der Wache im Jahre 1904 vorausgesehen; doch wurde gehofft, daß die Besetzung der Wache mit nur zwei Fahrzeugen für etwas längere Zeit ausreichen werde. Inzwischen ist durch die Eröffnung des Freihafens 2, die schnelle Vermehrung und Vergrößerung der Fabriken und Lagergebäude am Holzhafen, die dichte Bebauung von Gröpelingen mit zum Teil drei und viergeschossigen Häusern und leider auch durch die im Laufe eines Jahres an den Häfen ausgebrochenen sechs großen Brände die Notwendigkeit, die Wache voll zu besetzen und mit einer großen Schlauchreserve auszurüsten, schon jetzt so dringend geworden, daß die Deputation in Übereinstimmung mit den beteiligten Handelskreisen um Bewilligung der für die Verstärkung erforderlichen Mittel bitten muß. Im übrigen wird auf die Anlage I zu den Erläuterungen zum Budget Bezug genommen, welche das Nähere über die erforderlichen Mannschaften und Geräte ergibt. Zur Unterbringung der vermehrten Geräte bedarf die Wache ferner eines Wagenschuppens, der mit Zustimmung der Deputation für Häfen und Eisenbahnen auf deren Lagerplatz hinter der Feuerwache errichtet werden soll. Das Projekt des Schuppens, das von der Baudeputation und der Löschdeputation genehmigt ist, wird samt den Kostenanschlägen hierneben überreicht. Der Betrag der Kosten — 11 500 M. — ist in das Budget der Baudeputation eingestellt. Auch um ihre Bewilligung wird gebeten.

Bremen, den 11. Dezember 1907.

Die Deputation wegen der städtischen Löschanstalten.  
(gez.) **Stadtländer.** (gez.) **H. Bömers.**

## Bericht zum Budget des Amtes Begeja.

Anlage 8.

Hierneben überreiche ich ergebenst die Entwürfe der Einnahmen- und Ausgaben-Budgets des Amtes Begeja für das Etatsjahr 1908 je in zwei Ausfertigungen.

Neu eingestellt ist mit Genehmigung des Senats ein fünfter Schutzmann. Es hat sich bei der Zunahme des Verkehrs in Begeja durch die Bewohner der industriellen Nachbarorte und die Ausflügler als unmöglich erwiesen, den Außendienst, insbesondere den Straßendienst, die Bedienung des Bureaus und des Gefängnisses sowie die Wahrnehmung des Wachdienstes im Amtshause mit vier Schutzmännern ausreichend gut zu führen; namentlich muß die Wache im Amtshause jetzt regelmäßig während mehrerer Tagesstunden unbesezt bleiben, worüber auch Klagen aus dem hilfesuchenden Publikum laut geworden sind.

Bremen, den 6. November 1907.

Der Senatskommissar für die Hafenstädte.

(gez.) Stadtländer.

## Budgetbericht der Steuerdeputation.

Anlage 9.

I. Mit der Bearbeitung der Erbschaftsteuerachen (Reichserbschaftsteuer und bremische Erbschaftsabgabe) sind 4 Kanzlisten und 2 Kanzleigehülfen ganz und ein Kassierer teilweise beschäftigt. Der Oberkassierer der Abteilung, welcher als Vorstand des Erbschaftsteueramts fungiert, muß sich mit Rücksicht auf seine übrige Tätigkeit auf Prüfung der Sachen von der rechtlichen Seite, Instruierung der Beamten, Anordnung von Ermittlungen und auf Erlass der zu treffenden Entscheidungen beschränken. Die Ausführung der Ermittlungen und die Kalkulation der Sachen muß den bezeichneten Beamten überlassen bleiben.

Die Geschäfte des Erbschaftsteueramts sind mit dem bezeichneten Personal nicht mehr ordnungsmäßig zu erledigen. Die Rückstände mehren sich täglich, ebenso die schriftlichen und mündlichen Anträge der Beteiligten auf Erledigung der Sachen. Erbfälle aus dem laufenden Kalenderjahre wurden nur wenige bearbeitet, eine Anzahl Sachen aus dem Jahre 1906 ist noch in Arbeit. Die erste Prüfung der Erbschaftsteuererklärungen kann bei dem jetzigen Personal durchweg erst 4 bis 5 Monate nach Eingang derselben erfolgen. Zu der Einlieferung der Erbschaftsteuererklärung sollen die Beteiligten gemäß § 49 des Erbschaftsteuergesetzes durch Strafen angehalten werden. Es erscheint unangemessen, die Beteiligten durch Strafen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen anzuhalten und sie danach monatelang auf Erledigung der Sache warten zu lassen. Natürlich sind auch Rückstände in bremischen Erbschaftsabgabenachen vorhanden, zu denen fortlaufend neue hinzukommen.

Die ordnungsmäßige Erledigung der Erbschaftsteuerachen erfordert die Anstellung zweier weiterer Beamten. Die Anzustellenden müssen selbständig zu arbeiten verstehen und in Rechnungssachen möglichst erfahren sein, es ist daher mit Kanzleigehülfen nicht auszukommen, vielmehr die Anstellung von Kanzlisten erforderlich.

II. Das für die Einziehung der Grund-, Gebäude-, Erleuchtungs- und Wassersteuer verfügbare Personal ist seit längerer Zeit überlastet, so daß die Vermehrung desselben dringend erforderlich ist.

Es sind in diesem Dienstzweige seit dem 1. April 1902 4 Kanzlisten und 4 Schreiber beschäftigt.

Seit diesem Zeitpunkte ist die Zahl der Einwohner, welche zu den bezeichneten Steuern veranlagt sind, von 54 300 auf 66 100, also um 11 800 gestiegen, und hat sich dementsprechend auch die Zahl der zu führenden Konten erhöht. Diese Mehrarbeit ist von dem verfügbaren Personal nicht mehr zu bewältigen und hat zur Folge, daß die Einziehung der Steuern häufig ungebührlich lange hinausgeschoben werden muß, namentlich soweit es sich um die nicht glatt eingehenden Beträge, insbesondere solche handelt, welche von nach auswärts verzogenen Schuldnern einzuziehen sind, und um Schuldner, gegen die zwangsweise vorgeschritten werden muß.

Die Führung der Steuerrollen liegt in Händen von Kanzlisten, jedem Kanzlisten ist ein Schreiber beigegeben.

Erforderlich ist die Anstellung eines Kanzlisten und eines Schreibers mit einem Gehalt von etwa 1100 M.

III. Am 1. August dieses Jahres ist die Zahl der Beamten am Bureau der Abteilung II des Generalsteueramts um zwei vermehrt worden, indem an diesem Tage ein Kanzlist und ein Kanzleigehilfe neu angestellt wurden. Die Schaffung dieser neuen Stellen war im wesentlichen begründet worden mit der Neueinrichtung der Besteuerung hier zuziehender Personen, mit der Neueinrichtung von Akten über Steuerpflichtige und mit der allgemeinen Zunahme der Geschäfte. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß diese Vermehrung dem wirklichen Bedarf nicht entsprochen hat.

Drei Kanzleigehilfen sind erforderlich, um die Besteuerung der zuziehenden Personen, einschließlich der Feststellung der Adressen der ihre Wohnung wechselnden Steuerpflichtigen zu erledigen. Davon ist einer fast den ganzen Tag über am Zentralmeldebureau beschäftigt, während zwei die erforderlichen Steuererklärungen einziehen, nach ihrem Eingange sie ordnen, die Registereintragungen machen, Rechnungen ausstellen, kurz, die ganze Veranlagung vornehmen und den Eingang der Steuern überwachen. Sie kontrollieren auch die Steuerpflicht der fortgezogenen Personen. In Bremerhaven wird die Aufnahme der Personalien durch das Meldeamt, die Einziehung der Deklarationen durch das Steueramt vorgenommen. Die weitere Bearbeitung für Bremerhaven, wo die Fluktuation der Bevölkerung eine verhältnismäßig große ist, erfolgt aber auch in Bremen. In der Stadt Bremen sind vom 16. April bis 31. Oktober allein 11 113 Zugezogene und 5342 Fortgezogene, bei denen eine Steuerpflicht vermutet wurde, kontrolliert worden. Zur Steuer veranlagt sind bis jetzt 8071 Personen für die Stadt Bremen, 2364 für Bremerhaven.

Durch die Vermehrung der Beamten im August dieses Jahres ist also für die übrigen Geschäfte der Abteilung eine Hilfe nicht geschaffen worden. Diese Geschäfte haben aber seit der Vermehrung der Kräfte im Jahre 1902 ganz erheblich zugenommen, auch abgesehen von den erst vor kurzem getroffenen Neueinrichtungen (Aktenführung, Besteuerung der Erträge aus angefallenen Erbschaften).

Es betrug die Zahl

|                                                                                                                        |         |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| der Steuerpflichtigen 1902 .....                                                                                       | 95 107  |
| 1907 .....                                                                                                             | 116 037 |
| der Reklamationen 1902 .....                                                                                           | 2 123   |
| 1907 .....                                                                                                             | 2 638   |
| der von hier an auswärtige Behörden gerichteten Ersuchen um<br>Beistandsleistung bei Einziehung von Steuern 1902 ..... | 1 693   |
| 1907 bis 1. November ..                                                                                                | 5 854   |

Auch die Zahl der hierher gelangten Ersuchen auswärtiger Behörden, die an Abteilung II bearbeitet werden, ist erheblich gewachsen. Sie ist wegen Zeitmangel nicht festgestellt worden, dürfte sich aber daraus ergeben, daß

1902 677 und

1906 1400 Pfändungen auf Ersuchen auswärtiger Behörden vorgenommen worden sind.

Diese erhebliche Zunahme der Geschäfte haben einen unerfreulichen chronischen Rückstand in den zu erledigenden Arbeiten zur Folge, verschulden auch, daß vielen Arbeiten nicht die nötige Sorgfalt zugewendet werden kann. Insbesondere ist die Aktenführung noch sehr im Rückstande, auch die Besteuerung der Erbschaftserträge. Die letzteren und die Gewinne aus Grundstücksverkäufen müßten besser geprüft werden, als dies bei dem Mangel an der dafür zur Verfügung stehenden Zeit möglich ist.

Nach dem Vorgetragenen hält die Deputation zwei weitere Beamte für unbedingt erforderlich, wenn die der Abteilung obliegenden Arbeiten ordnungsmäßig erledigt werden sollen. Diese Beamten müssen Kanzlisten sein, weil die Führung von Steuerrollen, die Prüfung der Deklarationen und die Vornahme des Steueranlasses ein großes Maß von Erfahrung und Umsicht erfordert und deshalb tunlichst Kanzlisten übertragen werden sollten.

Es wird hiernach für das nächste Rechnungsjahr die Anstellung von zwei Kanzlisten für das Bureau der Abteilung II beantragt. Das Personal würde dann bestehen aus 1 Oberkassierer, 2 Kassierern, 15 Kanzlisten, 8 Kanzleihilfen.

#### Die Steuerdeputation.

(gez.) M. Donandt. (gez.) W. Cramer.

### Budgetbericht der Zollverwaltung für 1908.

Anlage 10.

#### A. Einnahmen.

Zu I 1 a. Die Schlusssumme des Zollverwaltungskostenetats beim Beginn des laufenden Rechnungsjahres betrug, wie im vorigen Budgetbericht und in der ihn ergänzenden Mitteilung des Senats vom 6. Februar 1907 (Verhdlg. 1907 S. 34 und 112) angegeben, rund . . . . . M 1 457 310,—

Veränderungen sind im laufenden Rechnungsjahr durch die vorläufigen Gehaltserhöhungen für die Zollsekretäre, Zollassistenten, Revisions- und Grenzaufsicher, Zollmaschinisten, Amtsdienner und Bootsführer eingetreten (Verhdlg. 1907 S. 457/500 ff.). Da eine anderweite Regelung der Gehaltsätze vorbehalten ist, so werden die neuen Durchschnittsgehälter für 1908 erst später vom Bundesrat neu festzusetzen sein und läßt sich augenblicklich eine genaue Summe der Mehrvergütung des Reichs nicht angeben.

Unter Berücksichtigung der vorläufig festgesetzten Gehaltsätze wird sich nach einem Überschlagn eine Erhöhung der Vergütung des Reichs auf rund . . . . . „ 137 000,— ergeben.

Die nach dem Zollverwaltungskostenetat zu erwartende Einnahme ist daher auf rund . . . . . „ 1 594 310,— veranschlagt.

Sofern am 1. April 1908 eine weitere Erhöhung der Gehaltsätze für die bezeichneten Beamtenklassen und eine Erhöhung der bisherigen Gehaltsätze für die Oberbeamten der Zollverwaltung eintritt, wird sich auch die Vergütung des Reichs entsprechend erhöhen.

Zu I 1 b. Die Vergütungen für außergewöhnliche Dienstleistungen haben eine weitere Steigerung erfahren, und auch für das Rechnungsjahr 1908 ist eine Zunahme des Verkehrs zu erwarten. Ferner sind die zu vergütenden nicht unwesentlichen Betriebs- und Unterhaltungskosten der angeschafften Zollsahrzeuge (Dampfbarkasse und Motorboot) in Betracht zu ziehen. Dementsprechend sind die gegenüber dem Reiche speziell in Anrechnung zu bringenden Zollverwaltungskosten von 52 000 M auf 65 000 M erhöht.

Zu I 2 a. Für die Erhebung der Tabaksteuer sind vom Reiche vergütet:

|                                                   |          |
|---------------------------------------------------|----------|
| im Rechnungsjahre 1904 . . . . .                  | M 103,47 |
| „ „ 1905 . . . . .                                | „ 69,77  |
| „ „ 1906 . . . . .                                | „ 71,84  |
| „ I. Halbjahre des Rechnungsjahres 1907 . . . . . | „ 36,47  |

Es ist daher die Vergütung von 40 M auf 70 M erhöht.

Zu I 2 b. Im bremischen Staatsgebiete sind Zigarettenfabriken von Bedeutung nicht vorhanden, und die Haupteinnahme erstreckt sich auf die aus dem Auslande eingeführten Erzeugnisse.

Die Einnahme hat betragen:

|                                          |                  |            |
|------------------------------------------|------------------|------------|
| im Rechnungsjahr 1906 (1. Juli 1906      | Zigarettensteuer | Vergütung  |
| bis 31. März 1907) . . . . .             | M 104 519,56     | M 4 180,70 |
| im I. Halbjahre des Rechnungsjahres 1907 | „ 20 544,28      | „ 821,77   |

Da die Errichtung von Zigarettenfabriken hier nicht zu erwarten steht, auch infolge des hohen Zollsatzes die Einfuhr von Zigaretten abgenommen hat, wird die Mehreinnahme an Zigarettensteuer und dementsprechend an Vergütung sich gegenüber dem I. Halbjahre dieses Rechnungsjahres nicht wesentlich steigern.

Es ist daher die Vergütung von 5000 M auf 1800 M herabgesetzt.

Zu I 2 d. Wenngleich der Betrieb der hiesigen Brennereien zurückgegangen ist, so haben sich die Roheinnahmen an Branntweinsteuer infolge des aus anderen Bundesstaaten im Begleitscheinverkehr überwiesenen Branntweins gesteigert.

Es haben betragen:

|                                          | Die Einnahme: | Die Vergütung des Reichs: |
|------------------------------------------|---------------|---------------------------|
| im Rechnungsjahre 1904                   | 845 822,65    | 47 120,26                 |
| " " 1905                                 | 841 503,95    | 47 540,48                 |
| " " 1906                                 | 864 533,10    | 49 160,29                 |
| im I. Halbjahre des Rechnungsjahres 1906 | 376 891,90    | 22 907,49                 |
| im I. Halbjahre des Rechnungsjahres 1907 | 451 806,—     | 26 964,97                 |

Die Vergütung des Reichs für Erhebung und Kontrolle ist von 48 000 M auf 52 000 M erhöht.

Zu I 2 f. Die Einnahmen an Brausteuern sind infolge des neuen Brausteuergesetzes wesentlich gestiegen, andererseits ist der Vergütungssatz für die Verwaltung nach den Ausführungsbestimmungen zum neuen Brausteuergesetz vom 1. Juli 1906 ab von 15 % auf 10 % herabgesetzt.

Es haben betragen:

|                                          | Die Einnahme: | Die Vergütung des Reichs: |
|------------------------------------------|---------------|---------------------------|
| im Rechnungsjahre 1904                   | 288 822,35    | 43 323,35                 |
| " " 1905                                 | 337 587,70    | 50 638,16                 |
| " " 1906                                 | 564 008,25    | 61 306,52                 |
| im I. Halbjahre des Rechnungsjahres 1906 | 177 515,90    | 22 657,27                 |
| im I. Halbjahre des Rechnungsjahres 1907 | 207 022,15    | 20 702,22                 |

Unter Zugrundelegung der Einnahme an Brausteuern im Rechnungsjahre 1906 und in der Annahme weiterer Mehreinnahme an Brausteuern und Übergangsabgabe für 1908 ist die Vergütung des Reichs für Verwaltung von 48 000 M auf 60 000 M erhöht.

Zu I 2 h. Die Gesamteinnahme an Reichsstempelabgaben ist im laufenden Rechnungsjahre gegenüber dem Vorjahre 1906 bedeutend zurückgegangen, was in der großen Mindereinnahme an Abgabe für Wertpapiere (Aktien usw.) seinen Grund hat.

Es haben betragen:

|                                 | Die Reichsstempelabgaben                                  |    |                                                  |    |                   |    |                                                                         |    |                   |    |                       |    |                                          |    |                                              |    |           | Die Vergütung des Reichs für Erhebung und Verwaltung |           |
|---------------------------------|-----------------------------------------------------------|----|--------------------------------------------------|----|-------------------|----|-------------------------------------------------------------------------|----|-------------------|----|-----------------------|----|------------------------------------------|----|----------------------------------------------|----|-----------|------------------------------------------------------|-----------|
|                                 | von Wertpapieren (Aktien, Renten- und Schuldschreibungen) |    | von Kauf- und sonstigen Anschaffungs- geschäften |    | von Lotterielosen |    | von Schiffsfrachtfunden vom 1. Juli 1906 ab unter Frachtfunden fallend) |    | von Frachtfunden. |    | von Personenfahrarten |    | von Erlaubnis- farten für Kraftfahrzeuge |    | von Vergütungen an Aufsichtsrats- mitglieder |    | Zusammen  |                                                      |           |
|                                 | M                                                         | S  | M                                                | S  | M                 | S  | M                                                                       | S  | M                 | S  | M                     | S  | M                                        | S  | M                                            | S  | M         |                                                      | S         |
| 1904                            | 167 162                                                   | 80 | 190 103                                          | 15 | 18 105            | 45 | 103 530                                                                 | 40 | —                 | —  | —                     | —  | —                                        | —  | —                                            | —  | 478 901   | 80                                                   | 9 578 04  |
| 1905                            | 715 921                                                   | 20 | 187 672                                          | 85 | 12 263            | —  | 119 169                                                                 | 60 | —                 | —  | —                     | —  | —                                        | —  | —                                            | —  | 1 035 026 | 65                                                   | 20 700 53 |
| 1906                            | 1 893 588                                                 | 75 | 159 139                                          | 90 | 13 789            | 65 | 29 095                                                                  | 30 | 110 105           | 45 | 9 346                 | 65 | 6 668                                    | 50 | 32 313                                       | 95 | 2 254 048 | 15                                                   | 45 080 06 |
| April bis einschl. Oktober 1906 | 1 497 578                                                 | 60 | 90 307                                           | 05 | 11 956            | 40 | 29 095                                                                  | 30 | 42 602            | 75 | 4 927                 | 55 | 5 118                                    | 50 | 7 389                                        | —  | 1 688 975 | 15                                                   | 33 779 51 |
| desgl. 1907                     | 233 964                                                   | 80 | 58 209                                           | 25 | 13 308            | 40 | —                                                                       | —  | 105 489           | 65 | 68 544                | 95 | 9 861                                    | 50 | 62 968                                       | 95 | 552 347   | 50                                                   | 11 046 94 |

Wenngleich die Einnahme an Reichsstempelabgabe von Frachtfunden, Personalfahrtarten und Vergütungen an Aufsichtsratsmitglieder gestiegen sind, so ist eine Steigerung der ihrer Natur nach sehr wechselvollen Einnahme an Abgabe für Wertpapiere nicht ohne weiteres vorauszusetzen. Es ist daher als Vergütung des Reichs für Erhebung und Verwaltung nur der gleiche Betrag von 25 000 M wieder eingestellt.

Zu II 1. Die Einnahme an Strafgebern hat betragen:

|                             |            |
|-----------------------------|------------|
| im Rechnungsjahre 1904..... | M 1 294,55 |
| " " 1905.....               | " 1 870,79 |
| " " 1906.....               | " 1 319,15 |

Es ist daher die Einnahme von 2000 M auf 1500 M herabgesetzt.

Zu II 3. Durch das Heraufrücken einiger Beamten in höhere Altersstufen der betreffenden Gehaltsklassen und durch die Erhöhung der Gehaltsätze einiger Beamten (darunter Amtsdienner) erhöht sich die Einnahme an Miete für Dienstwohnungen für das Rechnungsjahr 1908 gegenüber dem laufenden Rechnungsjahre.

Es ist daher ein Betrag von 6732,66 M in Ansatz gebracht.

Zu II 5. Die außerordentlichen Einnahmen sind sehr wechselnd; daher hat ein wesentlich höherer Ansatz derselben nicht stattgefunden.

#### B. Ausgaben.

Zu A I 3. Die Umwandlung der bisherigen Stelle eines Assessors bei der Zolldirektion in die Stelle eines Rats, wie solche bereits bei der Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft, die Revision der Reichsstempelabgaben betreffend, vom 7. Januar 1902 (Verhdlg. S. 3) vorgesehen war, liegt im Bedürfnis, da sich der Geschäftsumfang der Zolldirektion durch die zahlreichen neuen Reichsteuergesetze, insbesondere Reichsstempel- und Reichserbschaftsteuer, wesentlich vergrößert hat. Seit dem 1. Januar 1907 ist die Stelle unbesetzt gewesen, weil ihrem bisherigen Inhaber, dem Regierungsassessor Pingel, vorübergehend die Verwaltung der Stelle des Oberzollinspektors beim hiesigen Hauptzollamte Kaiserstraße übertragen war. Da diese vorübergehende Beschäftigung nunmehr ihrem Ende entgegen geht, so wird dem Assessor Pingel bei seinem Wiedereintritt in die Zolldirektion die Ratsstelle zu übertragen sein. Bei der Übernahme in den bremischen Staatsdienst ist ihm die Zusage gemacht worden, daß er mit dem Tage des Wiedereintritts in die Zolldirektion aus der Stelle des Oberinspektors in den Bezug der ersten Alterszulage als Assessor gelangen solle, weil er als Oberzollinspektor ein Gehalt von 5400 M bezieht; es würde ihm demnach in dieser Stelle ein Gehalt von 5625 M zustehen (5000 M Anfangsgehalt und 1 Alterszulage von 625 M). Als Rat hat er demnach sofort Anspruch auf die Alterszulage des neuen Amtes, die sein bisheriges Gehalt (5625 M) überschreitet, weshalb 7000 M für ihn in Ansatz gebracht sind (5500 M Anfangsgehalt und 1 Alterszulage von 1500 M).

Zu A I 25. Mit der Vermehrung der Beamten der Zolldirektion und der Erweiterung der Diensträume sind auch die Anforderungen an die Tätigkeit des jahrgeldsberechtigten Hilfsbureaudieneers gestiegen, so daß seine Stelle eine gleiche Arbeitskraft erfordert, wie die des ebenfalls jahrgeldsberechtigten Bureaudieneers. Es liegt daher in der Billigkeit, die Hilfsbureaudienerstelle in eine Bureaudienerstelle umzuwandeln. Der seit 1888 in seiner Stelle befindliche Hilfsbureaudiener, welcher in die neue Stelle überzuführen ist, bezieht zurzeit das Höchstgehalt 1500 M. Da es eine solche Gehaltsstufe für Bureaudiener nicht gibt, so würde er bestimmungsgemäß in die nächst höhere Gehaltsstufe dieser Stelle einzurücken haben, weshalb ein Gehalt von 1540 M (Anfangsgehalt 1300 und 3 Alterszulagen von je 80 M) für ihn zum Ansatz gebracht ist.

Zu A II 4. Das Gehalt des Bureaudieneers bei der Zolldirektion, das bisher mit dem der Amtsdienner, Bootsführer und Einsammler (1200—1600 M) gleichgestellt war, ist nach der neuen Gehaltsordnung dem Gehalt der Bureaudiener beim Generalsteueramt entsprechend auf nur 1300—1700 M festgesetzt worden, während das Gehalt der Amtsdienner, Bootsführer und Einsammler bei den Haupt-

zollämtern eine Erhöhung auf 1300—1800 M erfahren hat. Den Bureaudienern beim Generalsteuerramt ist andererseits freie Dienstkleidung zugestanden. Es wird dies auch den Bureaudienern der Zollverwaltung zu gewähren sein. Es sind daher für Dienstkleidung insgesamt 200 M eingestellt worden.

Zu A III. Unter diesem neuen Abschnitt sind die Ausgaben für die Lehranstalt für Zollbeamte (bisher als Zolllaboratorium bezeichnet) in Ansatz gebracht.

Im Budgetbericht der Zollverwaltung für 1905 zu B. I. Pos. 5 (Verhdlg. 1905 S. 112) ist schon darauf hingewiesen worden, daß für das im Jahre 1904 errichtete Zolllaboratorium aus Anlaß des Inkrafttretens des neuen Zoltarifs ein eigener Oberrevisor erforderlich werden würde. Der bisher der Kostenersparnis wegen gemachte Versuch, das Zolllaboratorium durch einen auf dem Zollverwaltungs-kostenetat stehenden Oberrevisor nebenamtlich verwalten zu lassen, hat die Unzulänglich-keit dieser Einrichtung ergeben. Das künftig als Lehranstalt für Zollbeamte zu bezeichnende Laboratorium hat die Aufgabe, neben den Warenuntersuchungen und Begutachtungen von Tariff Fragen, die Tariffkenntnisse der Beamten durch ständigen Unterricht zu fördern und zu erhalten, damit eine möglichst sichere und schnelle Warenabfertigung dauernd gesichert wird und Schädigungen der Staatskasse oder der Zollpflichtigen durch unrichtige Tarifierung abgewendet werden. Zur Erreichung dieses Zwecks bedarf es aber der vollen Arbeitskraft eines älteren, erfahrenen Beamten. Auch in den Bundesstaaten, in denen Lehranstalten errichtet sind, ist die Leitung ausschließlich hierzu bestimmten Beamten übertragen, so in Preußen, wo außer der Hauptlehranstalt für Zoll- und Steuerbeamte in Berlin für jeden Direktionsbezirk Lehranstalten bestehen, welche unter der Beihilfe eines Oberkontrollors, in den größeren Bezirken auch noch weiterer Beamten, von einem Oberrevisor geleitet werden, in Hamburg, wo an der Spitze der Lehranstalt ein Oberzollinspektor steht, dem ein Oberkontrollor und ein Zollaufscher beigegeben sind.

Bei der Wichtigkeit der hiesigen Zolleingangsstellen muß die Ausbildungsweise der Beamten mit den vorgenannten Anstalten gleichen Schritt halten, wenn Bremen gegen andere Bundesstaaten nicht zurückstehen will, weshalb sich die Errichtung einer eigenen Oberrevisorstelle nicht umgehen läßt. Die Lehranstalt wird dann als eine selbständige Stelle der Zolldirektion direkt zu unterstellen sein. Da auch die Kosten für die Anstalt gleich wie bei der Zolldirektion von Bremen zu tragen sind, so sind sie bei Abschnitt „A. Zolldirektion“ unter III 1 und 2 zum Ansatz gebracht und zwar wie folgt:

Für die Stelle des Oberrevisors ist mit 5280 M ein höherer Betrag als das Anfangsgehalt eingestellt worden, da die für diese Stelle in Frage kommenden Beamten bereits ein solches Gehalt beziehen.

Die schon für das Rechnungsjahr 1907 bewilligte Stelle eines Amtsdieners beim Laboratorium — B Nr. 471 des Spezialbudgets Nr. 75 für 1907 — ist hierher mit dem bisherigen Gehalt von 1300 M übertragen worden.

Zur Bestreitung der Bureaukosten ist ein den bisherigen Anforderungen entsprechender Betrag von 656 M von dem Bureaukostenfonds des Hauptzollamts Bindwams, aus dem bisher die Kosten bestritten worden sind, abgezweigt und hierher übertragen worden.

Zu B IV 2. Im dienstlichen Interesse ist es zweckmäßig, daß es dem Obergrenzkontrollor in Bremen durch die Benutzung eines Fahrrades ermöglicht wird, seine Dienstrunden rasch zu erledigen und die ihm unterstellten Grenzaufscher in schnellerer Folge und unvermutet zu kontrollieren und auch eine ordnungsmäßige Ausübung des Grenzdienstes selbst durch unzuverlässige Beamte zu erreichen. Als Vergütung erscheint mit Rücksicht auf die fortlaufenden Ausgaben, die der regelmäßige Gebrauch eines Fahrrades erfordert, ein Betrag von 72 M jährlich, monatlich zahlbar, unter der Bedingung angemessen, daß die Entschädigung nur für die Monate gezahlt wird, in denen das Fahrrad gehalten und zu dienstlichen Zwecken benutzt wird. Die Kosten sind dem Reiche gegenüber besonders aufrechnungsfähig.

Ferner sind beim Hauptzollamt Kaiserstraße zur Ersparung von weiteren Beamtenkräften als Entschädigung an Fahrgeld zur Benutzung der Straßenbahn für Beamte, welche zur Vornahme amtlicher Handlungen in die entlegenen Vorstädte

entsendet werden, etwa 60 M., sowie für den Amtsdienster der Zollabfertigungsstelle Holzhafen für seine täglichen Botengänge nach dem Hauptzollamt und zurück 100 M. erforderlich. Da indessen nach den im letzten Jahre gemachten Erfahrungen eine häufigere Benutzung der Straßenbahn an Stelle von Mietfuhrwerk durch sonstige in Betracht kommende Beamte bei Dienstreisen innerhalb des Stadtbezirks sich ohne Nachteil des Dienstes ermöglichen läßt, so kann dennoch gegenüber dem laufenden Rechnungsjahre eine Herabsetzung dieses Fonds erfolgen.

Es sind daher im ganzen mit 2500 M. gegen den laufenden Etat 364 M. weniger eingestellt worden.

Zu B V 5. Bei den Geschäftsbedürfnissen des Grenzschutzpersonals sind auf Unterhaltungskosten einschließlich Verbrauchsmaterial für die Dampfbarfasse und das Zollmotorboot 2000 M. weniger veranschlagt als im letzten Jahre. Dagegen stellt sich die Miete für die Dienstwohnungen der 2 Grenzaufsichtsbeamten in Mittelsbüren um 125 M. höher, weil die Wohnungen erst am 1. Juli 1907 bezogen worden sind, die volle Miete daher bisher noch nicht zum Ansatz kam. Wegen der zu zahlenden Mieten wird auf die Verhandlungen zwischen Senat und Bürgerschaft für 1907 Seite 255 und 305 Bezug genommen.

Den beiden Obergrenzkontrolleuren (B I 275 und 485) sind bisher die Schreibmaterialien aus den Beständen der ihnen vorgesetzten Hauptzollämter geliefert worden. Es empfiehlt sich jedoch, den Obergrenzkontrolleuren, für deren Stellen vom Reiche Verwaltungskosten (Tit. IV und V) des Zollverwaltungskostenetats) nicht vergütet werden, an Stelle der Materialienlieferung eine entsprechende Pauschalsumme, worin auch die Kosten für das Einbinden des Amtsblattes einbegriffen sein sollen, zu gewähren. Nach den vorläufigen Erfahrungen ist hierfür ein Betrag von je 18 M. für die Obergrenzkontrolleure als ausreichend anzusehen, der aus dem Fonds dieser Position zu bestreiten ist. Die Beträge sind dem Reiche gegenüber aufrechnungsfähig.

Zu B V allgemein. Die unter Pos. 6 für 1907 in das Budget eingestellten 2000 M. für unvorgesehene Beschaffungen aus Anlaß der Einführung des neuen Zolltarifs sind als nicht mehr erforderlich in Wegfall gekommen.

Der Fonds ist demnach insgesamt um 3875 M. niedriger als im laufenden Jahr.

Zu B X. Der Fonds ist von 2037,66 M. auf 3067,78 M. erhöht worden, weil namentlich die Versicherungen der Ausstattungsgegenstände für die neu errichteten Amtsstellen usw. gegen Feuergefahr sowie die Erhöhung der Gebührensätze für amtlich veranlaßte Untersuchungen von Beamten auf ihren Gesundheitszustand durch den Vertrauensarzt der Zollverwaltung erhebliche Mehrkosten verursachen.

Zu C I C. Bei der chemischen Abteilung der Fleischbeschau stelle in Bremen unter Nr. 8 „Schreibhilfe“ ist ein Betrag versuchsweise nicht eingestellt, weil schon bei der tierärztlichen Abteilung — C I B — unter Nr. 12 ein solcher Betrag zu gleichem Zwecke zur Verfügung steht und dieser nach C übertragbar zu machen ist, auch versuchsweise die Kanzleiarbeiten für beide Abteilungen in einer Stelle vereinigt sind.

Zu C I D 2. Der Fonds ist von 12486,67 M. auf 10900 M. herabgesetzt worden, weil infolge der vorläufigen versuchsweisen Aufhebung der Abteilung „Allgemeine Verwaltung der Fleischbeschau stelle“ die Kosten für Heizung und Beleuchtung der Diensträume, für Schreib- usw. Materialien und Formulare geringer geworden sind, auch besondere unvorgesehene Ausgaben nicht zu erwarten sind.

Zu C I D 3. Die Fleischbeschau stelle ist teilweise in andere Räume verlegt worden, wodurch eine Verbilligung der Miete eingetreten ist. Sie beträgt jetzt 2900 M. gegen 3380 M. früher.

Zu C II B 2. Mit Rücksicht auf die unbedeutende Fleischeinfuhr über Bremerhaven genügt es, für Vergütungen an vorübergehend beschäftigte Trichinenschauer einen Betrag von 1800 M. einzustellen. Die bisherige Festsetzung des Betrages auf 12000 M. war in der Annahme erfolgt, daß die Einfuhr über Bremerhaven einen bedeutenden Umfang annehmen werde.

Bremen, den 14. Dezember 1907.

Die Senatskommission für Zollangelegenheiten.

(gez.) **Marcus.**

Anlage 11

**Budgetbericht der Baudeputation, Allgemeine Bauverwaltung.**

Die Baudeputation, Abteilung Allgemeine Bauverwaltung, überreicht hierneben das Budget für 1908, wobei sie sich wegen der Einzelheiten auf den beifolgenden Bericht des Herrn Bauinspektors Knop bezieht.

Bremen, den 16. Dezember 1907.

Die Baudeputation  
Abteilung Allgemeine Bauverwaltung.

Der Vorsitzer. Der Rechnungsführer.  
i. B.  
(gez.) **Buss.** (gez.) **W. Seymann.**

Unteranlage.

**Bericht des Bauinspektors Knop.**

Zu dem in der Anlage beigefügten Budgetentwurf der Allgemeinen Bauverwaltung ist erläuternd zu berichten.

**A. Ordentliche Einnahmen.**

Die ordentlichen Einnahmen sind gegenüber dem laufenden Budgetjahr bei Position 1 um 500 Mark, bei Position 2 um 1500 Mark höher eingestellt worden, da diese Beträge nach den Ergebnissen der letzten Jahre mit Sicherheit erwartet werden dürfen.

**B. Ordentliche Ausgaben.****I. Gehalte.**

Bei Einsetzung der Beträge ist außer den im kommenden Budgetjahr eintretenden Alterszulagen und außer den stattgehabten Personalveränderungen auf die Reorganisation des Bauwesens Rücksicht genommen.

Demgemäß sind die beiden neugeschaffenen Baudirektorstellen unter Annahme zweier Alterszulagen mit je 10 000 Mark eingestellt worden, während die bisherige Stelle eines Bauinspektors in Fortfall kommt.

Ferner ist mit Zustimmung der Finanzkommission für das Revisionsbureau die Neuschaffung einer Kanzlistenstelle, für die Rendantur die Umwandlung der Kanzleigehilfenstelle in eine Buchhalterstelle berücksichtigt worden. Verschiedene Gründe machen es wahrscheinlich, daß die Kanzlistenstelle im Revisionsbureau dem dort beschäftigten Kanzleigehilfen Brandt, die Buchhalterstelle in der Rendantur dem dort tätigen Kanzleigehilfen Bachler und die beim Revisionsbureau freiverdende Kanzleigehilfenstelle dem in der Kanzlei der Baudirektion arbeitenden Schreiber Bauer übertragen werden wird. Im Budget sind daher, um eine unnötige Belastung desselben zu vermeiden, für die genannten Stellen nur diejenigen Gehaltsätze vorgesehen, welche für die erwähnten Beamten mit Rücksicht auf ihr jetziges Gehalt in Betracht kommen, d. h. für Brandt 2400 Mark, da er als Kanzleigehilfe vom 1. April 1908 ab 2230 Mark beziehen würde, für Bachler 2300 Mark, da er als Kanzleigehilfe vom 1. August 1908 ab 2230 Mark erhalten würde, für Bauer 2020 Mark, da er als jahrgeldsberechtigter Schreiber vom 1. April 1908 ab 1900 Mark beziehen würde. Dafür sind die Gehalte, welche Brandt, Bachler und Bauer unter unveränderten Verhältnissen im Rechnungsjahr 1908 erhalten würden, fortgelassen. Wenn aber die neue Kanzlisten- und Buchhalterstelle nicht bewilligt werden, so würden die Beträge von 2400 + 2300 + 2020 Mark zu streichen und dafür 2230 (Brandt) + 2160 (Bachler) + 1900 (unter Schreiber für Bauer) einzustellen sein.

Beim Revisionsbureau ist wegen der fortgesetzten Geschäftszunahme mit Genehmigung der Baudeputation vom 27. Mai 1907 23. Juli 1907 der Hilfschreiber Huthoff angestellt worden, dessen Gehalt während des laufenden Rechnungsjahres aus dem

Fonds für Außerordentliche Hilfsarbeit, Spezial-Budget No. 89, Titel I, gezahlt wird. Da es sich hier um eine dauernd notwendige Schreibhilfe handelt, so wird die Umwandlung der Stelle in eine jahrgeldsberechtigte beantragt; demgemäß ist ein Betrag von 1200 Mark vorgesehen.

## II. Sachliche Ausgaben.

Entsprechend dem Beschluß der Baudeputation vom 21. Januar d. Js. sind in dem vorliegenden Entwurf die Ausgaben für Heizung, Beleuchtung und Reinigung der Büroräume, sowie für Beschaffung von Formularen, Schreib- und Zeichenmaterialien, Beschaffung und Instandhaltung des Inventars usw. in zwei Positionen getrennt aufgeführt.

Der Betrag für Heizung, Beleuchtung und Reinigung der Büros mußte mit Rücksicht auf die neu einzurichtende zweite Hochbauinspektion und die Erweiterung der Straßenbauinspektion um rund 2000 Mark erhöht werden.

Der Betrag für Beschaffung von Formularen, Schreib- und Zeichenmaterialien usw. setzt sich zusammen aus der für das laufende Budgetjahr bewilligten Summe von 33 940 Mark — 14 900 Mark für Heizung usw. — 5320 Mark für Bureauinventar im Jahre 1907 = 13 720 Mark + 1280 Mark für Neubeschaffung von Inventar für 1908 = 15 000 Mark.

Für die übrigen Positionen bleiben die diesjährigen Beträge unverändert.

Der Bauinspektor.

(gez.) **Knop.**

Einverstanden.

Bremen, 4. Dezember 1907.

Der Oberbaudirektor.

(gez.) **Bücking.**

## Budgetbericht der Baudeputation, Abteilung Straßenbau.

Anlage 12.

Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, überreicht hierneben ihr Budget für 1908 unter Bezugnahme auf den beifolgenden Bericht des Baurats Graepel.

Ebenso wie in früheren Jahren müssen in betreff der in den Verzeichnissen für Neu- und Umlegungen vorhandener Straßen, sowie für Neuanlage von Straßen angegebenen Materialien Änderungen vorbehalten werden, wenn sie sich als zweckmäßig erweisen sollten.

Um mit den Neu- und Umlegungen von Straßen sofort nach Eintritt geeigneter Witterung beginnen zu können, darf um eine baldige und vorgängige Beschlußfassung gebeten werden, wie sie in den letzten Jahren stets erfolgt ist.

Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau.

(gez.) **Rassow.** (gez.) **M. Voettcher.**

## Bericht des Baurats Graepel.

Unteranlage.

Zur Aufstellung des Budgets für 1908 beehre ich mich, unter Überreichung der anliegenden fünf Zusammenstellungen, das Nachstehende zu berichten:

### A. Ordentliche Einnahmen.

Der Erlös aus Pachten für Straßenareal, Grasnutzungen usw. hat wie für 1907 wieder eingestellt werden können. Die Einnahme von 1906 kann nicht maßgebend sein, weil in diesem Jahre eine unvorhergesehene einmalige Einnahme erzielt ist. Die Einnahme an Gebühren für Aufbrechen von Straßenpflaster ist in

den letzten Jahren weniger geworden; es sind daher für 1908 nur 3000 *M* eingesetzt. Die Gebühren gemäß § 176 der Bauordnung können zu 3000 *M* statt bisher 1000 *M* angenommen werden.

Der Überschuß des Lagers hat sich infolge der Erhöhung der Löhne, Zahlung von Miete für Lagerplätze usw. wesentlich verringert, so daß nur noch mit einem Überschuß von 20 000 *M* zu rechnen ist.

Insgesamt sind für ordentliche Einnahmen 27 000 *M* anzunehmen.

#### B. Außerordentliche Einnahmen.

Die Beiträge für Straßenanlagen, die dem Staatshaushalt gutzuschreiben sind, werden zu 30 000 *M* angenommen werden können.

Die Beiträge für Straßenanlagen, die aus den Fonds für außerordentliche Verwendungen dem Haushalt gutzuschreiben sind, lassen sich genauer erst angeben, wenn Beschluß darüber gefaßt ist, welche Straßenanlagen zur Ausführung kommen sollen. Nach den in Vorschlag gebrachten Ausführungen sind gemäß Anlage 5 382 390 *M* einzusetzen.

#### C. Ordentliche Ausgaben.

I. Gehalte. Die für die Baumeister Böhler und Günther, Rendant Kroog, Buchhalter Held, Kanzleigehilfe Möller, die Bauaufseher Bosse, Depken, Nordhoff, Meier, Feller, Mittelstorb und Ehlerding, Zeichner Imken und Bureaudiener Sonntag fälligen Gehaltszulagen, die für Böhler, Günther, Kroog, Möller, Bosse, Depken, Ehlerding und Sonntag zum Teil schon im Laufe dieses Budgetjahres in Kraft treten, sind eingesetzt.

Die durch die Reorganisation des Bauwesens (vergl. Verhdlg. 1907 S. 1015 ff.) geschaffenen Stellen, als

- 1 Bauinspektor,
- 1 Kanzlist,
- 1 Bauaufseher,
- 3 Zeichner,
- 1 Lageraufseher,
- 11 Unteraufseher,
- 1 Schreiber,
- 1 Bote

sind mit den in den Verhandlungen angeführten Durchschnittssätzen vorgesehen.

Außer den bei der Reorganisation vorgesehenen Stellen ist ein Buchhalter mit Ruhegehaltsberechtigung (1800—3300) mit 2100 *M* neu eingesetzt und sind zwei jahrgeldsberechtigte Schreiberstellen in Ruhegehaltsberechtigte Kanzleigehilfenstellen (1600—2650 *M*) umgewandelt worden. Da hierfür nur ältere Schreiber in Frage kommen, so sind für jeden Kanzleigehilfen 1810 *M* eingesetzt.

Die Einstellung des Buchhalters ist notwendig, weil unter den jetzigen Verhältnissen Kanzleigehilfen wichtige Rechnungssachen überlassen werden müssen und die Umwandlung von jahrgeldsberechtigten Schreiberstellen in Kanzleigehilfenstellen ist nicht zu umgehen, weil andernfalls ein öfterer Wechsel in dem Personal eintritt, aber nur mit einem gut eingearbeiteten Personal die recht komplizierten Rechnungssachen beim Straßenbau ordnungsmäßig und mit der nötigen Sicherheit erledigt werden können.

Die Einstellung von zwei neuen Schreiberstellen ist notwendig, weil die Geschäfte bei der Straßenbauverwaltung von Jahr zu Jahr außerordentlich zunehmen. Namentlich verursachen die gesetzlichen Bestimmungen über Straßenbeiträge und die Bestimmungen zur besseren Erhaltung des Straßenpflasters eine bedeutende Steigerung der Bureauarbeiten.

II. Außerordentliche Hilfsarbeit. Wenn die unter I beantragten Schreiberstellen bewilligt werden, wird unter gewöhnlichen Verhältnissen mit 3000 *M* auszukommen sein. Sehr wahrscheinlich wird aber die Aufstellung eines

Projektes für den Neubau der kleinen Weserbrücke vor der Brautstraße erforderlich werden, wozu das zur Verfügung stehende Personal nicht ausreichen wird; es empfiehlt sich daher, den Betrag von 6000 M vorzusehen.

III. Reisen usw. Es ist derselbe Betrag wie für 1907 eingelegt.

IV. Gewöhnliche Unterhaltung. Die für 1907 bewilligten Beträge sind auch jetzt wieder eingelegt.

Es hat sich als wünschenswert herausgestellt, am Osterdeich namentlich in der oberen Strecke noch etwa 10 Bänke aufzustellen, ich möchte empfehlen, die Kosten aus dem Unterhaltungsfonds zu bestreiten. Eine Erhöhung des eingelegten Betrages ist, da es sich nur um einige hundert Mark handelt, nicht erforderlich.

Für die Unterhaltung der Brücken sind annähernd dieselben Beträge wie für 1907 eingestellt. Nur für die kleine Weserbrücke sind statt 200 M nunmehr 500 M vorgesehen, da bei dem morschen Zustande vieler Hölzer dieser Brücke mit größeren Ausbesserungen zu rechnen ist. Außerdem hat ein Betrag von 500 M für die Brücke über den Ausläufer des Hakenburger Sees im Zuge der Warturmer Chaussee eingelegt werden müssen, da eine Versteifung dieser Brücke notwendig wird, indem sie für schwereren Verkehr nicht genügt. Es würde zweckmäßig ein Neubau in Aussicht zu nehmen sein; da aber die geplanten Schiffahrtskanäle am linken Weserufer eine spätere Änderung der Lage und insbesondere der Höhenlage der Chaussee bedingen werden, so empfiehlt es sich, den Neubau, wenn tunlich, gleichzeitig mit der Ausführung der Schiffahrtskanäle vorzunehmen.

Die Erneuerung der Hemmbrücke hat unter Einhaltung der bewilligten Mittel stattgefunden, so daß dafür nur die üblichen 100 M für Unterhaltung einzusetzen sind.

Die Kosten für die Beschaffung einer Dampfwalze sind gemäß den Beschlüssen des Senats und der Bürgerschaft mit 11 000 M eingestellt.

V. Betrieb und Unterhaltung der Schöpfwerke. Es ist anzunehmen, daß auch im Jahre 1908 mit den für 1907 bewilligten Mitteln auszukommen ist.

Als dringend notwendig hat sich herausgestellt, das Schöpfwerk in der Wetterung mit der Wasserleitung der Stadt in Verbindung zu bringen, damit das dort beschäftigte Personal gutes Trinkwasser erhält und auch für die Kesselspeisung besseres Wasser verwendet werden kann. Das vorhandene Grundwasser ist sehr eisenhaltig und gibt zu Schlammbildungen in den Kesseln Veranlassung, wodurch der Heizeffekt wesentlich verringert wird. Die Kosten für die Herstellung der Zuleitung und der auf dem Werke zu treffenden Einrichtungen sind auf 2700 M zu veranschlagen. Voraussichtlich werden die für den Betrieb und die Unterhaltung beantragten Mittel auch für die Einrichtungen zur Wasserversorgung genügen, da infolge neuerdings getroffener zweckmäßigerer Einrichtungen zur Beseitigung des Schlammes aus den Klärbecken in Zukunft Kosten erspart werden dürften.

#### D. Neu- und Umlegungen von Straßen.

Auch bei der Aufstellung des Budgets für 1908 haben wiederum viele dringend notwendige Ausführungen unberücksichtigt bleiben müssen. Es muß zugegeben werden, daß schon seit längerer Zeit erhebliche Mittel zur Verbesserung der Straßen aufgewendet werden und die Straßen der Stadt auch wesentlich besser geworden sind; die aufgewendeten Mittel genügen aber nicht, um das früher Versäumte nachzuholen. Außerdem machen die gewaltig zunehmende Ausdehnung der Stadt und der wachsende Verkehr es unerlässlich, größere Summen als bisher für die Verbesserung der Straßen der Stadt aufzuwenden. Einmal werden Neu- und Umlegungen in größerem Umfange als bisher notwendig, dann aber auch müssen für die Quadratinheit der Pflasterungen höhere Kosten aufgewendet werden, damit sie in betreff der Annehmlichkeit des Befahrens, der Geräuschlosigkeit und der Sauberkeit den zu stellenden Anforderungen entsprechen, wobei zu berücksichtigen ist, daß, wie in allen Dingen, so auch in bezug auf die Beschaffenheit der Straßen-

bepflasterungen die Ansprüche erheblich gestiegen sind. Auch der wachsende Verkehr mit schwererem Fuhrwerk stellt größere Anforderungen an die Haltbarkeit des Pflasters. Es ist namentlich auch für Straßen mit größerem Verkehr ein Ausguß der Pflasterfugen mit Asphaltkitt oder ähnlicher Masse in größerem Umfange in Aussicht zu nehmen, da damit die Haltbarkeit vermehrt und namentlich auch die Reinhaltung erleichtert wird.

Als Steinmaterial kommt in erster Linie nach wie vor der schwedische Granit in Frage; es muß aber vorbehalten werden, auch andere, gleichwertige Materialien zu verwenden, so kann namentlich für Straßen mit sehr starkem Verkehr der belgische Porphyr in Frage kommen, wenn er zu angemessenen Preisen zu beschaffen ist. Der billige, von der Oberweser gewonnene Buntsandstein, der in den früheren Jahren in großem Umfange wegen der geringen zur Verfügung stehenden Mittel selbst in Straßen mit größerem Verkehr verwendet worden ist, besitzt eine sehr ungleichmäßige Festigkeit und vermögen viele Steine nicht einmal den Witterungseinflüssen zu widerstehen, die Verwendung muß daher auf Straßen mit ganz untergeordnetem Verkehr beschränkt werden.

Die aus Kupferschlacke gefertigten Pflastersteine geben wegen ihrer schönen Kopfflächen eine sehr saubere Pflasteroberfläche, auch haben sie wegen ihrer großen Fußfläche eine große Standsicherheit; an Festigkeit kommen sie aber dem Granit nicht gleich, die Verwendung muß daher im allgemeinen auf Straßen mit mittlerem Verkehr beschränkt werden. Besonders empfehlenswert sind Schlackensteine in solchen Straßen, in denen wegen geringer Breite der Fußwege das Fahrbahnpflaster viel begangen werden muß.

Das aus australischem Hartholz hergestellte Pflaster (Oberstraße, Hutfilterstraße und Sögestraße) hat sich bis jetzt gut bewährt und liegt kein Grund vor, die weitere Bewährung in Zweifel zu ziehen. Allerdings sind in der Presse öfter Klagen über Glätte laut geworden. Tatsache ist aber, daß dieses Holzpflaster in vielen Städten — z. B. in Berlin — dort angewendet wird, wo wegen starker Steigungen Asphaltpflaster unzulässig ist. Von allen sogenannten geräuschlosen Pflasterungen ist Holzpflaster bei genügender Festigkeit am wenigsten glatt. Durch peinliche Sauberhaltung der Oberfläche kann unangenehme Glätte vermieden werden. Der Beweis für diese Behauptung liegt darin, daß bei stärkerem Regen sich die Schlüpfrigkeit nicht unangenehm bemerkbar macht, wohl aber bei nebligem Wetter oder auch bei leichtem Regen. Das Besprengen des Holzpflasters ist zu vermeiden, zur Vermeidung von Staub muß stets ein vollständiges Abspülen stattfinden.

Bei Gelegenheit der Verhandlungen in der Bürgerschaft ist darauf hingewiesen worden, daß das Betonpflaster dem Holzpflaster wegen seiner stumpferen Oberfläche vorzuziehen sei, dem gegenüber ist aber zu bemerken, daß das Betonpflaster weniger geräuschlos ist und für Straßen mit stärkerem Verkehr keine genügende Haltbarkeit besitzt.

Die Notwendigkeit der in Vorschlag gebrachten Ausführungen, die von der Baudeputation, Abteilung Straßenbau, unter Mitwirkung mehrerer Herren der Bürgerschaft festgestellt sind, dürfte durch die in dem Verzeichnisse der neu- und umzulegenden Straßen enthaltenen Bemerkungen genügend begründet sein.

#### E. Uenanlage von Straßen.

Die den einzelnen Ansätzen beigefügten Bemerkungen dürften zur Begründung der Anträge genügen. Die hohen Gesamtkosten erklären sich daraus, daß vor dem Anschlusse an die Stadt viele Bauausführungen an noch nicht ausgebauten Straßen stattgefunden haben und daß jetzt gesundheitliche und feuerpolizeiliche Interessen den Ausbau dieser Straßen notwendig machen und auch die weitere Entwicklung der Stadt den Ausbau vieler, bisher ungepflasterter Straßen notwendig macht.

Eine große Summe erfordert insbesondere auch der nicht mehr zu verschiebende Ausbau der Voltmershauserstraße, die in dem jetzigen Zustande dem Bedürfnis nicht annähernd entspricht.

Die  
sich nicht vor  
den betreffen  
vom 9. Oktob  
ordnung, noch  
dieses Gesetz

Einver  
den 7. Dezem  
Der  
(gez

Bu

Die G  
erheblich zuge  
Umfang ange  
einzustellen, w  
es vermieden  
mit der ersfor  
bearbeitenden  
1905 auf 52  
Der jetzt ange  
gerade bringen  
eine Unterstü

Der  
material und  
allen bei den  
Er wird im  
Ausarbeitung  
die wichtigsten  
muß er Vor  
gehaltsberecht  
reichend bis  
Ferne  
jaß von 170  
ständig zunehr  
machen. Die  
forderlichen

Die  
im vorigen  
ausreichen.  
forderlichen  
Enteignung  
S. 1140, 1  
Für  
das Budget  
mehrung der  
jedoch nur d  
Die  
nahme der  
erforderlich

Die mutmaßlich eingehenden Beiträge lassen sich nur ungenau angeben, da sich nicht voraussehen läßt, inwieweit die anliegenden Grundstücke mit Ausgang nach den betreffenden Straßen bebaut werden und auch das in der Bürgerschaftssitzung vom 9. Oktober 1907 beschlossene Gesetz, betreffend Änderung des § 186 der Bauordnung, noch keine Gesetzeskraft erhalten hat. Ich habe bei meinen Feststellungen dieses Gesetz als bestehend angenommen.

(gez.) **Gracpel.**

Einverstanden

den 7. Dezember 1907.

Der Oberbaudirektor:

(gez.) **Büding.**

### Budgetbericht der Deputation für Regulierung der Baulinien.

Anlage 13.

#### I. Gehalte.

Die Geschäfte der Regulierungsdeputation haben auch im letzten Jahre wieder erheblich zugenommen. Die zu erledigenden schriftlichen Arbeiten haben einen solchen Umfang angenommen, daß es unbedingt erforderlich ist, einen weiteren Beamten einzustellen, wenn keine Verzögerung in der Bearbeitung der Eingänge eintreten und es vermieden werden soll, daß die Erledigung mancher Arbeiten überreilt und nicht mit der erforderlichen Sorgfalt geschieht. Die bei der Regulierungsdeputation zu bearbeitenden Eingänge, die im Jahre 1903 3160 betrugen, stiegen 1904 auf 4300, 1905 auf 5210, 1906 auf 5947 und werden in diesem Jahre 7000 erreichen. Der jetzt angestellte Baumeister soll seine volle Kraft auf die Ausarbeitung der nachgerade dringend notwendig gewordenen Bebauungspläne verwenden, so daß von ihm eine Unterstützung in den laufenden Arbeiten nicht zu erwarten ist.

Der neu anzustellende Beamte muß neben der Vertrautheit mit dem Aktenmaterial und einer guten Erfahrung im Verwaltungsdienste genaue Kenntnis von allen bei den Arbeiten der Deputation zu beachtenden gesetzlichen Bestimmungen haben. Er wird im wesentlichen den Vorgesetzten der Deputation und den Bauinspektor in der Ausarbeitung von Entwürfen für Berichte und Verträge unterstützen und außerdem die wichtigsten und verantwortlichsten Arbeiten der Kanzlei ausführen müssen, zugleich muß er Vorgesetzter des übrigen Kanzleipersonals sein. Es ist daher die ruhegehaltsberechtigte Stelle eines Bureauvorstehers mit einem Gehaltsjah von 2400 M steigend bis 3900 M in das Budget neu eingestellt.

Ferner ist die jahrgeldsberechtigte Stelle eines Zeichners mit einem Gehaltsjah von 1700 M steigend bis 2200 M in das Budget neu eingestellt, da die ständig zunehmenden Arbeiten der Plankommission dauernd eine weitere Kraft erforderlich machen. Die mit Rücksicht auf die auszuarbeitenden Bebauungspläne weiter erforderlichen zeichnerischen Hilfskräfte werden nur zur Aushilfe angestellt werden.

#### II. Sachliche Ausgaben.

Die für Regulierung von Baulinien gemäß §§ 15 und 31 der Bauordnung im vorigen Jahre eingesezte Summe von 60 000 M wird auch im nächsten Jahre ausreichen. Für die Enteignung der zur Regulierung der Neuenlanderstraße erforderlichen Grundflächen sind 15 000 M in das Budget eingesezt, die Kosten dieser Enteignung sind bereits von Senat und Bürgerschaft bewilligt (Verhdlg. 1907 S. 1140, 1183).

Für erforderliche Hilfskräfte sind jetzt 7500 M anstatt bisher 3000 M in das Budget eingesezt, da zur Förderung der Bebauungspläne zweifellos die Vermehrung der Zahl des Hilfspersonals erforderlich sein wird; mit deren Anstellung jedoch nur dem wirklichen Bedürfnisse entsprechend vorgegangen werden soll.

Die Position II 3 ist gegen das Vorjahr um 500 M erhöht, da die Zunahme der Vermessungsarbeiten die stärkere Inanspruchnahme von Hilfsarbeitern erforderlich macht.

Unter II 4 b ist ein besonderer Betrag von 3000 M für Beschaffung von Planmaterialien in das Budget eingestellt. Die Ausgaben für die Planmaterialien, die früher aus den für Bureauausgaben bewilligten Mitteln bestritten wurden, haben schon mehrfach verursacht, daß die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichten. Infolge der auszuarbeitenden Bebauungspläne werden die für die Planmaterialien zu machenden Ausgaben sich noch erhöhen, so daß die Einstellung einer besonderen Position sich rechtfertigt.

Der für Bureauante eingesezte Betrag ist um 890 M erhöht, weil die Ausgaben für die Bureaureinigung mit dieser Position vereinigt sind.

Die Deputation für Regulierung der Baulinien  
(gez.) **Weßels.** (gez.) **H. G. Schütte.**

Anlage 14.

#### Budgetbericht der Baudeputation, Abteilung Wegbau.

In den Anlagen beehrt sich die unterzeichnete Deputation zu überreichen das Budget des Wegbaus für das Rechnungsjahr 1908, das Budget der Blocklander Entwässerungsanstalt für 1908 und das Budget des Torfkanals, des Waller und des Gröpelinger Fleets für 1908 mit den entsprechenden Begleitberichten der Deich- und Wegbauinspektion.

Bremen, den 16. Dezember 1907.

Die Baudeputation, Abteilung Wegbau.  
(gez.) **Buß.** (gez.) **Uchelis.**

Unteranlage.

#### Bericht der Deich- und Wegbauinspektion.

##### A. Wegbau.

In der Anlage überreiche ich die Entwürfe des Wegbaubudgets für das Rechnungsjahr 1908 mit folgendem Bericht.

##### Ordentliche Einnahmen.

Die diesjährigen Beträge sind unverändert wieder eingestellt.

##### Ordentliche Ausgaben.

##### I. Gehalte.

Die Geschäfte der Kanzlei haben in den letzten Jahren derart zugenommen, daß dem Buchhalter zur Erledigung der wichtigeren Arbeiten ein Kanzleigehilfe zur Seite gestellt werden muß, der ihn auch in Behinderungsfällen vertreten kann. Es ist daher anstatt der Stelle des älteren Schreibers Bertram die Stelle eines Kanzleigehilfen eingestellt.

##### II. Sachliche Ausgaben.

##### 1. Unterhaltung der Heerstraßen, Brücken usw.

Außer der gewöhnlichen Unterhaltung des Pflasters, der Brücken, Fußwege, Baumpflanzungen, Kanäle, Gräben usw. sind folgende außergewöhnliche Arbeiten zur Unterhaltung der Heerstraßen erforderlich.

##### Warturmer Heerstraße.

Im nächsten Jahr empfiehlt sich die Herstellung von Kleinpflaster auf der Strecke von km 6,09 bis 7,22. Die Kosten sind auf 37 000 M veranschlagt.

## Schwachhauser Heerstraße.

Von km 5,96 bis 6,04 ist eine Pflasterung des Nebenweges erforderlich, da sich die Straße auf der Eisenbahnrampe sonst nicht in gutem Zustande erhalten läßt. Einer Umlegung bedarf das Pflaster von km 6,03 bis 6,18. Die Stein-  
schlagbahn von km 8,08 bis 8,28 ist so abgenutzt, daß sie zweckmäßig mit Klein-  
pflaster zu belegen sein wird. Für diese Pflasterungen sind 700, 3500 und  
5500 M vorgeesehen.

## Burger Heerstraße.

In der für die Unterhaltung der Lesumbrücke in Burg eingestellten Summe  
sind 1000 M für die erforderliche Geradestellung der Stelzen des beweglichen  
Auflagers enthalten.

## 2. Allgemeine Verwaltung.

Außer den auf 350 M veranschlagten, in dem eingestellten Betrage von  
1610 M enthaltenen Kosten zweier neuen Fahrräder für die Bauaufseher Schmidt und  
Kuhlmeier sind außergewöhnliche Ausgaben nicht vorgeesehen. Infolge der Ruhe-  
versicherung der Staatsarbeiter sind etwa 460 M mehr als in den Vorjahren erforderlich.

## 3. Dienstkleidung.

Zu beschaffen sind für die Bauaufseher 3 Mützen, für die Wegaufseher  
1 Regenmantel und 2 Mützen und dafür einzustellen 70 M.

4. Unterhaltung des Grenzgrabens zwischen Borgfeld  
und Heidberg/Seebergen.

Da der mit Preußen gemeinschaftlich zu unterhaltende Graben im Jahre 1908  
geschaut und daher aufgeräumt werden muß, sind dafür 200 M als Anteil  
Bremens vorgeesehen.

## Außerordentliche Ausgaben.

## 1. Verbreiterung der Burger Heerstraße.

Für die Fortsetzung der im Jahre 1905 begonnenen Verbreiterung des  
Fußweges sind 3000 M eingestellt.

## 2. Regulierung der Horner Chaussee.

Die Regulierung der Schwachhauser Heerstraße auf der Strecke von  
km 5,13 bis 5,78, die jetzt die Bezeichnung Horner Chaussee führt, ist ein  
dringendes Bedürfnis, einmal weil sie eine ungenügende Fahrbahnbreite, keinen Rad-  
fahrweg und nur einen unzureichenden Reitweg hat, dann aber auch weil die  
Kanalisation des neben der Straße befindlichen Vahrster Fleets, das innerhalb der  
von der Regulierungsdeputation projektierten Straßenlinien liegt, wegen seiner starken  
Verunreinigung nach einem Gutachten des Gesundheitsrats im öffentlichen Interesse  
geboten erscheint.

Abgesehen von den Grunderwerbskosten, die die Regulierungsdeputation zu  
übernehmen hätte, sind für die Ausführung der Regulierung die auf 146 400 M  
veranschlagten Kosten in das Budget eingestellt, nachdem ein Projekt ausgearbeitet  
worden ist, das in einem besonderen Bericht vorgelegt wird.

Bremen, den 19. November 1907.

(gez.) F. v. Gebhardt.

Betreffs der unter II 2 Allgemeine Verwaltung beantragten Beschaffung von zwei Fahrrädern für die Bauaufseher Schmidt und Kuhlmeier empfehle ich zu erwägen, ob nicht die betreffenden Beamten veranlaßt werden können, sich aus eigenen Mitteln Fahrräder zu beschaffen, wofür denselben alsdann eine monatliche Entschädigung von je 6,50 M zu gewähren wäre.

Dieses Verfahren ist bei der Abteilung Straßenbau und neuerdings auch bei der Abteilung Hochbau eingeführt und hat sich bestens bewährt.

Bremen, den 23. November 1907.

Der Oberbaudirektor.  
(gez.) **Büding.**

### B. Torffanal, Waller und Gröpelinger Fleet.

#### Ordentliche Einnahmen.

Wegen Rückganges der Pächterträge aus der Fischerei im Torffanal und der Schiffsabgabe für das Waller Fleet sind statt der im vorigen Jahre eingestellten 380 M nur 275 M in Ansatz gebracht.

#### Ordentliche Ausgaben.

##### I. Torffanal.

Die Kosten der gewöhnlichen Unterhaltung sind auf 1900 M veranschlagt.

##### II. Waller Fleet.

Außergewöhnliche Arbeiten sind nicht vorgesehen.

##### III. Gröpelinger Fleet.

Für die gewöhnliche Unterhaltung sind wie in den Vorjahren 200 M eingestellt.

(gez.) **F. v. Gebhardt.**

Einverstanden  
den 23./11. 1907.  
(gez.) **Büding.**

### C. Blocklander Entwässerung.

#### Ordentliche Einnahmen.

Die vertragsmäßige Leistung des Blocklander Abwässerungsverbandes beträgt 15 552 M. Dieser Summe sind gemäß 1 a hinzugesetzt die im Betriebsjahre 1906 (vom 1. November 1905 bis zum 31. Oktober 1906) entstandenen Mehrausgaben an Betriebskosten gegenüber dem festgesetzten Betrage von 20 000 M. Die Betriebskosten haben in dem angegebenen Jahre 22 445,21 M betragen. Within hat der Verband am 1. November des nächsten Jahres zu zahlen:

$$15\,552 + 22\,445,21 - 20\,000 = 17\,997,21 \text{ M.}$$

#### Ordentliche Ausgaben.

##### I. Gehalte und Löhne.

Der Heizer Renten erhält am 1. Dezember 1908 die vierte Alterszulage. Der Betrag seines Gehaltes ist daher auf 1200 zu erhöhen. Im übrigen kommen keine Änderungen vor.

##### II. Sachliche Ausgaben.

Der jetzigen Preislage der Kohlen Rechnung tragend, ist der Preis für die Tonne von 20 auf 22 M erhöht worden. Auch die Beschaffung von Schmier-

material und für die Unterhaltung der Maschinen sind mit Rücksicht auf die allgemeine Preissteigerung etwas höhere Beträge vorgesehen.

Für die Unterhaltung der Baulichkeiten usw. sind 3000 M. eingestellt, weil im nächsten Jahr der im Außenbassin abgelagerte Schlamm ausgebaggert werden muß.

(gez.) **F. v. Gebhardt.**

Einverstanden  
den 23./11. 1907.

(gez.) **Büding.**

#### Bericht der Baudeputation, Abteilung Wasserbau, zum Budget 1908.

Anlage 15.

Der Finanzdeputation übersendet die Baudeputation, Abteilung Wasserbau, das von ihr für 1908 aufgestellte Budget, wobei sie sich zur Begründung der eingestellten Beträge auf die von der Baudeputation genehmigten Begleitberichte der Wasserbauinspektion bezieht.

Bremen, den 16. Dezember 1907.

Die Baudeputation, Abteilung Wasserbau.

<sup>F. B.</sup>  
(gez.) **Buff.**

(gez.) **Grimmenstein.**

#### Bericht der Wasserbauinspektion.

Unteranlage.

##### Ordentliche Einnahmen.

Es sind die annähernd zutreffenden Beträge des Vorjahres wieder eingestellt.

##### Ordentliche Ausgaben.

###### I. Gehalte.

Die Gehalte der Beamten und jahrgeldberechtigten Angestellten sind mit Berücksichtigung der fällig werdenden Alterszulagen eingestellt. An Stelle des zum 31. Oktober 1907 in den Ruhestand versetzten Bauaufsehers Gramann tritt am 1. Dezember d. J. der Bauaufseher Brockmann. Für die Schreiber Bathmann und Brauckmüller ist gemäß 2 d des Senatsbeschlusses vom 3. September 1907 eine Zulage von je 100 M. berechnet. Der Maschinist II. Klasse Reichenbach ist am 30. September 1907 in den Ruhestand getreten. Die hierdurch frei gewordene Maschinistenstelle ist vom 1. November 1907 ab mit dem bisherigen Heizer Stumper besetzt.

###### II. Sachliche Ausgaben.

Pos. 1 a. Hilfspersonal der Bagger und Dampfer während der Betriebszeit, sowie Besatzung von vier Elevatoren.

Die im März 1907 beschlossene Erhöhung der Arbeiterlöhne erfordert ein Mehr von 1800 M. zu dem bisher eingestellten Betrage von 26 000 M. = 27 800 M.

###### Pos. 1 b. Baggerarbeit.

Hier sind infolge Erhöhung der Arbeiterlöhne 2100 M. mehr als bisher erforderlich. Es sind daher 160 000 + 2100 = 162 100 M. eingestellt.

###### Pos. 1 c. Unterhaltung der Bagger, Dampfer und Elevatoren.

Dem gewöhnlichen Unterhaltungsbetrage von 55 000 M. sind für das erforderlich werdende Docken des Baggers Nr. 7 = 550 M., der Dampfer „Bremen“ und „Lesum“ je 300 M., zusammen 1150 M., zugelegt. Die Position 1 c. stellt sich danach auf 56 150 M.

Pos. 1 d. Unterhaltung der Baggerfahrzeuge, Schuten usw.

Wegen Erhöhung der Arbeiterlöhne sind 1000 M dem gewöhnlichen Betrage von 18 000 M zugelegt.

Pos. 1 e. Unterhaltung der Werke und Geräte usw.

Zu dem gewöhnlichen Betrage von 55 000 M kommen 2300 M wegen Erhöhung der Arbeiterlöhne, so daß Pos. 1 e sich auf 57 300 M stellt.

Pos. 1 f. Beiträge für die Kranken- und Invalidenversicherung 500 M, Unfallversicherung 5000 M, Ruhegeldversicherung 1600 M, im ganzen 7100 M.

Die angeführten Beiträge entsprechen den Ausgaben des Vorjahrs; neu hinzugekommen ist die Ruhegeldversicherung mit 1600 M.

Pos. 4. Aufseher.

Zu dem gewöhnlichen Betrage von 20 000 M kommen 400 M wegen Erhöhung der Arbeiterlöhne, ferner 1300 M für das Docken der drei Eisbrechdampfer, 4500 M für die Neuanschaffung von Maschinenteilen und für erforderlich werdende Kessel- und Schiffsreparaturen. Die Position 4 stellt sich danach auf  $20\,000 + 400 + 1300 + 4500 = 26\,200$  M.

Die Gesamtsumme des Ausgabebudgets beträgt 626 590 M gegen 614 190 M im Vorjahre.

Einverstanden

den 18./11. 07.

(gez.) **Büding.**

Der Baurat:

(gez.) **Sinzig.**

Anlage 16.

### Budgetbericht der Deputation für Häfen und Eisenbahnen für das Rechnungsjahr 1908.

#### Häfen und Eisenbahnen, Allgemeine Verwaltung. Zollangelegenheiten.

I. Gehalte. Wie bereits im vorjährigen Budgetbericht bemerkt worden ist, wird an Stelle eines gemäß den Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft vom 3./11. Juli 1906 (Verhdlg. S. 742 u. 761) zur Ausbildung im Zollabfertigungsdienst abgegebenen Schreibers am Bureau der Senatskommission für Zollangelegenheiten ein Beamter der Zollverwaltung beschäftigt. Da die Ausbildung des Schreibers noch nicht beendet ist, ist der von Bremen an das Reich zu vergütende Unterschied zwischen dem Schreibergehalt und dem anrechnungsfähigen Gehalt des Zollbeamten wieder eingestellt worden. Dieser Unterschied ist infolge der inzwischen eingetretenen Erhöhung der Gehalte auf rund 900 M zu veranschlagen.

#### Häfen und Eisenbahnen in der Stadt, ausschließlich des Zollausschlußgebietes und des Holz- und Fabrikenhafens.

Einnahmen. Pos. 6. Infolge der Ausführung neuer Döschbrücken am Hohentorshafen wird sich der Zinsenbetrag um rund 3000 M erhöhen, weshalb 5000 M statt der bisherigen 2000 M eingesetzt sind.

Pos. 10. Der Anschlag konnte um 10 000 M gegenüber dem vorjährigen Anschlage erhöht werden.

#### Ausgaben. A. Allgemeine Verwaltung.

Gehalte. Seit dem Jahre 1901 ist zur Ermöglichung einer rechtzeitigen Erledigung der vielen Kanzleigeschäfte bei der Eisenbahn-Bauinspektion ein Hilfschreiber gegen Tagelohn angestellt, das aus der Position Gehalte: Vorübergehende

Hilfsarbeit usw. gezahlt wird. Vor 1901 wurden die außergewöhnlichen Schreibarbeiten von den Schreibern der Wasser- und Eisenbahnbauinspektion außer der Bureauzeit gegen besondere Vergütung erledigt. Die Inhaber der Hilsschreiberstelle haben häufig gewechselt. Für die prompte Erledigung der immer mehr zunehmenden Kanzleigeschäfte ist aber ein häufiger Stellenwechsel nicht erwünscht; es ist vielmehr erforderlich, eine erfahrene Kraft dauernd zur Verfügung zu haben. Aus diesem Grunde ist in das Budget eine neue jahrgeldsberechtigte Schreiberstelle mit einem Gehalte von 1400 M. eingesetzt.

Die Position „Vorübergehende Hilfsarbeit, Zeichner, Verschiedenes“ ermäßigt sich dadurch um rund 1000 M.

## B. Eisenbahnanlagen in der Stadt.

I. Weserbahn und Weserbahnhof. Pos. 2. Die Königlich Preussische Eisenbahnverwaltung, die neben dem Betriebe auch die Unterhaltung der Gleise auf dem Weserbahnhofe zu besorgen hat, veranschlagt die Kosten auf 18 000 M.

Pos. 3. Wegen größerer Reparatur der Fußböden im Schuppen II sowie Beschaffung von 1000 lfd. m Buchenbohlen ist der Ausgabebetrag für gewöhnliche Unterhaltung mit 5800 M. gegenüber 5200 M. des laufenden Jahres eingesetzt worden. Neu eingestellt sind:

- 1) 2600 M. für die notwendige Erweiterung der Güterabfertigungsräume,
- 2) 4700 M. für Herstellung von Fundamentmauern für die Umfassungswände der hölzernen Schuppen V und VI, an Stelle der hölzernen, zum Teil verfaulten Pfostenunterstützungen. Der hohl liegende Holzfussboden genügt dem jetzigen Schwergutverkehr nicht mehr. Nach Ausführung der Fundamentmauern für die Umfassungswände soll der Raum unter dem Fußboden mit Baggersand ausgefüllt werden.
- 3) 2300 M. für die Erneuerung des an vielen Stellen durchgerosteten, reparaturunwürdigen Perron-Wellblechdaches vor Schuppen I,
- 4) 600 M. für die Höherführung des Brandgiebels zwischen Schuppen IV und V. Die massive Trennungswand zwischen Schuppen IV und V reicht nur bis zum hölzernen Giebelndreieck des Schuppens V; sie muß zur Erreichung einer besseren Feuersicherheit über den Holzgiebel hinaus hochgeführt werden.
- 5) 4000 M. für bauliche Änderungen zwischen Schuppen I und II. Da im Schuppen I Baumwolle sowohl als Durchgangs- wie als Lagergut aufgenommen wird, so verlangt die Tarifvereinigung für den ganzen Weserbahnhof die höhere Prämie, was einen jährlichen Mehraufwand von etwa 1800 M. ausmacht. Um das zu vermeiden, muß zwischen den Schuppen I und II eine geschlossene Brandmauer errichtet und zur Aufrechterhaltung des Verkehrs zwischen beiden Schuppen der Ladeperron vor Schuppen II verbreitert werden. Dann hat nur Schuppen I die höhere Prämie zu zahlen, während es für die übrigen Schuppen bei der bisherigen Prämie bleibt.

II. Anlagen und Lagerplätze am Bahnhof Bremen-Neustadt und auf dem Dreieck. Pos. 2 a. Infolge des Verkehrs mit schweren Reisfuhrwerken auf dem Dreieck werden die Straßen stärker abgenutzt, weshalb für die Unterhaltung des Straßenpflasters 500 M. mehr erforderlich sind. Für die Spülung und Wartung usw. der neuhergestellten Abortkanäle auf dem Dreieck werden voraussichtlich 300 M. nötig sein.

Pos. 2 c. Durch die Inbetriebnahme des oldenburgischen Güterbahnhofs in der Neustadt werden die Lagerplatzgleise in bezug auf den Freiladeverkehr wesentlich entlastet, so daß für Rangieren nur 12 000 M. gegenüber 16 500 M. des laufenden Jahres erforderlich werden.

III. Anlagen und Lagerplätze an der Südwestseite des Hohentorshafens. Pos. b. Infolge der Erweiterung der Gleisanlagen bei Vermehrung der Lagerplätze am Hohentorshafen erhöhen sich die Unterhaltungskosten von 4800 auf 5530 M.

Pos. c. Der Posten für Bedienung der Gleiswage und Umrangieren ist von 800 auf 1000 M erhöht worden, weil alle Bahnsendungen hier verwogen werden. Neu hinzu kommen 300 M für Beschaffung eines Lademaßes. Da sämtliche Verwiegungen der beladenen Eisenbahnwagen auf den Woltmershäuser Lagerplätzen vorgenommen werden, ist es erforderlich, vor der Wage ein Lademaß aufzustellen, um die Eisenbahnwagen auf die Innehaltung des Ladeprofiles messen zu können.

IV. Eisenbahnbrücke über die Weser. Pos. 2 b. Die Eisenbahnbrücke ist zuletzt 1897 mit Ölfarbe gestrichen; es ist erforderlich, nach der im Sommer 1908 fälligen Probebelastung der Brücke den Anstrich zu erneuern, weil bei der vor der Belastungsprobe auszuführenden Nietuntersuchung der eisernen Überbauten und der Erneuerung schadhafter Niete usw. der Ölfarbenanstrich stark beschädigt wird. Die Kosten belaufen sich auf etwa 7000 M.

Pos. 2 c. Die alle fünf Jahre zu wiederholende Probebelastung der Brücke fällt in das Etatsjahr 1908; es sind für Untersuchung der Niete an den Überbauten, Erneuerung schadhafter Niete, Lokomotivniete usw. 1700 M zu veranschlagen.

#### C. Häfen.

I. Gehalte. Dem Stromwächter Meister ist die Amtsbezeichnung Hafenwächter beigelegt, da der Stromwächter im Bezirk des Hohentorshafens dieselben Dienstleistungen zu verrichten hat, wie die Hafenwächter.

III. Hohentorshafen und Kleine Weser. Zur Erhaltung der Tiefe vor den neu geschaffenen Lagerplätzen in Woltmershausen ist eine jährliche Nachbaggerung im Betrage von rund 980 M vorgesehen (Verhdlg. 1906 S. 1012/1014). Der früher für die gewöhnliche Unterhaltung eingelegte Betrag von 7650 M erhöht sich hierdurch auf 8630 M.

VI. Lössch- und Lagerplätze am Peterswerder und am Werderdamm. Von dem in das Budget für 1907 eingestellten Betrage von 2100 M entfielen 1000 M als einmalige Ausgabe auf die Ausbesserung des Packwerks am Ufer des Peterswerder-Lösschplatzes, so daß für die gewöhnliche Unterhaltung ein Betrag von 1100 M verblieb. Nach den gemachten Erfahrungen ist mit letzterer Summe nicht auszukommen, weshalb 400 M mehr, mithin 1500 M eingestellt sind.

#### D. Betrieb am Weserbahnhof.

II. Arbeitslohn. Infolge des stetig zunehmenden Verkehrs und der dadurch erforderlichen Mehraufwendungen für Tagelöhne, Überstunden und Rangierlohn mußte der Anschlag für diese Position entsprechend erhöht werden.

Die Zahl der festen Arbeiter war im Budget bislang auf 45 festgesetzt, wobei die nicht ständigen Arbeiter allmählich in die frei werdenden Stellen der festen Arbeiter einrückten. Die Deputation hat nun beschlossen, daß diejenigen Arbeiter, deren Beschäftigung bei der Verwaltung des Weserbahnhofs ununterbrochen zwei Jahre gedauert hat, als feste Arbeiter eingestellt werden. Da deren Anzahl nicht von vornherein feststeht, im Wochenlohn aber etwa 80 Arbeiter am Weserbahnhof beschäftigt werden, so ist diese Position dementsprechend geändert.

VII. Beiträge zur Betriebskrankenkasse, zur Unfall-, Invaliden- und zur Ruheohnversicherung. Diese Position übersteigt den Anschlag des Vorjahres um 2200 M, weil dieser Betrag als Staatszuschuß zur Ruheohnkasse der Staatsarbeiter neu einzustellen ist.

VIII. Feuerversicherung der Anlagen des Weserbahnhofs. In diese Position mußten infolge erhöhter Prämienzahlung für Schuppen I, der nach wie vor auch dem Baumwollverkehr dienen wird, 2200 M mehr eingestellt werden.

### E. Betrieb der Lösch- und Ladeanstalten an der Holzpforte und Tiefer.

VI. Beiträge zur Betriebskrankenkasse, zur Unfall-, Invaliden- und zur Ruhelohnversicherung. Hier sind 115 M mehr eingestellt infolge des neu hinzugekommenen Staatszuschusses zur Ruhelohnkasse der Staatsarbeiter.

### Zollausflußgebiet und Holz- und Fabrikenhafen.

#### Einnahmen. I. Erstattungen von der Lagerhausgesellschaft.

Pos. 1. Da infolge der Zunahme des Verkehrs der Ausgabenetat B I gewachsen ist, sind die Erstattungen der Lagerhausgesellschaft entsprechend höher eingestellt.

#### II. Betriebseinnahmen.

Pos. 1. Der Anschlag konnte gegenüber dem des Vorjahres um 50 000 M erhöht werden.

Pos. 2 konnten 30 000 M mehr veranschlagt werden.

Pos. 5 ist in Rücksicht auf die im nächsten Jahre bereits teilweise zu verzinsenden neuen Löschbrücken auf 29 000 M heraufgesetzt worden.

Pos. 11 b. Die von den Mietern des Verwaltungsgebäudes am Hafen II für elektrische Beleuchtung zurückzuerstattende Summe konnte nach den bisherigen Erfahrungen nur mit 1200 M eingesetzt werden.

Die bisherige Pos. 12, Zinsen von der Aktiengesellschaft „Wefer“ von dem Anlagekapital für die Bremerhavenerstraße, ist gestrichen, weil wegen der durchgreifenden Änderung der dortigen Verhältnisse mit einer Aufhebung dieser Verzinsung zu rechnen sein wird.

Pos. 12 (bisher 13) konnte in Rücksicht auf den Erwerb von weiteren Ländereien in Oslebshausen, Grambe und Gröpelingen mit 11 000 M veranschlagt werden.

Pos. 13. (bisher 14) ist mit 17 400 M für  $\frac{3}{4}$  Jahr eingestellt, da voraussichtlich der Hafendampfer erst im nächsten Sommer in Dienst gestellt werden kann.

#### Ausgaben. A. Allgemeine Verwaltung.

I. Gehalte. Es wird beantragt, die jetzige jahrgeldsberechtigte zweite Buchhalterstelle in eine ruhegehaltsberechtigte umzuwandeln. Diese Stelle wird zurzeit von einem Kanzleigehülfen kommissarisch verwaltet. Es erscheint indes nicht wünschenswert, das seit vier Jahren bestehende Provisorium noch länger beizubehalten. Da sich herausgestellt hat, daß das Bedürfnis nach Schaffung einer zweiten Buchhalterstelle ein dauerndes ist, ist es auch in Rücksicht auf das Anwachsen der Geschäfte im Rechnungswesen dringend geboten, für die Erweiterungsbauten einen festangestellten Buchhalter zu haben, der die außerordentlichen Fonds verwaltet und gelegentlich die Vertretung des Buchhalters der Bauinspektion übernehmen kann.

#### B. Eisenbahnbetrieb.

Allgemeines. Die Anzahl der im Ein- und Ausgang bewegten Wagenachsen betrug in den letzten zehn Rechnungsjahren

| 1897/98 | 1898    | 1899    | 1900    | 1901    |
|---------|---------|---------|---------|---------|
| 240 569 | 254 966 | 269 482 | 274 553 | 271 033 |
| 1902    | 1903    | 1904    | 1905    | 1906    |
| 301 197 | 304 324 | 329 973 | 358 054 | 385 228 |

Der Gesamtverkehr hat mithin eine Zunahme von 27 174 Achsen erfahren gegen 28 081 Achsen im Vorjahre. Der eigentliche Zollausflußgebiets-Verkehr, der

im Rechnungsjahr 1905 212 030 Achsen betrug, stieg im letzten Jahre auf 249 469 Achsen; die Zunahme stellt sich mithin auf 37 439 Achsen. Der Verkehr nach den Anschlüssen hat demgegenüber eine kleine Abnahme erfahren, indem er von 21 663 Achsen in 1905 auf 20 144 Achsen in 1906, mithin um 1519 Achsen zurückgegangen ist. Der Verkehr nach dem Holz- und Fabrikenhafen und dessen Anschlüssen verminderte sich um 6858 Achsen; er betrug im Jahre 1906 113 040 Achsen gegen 119 899 Achsen in 1905. Nach dem Hafen II verkehrten 2574 Achsen, im Vorjahre 4462 Achsen, mithin 1888 Achsen weniger. Die Abnahme dieses Verkehrs erklärt sich dadurch, daß gegen den Zeitpunkt der Fertigstellung des neuen Hafens die Zufuhr von Baumaterialien geringer wurde.

Der Gesamtverkehr hat nach vorstehendem eine Zunahme von  $7\frac{1}{2}\%$  gegen das Vorjahr erfahren, während der eigentliche Zollausschußgebiets-Verkehr um  $\text{ca. } 15\%$  zugenommen hat. Der Verkehr nach dem Holzhafen und nach dessen Anschlüssen ist dagegen um  $\text{ca. } 6\frac{1}{2}\%$  gefallen. Dieser Rückgang hat seine Ursache in den durch die Brände am Holz- und Fabrikenhafen hervorgerufenen Betriebsstörungen.

I. Gehalte und Löhne. Wegen der Verkehrszunahme der letzten Jahre sind die Gleisanlagen derartig erweitert worden, daß für die Unterhaltung ein zweiter Bahnmeister nicht länger entbehrt werden kann. Unter Streichung der bisherigen, unter „Hilfspersonal“ aufgeführten Bahnmeister-Aspirantenstelle ist deshalb die Einstellung einer zweiten Bahnmeisterstelle erfolgt.

Der Verkehr am Hafen II hat schon in diesem Jahre die Einstellung einer dritten Nachtmaschine notwendig gemacht; es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß diese dauernd erforderlich sein wird. Es wird deshalb an Rangierpersonal für diese Maschine ein weiterer Wagenmeister, ein Rangierer und ein Koppler erforderlich, die in dem Entwurf aufgenommen sind.

Infolge der in diesem Jahre vorgenommenen bedeutenden Erweiterung des Rangierbahnhofes werden zwei neue Weichenstellerposten erforderlich, und da diese Posten Tag- und Nachtdienst haben, so sind vier weitere Weichensteller eingestellt.

Die Führer- und Heizerstellen müssen in Rücksicht auf die Erfahrungen des Vorjahres um je zwei Stellen vermehrt werden. Im vergangenen Sommer mußten dauernd alle fahrberechtigten Heizer als Führer fahren und 11 Puffer als Hilfsheizer beschäftigt werden. Es sind deshalb in dem Entwurf zwei neue Führer- und zwei neue Heizerstellen aufgenommen.

Die Position „Hilfspersonal“ hat unter b eine Erhöhung um rund 10 750 M erfahren müssen. Hierzu ist folgendes zu bemerken:

Für das oben bereits erwähnte neue Rangierpersonal ist noch ein Ablöser erforderlich und für diesen die Summe von 1400 M vorgesehen.

Ferner ist für vermehrte Ausgaben an Dienstkleidung der Betrag von 700 M eingelegt und an Funktionszulagen für die neuen Führer und Heizer ein Betrag von 1000 M vorgesehen.

Sodann wird für den Stationsassistenten Mehlig eine Funktionszulage von 300 M erbeten, weil bei dem sich von Jahr zu Jahr weiter ausdehnenden Verkehr der Stationsvorsteher zur Hülfeleistung eines Vertreters bedarf. Durch diese Vertretung des Stationsvorstehers, die der Stationsassistent Mehlig bisher ausgeübt und auch weiterhin zu übernehmen hat, ist letzterem im Laufe der Zeit außer einer wesentlich größeren Verantwortlichkeit auch erheblich mehr Dienst erwachsen, der über seinen eigentlichen Dienst als Stationsassistent hinausgeht. Da auch die übrigen Eisenbahnbeamten, wenn sie in höheren Stellen vertretungsweise verwendet werden, Zulagen erhalten, so erscheint es gerechtfertigt, dies auch auf den Stationsassistenten Mehlig für die Vertretung des Stationsvorstehers auszudehnen.

In Rücksicht auf die zahlreichen Erkrankungen und Beurlaubungen infolge Personalvermehrung sind unter „Verschiedenes“ noch 1000 M aufgenommen. Ferner ist in Rücksicht auf die im März d. J. für die Wagennotierer von der Deputation bewilligte Lohnerhöhung ein Betrag von 750 M eingestellt; sodann ist im vorigen Jahre durch

den wachsenden Verkehr die Einstellung von vier weiteren Pumpen und Hilfsheizern erforderlich gewesen, die auch im nächsten Jahre notwendig sein wird, es sind deshalb hierfür 5000 *M* vorgesehen. Endlich sind noch für zwei Stellwerkswärter, die voraussichtlich im nächsten Jahre nach Fertigstellung der Stellwerke erforderlich werden, die Zulagen von  $2 \times 300 = 600$  *M* eingestellt.

**Bahnmeisterei.** Die Vorarbeiter der Bahnmeisterei sind um eine Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse eingekommen. Die zur Prüfung des Gesuchs bei der Preussischen Betriebsinspektion und bei der Straßenbauinspektion eingezogenen Erkundigungen haben ergeben, daß dasselbe als begründet anzusehen ist. Während die Vorarbeiter unserer Bahnmeisterei einen durchschnittlichen Jahresverdienst von 1370 *M* erreichen, stellt sich das Gehalt der bei der Preussischen Betriebsinspektion mit dem Titel Rottenführer im Beamtenverhältnis beschäftigten Vorarbeiter auf 900—1400 *M*, wozu noch ein Wohnungsgeldzuschuß von 360 *M* tritt. Bei der hiesigen Straßenbauinspektion haben die Vorarbeiter, die als solche die Bezeichnung Hilfsaufseher führen, einen durchschnittlichen Jahresverdienst von 1530 *M*. Es kommt hinzu, daß die von den Vorarbeitern ausgebildeten Leute, soweit sie in den Weichenstellerdienst übertreten, sich sehr bald besser stehen als jene. Im Hinblick hierauf sowie mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, für die Gleisunterhaltungsarbeiten zuverlässige und kundige Leute zu haben, wird beantragt, den Vorarbeitern die Jahrgeldsberechtigung zu verleihen, ihre Stellen mit einem Gehaltsfaze von 1300 bis 1600 *M*, mit fünf Zulagen zu je 60 *M*, auszustatten und ihnen wie bei der Preussischen Staatsbahn die Bezeichnung „Rottenführer“ zu geben.

Die erhebliche Vergrößerung des Rangierbahnhofes und der Gleisanlagen am Holz- und Fabrikenhafen macht die Verstärkung des Arbeiterschachtes um einen Vorarbeiter (Rottenführer) und fünf Mann erforderlich. Diese Position ist deshalb um 7500 *M* zu erhöhen.

**II. Sachliche Ausgaben.** Pos. 2. Hier sind zunächst die im vorigen Jahre für außergewöhnliche Ergänzungen des Oberbaumaterials bewilligten Summen von  $6975 + 2079 + 2000 + 10\,000 + 2400 + 3000 =$  zusammen 26 454 *M* abgesetzt. Es bleiben alsdann für die normale laufende Unterhaltung  $31\,458 - 26\,454 = 5004$  *M*. Für das Rechnungsjahr 1908 sind als außergewöhnliche Ergänzungen die nachstehenden Oberbaumaterialien erforderlich:

|                                                                                                                                                                                                                                          |                            |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------|
| 1) eine dreiteilige Weiche als Ersatz für die abgängig gewordene dreiteilige Weiche Nr. 50 B und C an der Südseite des Hafens I bei der Aktiengesellschaft „Weser“                                                                       | <i>M</i> 4 500,—           |
| 2) eine englische Weiche als Ersatz für die englische Weiche Nr. 72 beim Speicher IV an der Südseite des Hafens I                                                                                                                        | „ 5 000,—                  |
| 3) 45 m Schwellenschienengleis mit Leitbahnen und 198 m Querschwellen zur Auswechslung an der Nordseite des Hafens I (Hauptgleis beim Maschinengebäude und Strecke von der Kreuzung bei Tor 3 bis zum Überwege bei Speicher I) . . . . . | „ 6 750,—                  |
| 4) 1000 Stück Querschwellen Form 51 a mit Kleineisenzeug a zur Auswechslung in alten Gleisen . . . . .                                                                                                                                   | „ 8 000,—                  |
| 5) 1250 Satz Spurerweiterungsmaterial zur Auswechslung des in den Kurven vielfach erneuerungsbedürftigen Materials . . . . .                                                                                                             | „ 2 500,—                  |
| 6) 2 Reserveweichen, die bei der vorhandenen großen Anzahl in Gebrauch befindlicher Weichen dringend erforderlich sind . . . . .                                                                                                         | „ 4 000,—                  |
| 7) 500 cbm Stopfies . . . . .                                                                                                                                                                                                            | „ 3 000,—                  |
|                                                                                                                                                                                                                                          | zusammen <i>M</i> 33 750,— |

so daß im ganzen diese Position mit  $33\,750 + 5004 = 38\,754$  *M* eingestellt ist.

Pos. 3 a. Die Kosten für die Betriebsmaterialien (Kohlen, Bricketts, Meiser, Öl usw.) erhöhen sich infolge des größeren Verbrauchs und der gestiegenen Kohlenpreise

um 12 100 *M*, die sich aus 10 900 *M* für Kohlen, Briketts, Holz und aus 1200 *M* für Öl zusammensetzen, so daß dieser Titel mit 69 260 *M* eingefetzt wurde.

Pos. 3 b. Nach dem neuen Betriebsüberlassungsvertrag mit der Lagerhaus-Gesellschaft wird die Bahnhofsb Beleuchtung, soweit sie elektrisch ist, von der Lagerhaus-Gesellschaft direkt verrechnet und der Bauinspektion nicht mehr in Rechnung gestellt. Es sind deshalb die dafür im vorjährigen Budget veranschlagten 18 500 *M* abzusetzen. Für hinzugekommene 2 Weichenstellerbuden, 34 Weichenlaternen, 12 Gas-Handelaber sind an Beleuchtungs- und Heizungskosten 2000 *M* mehr einzusetzen. Es stellt sich hiernach diese Position auf  $43\,852 - 18\,500 + 2000\,M = 27\,352\,M$ .

#### C. Hafenbetrieb.

I. Gehalte und Löhne. Für den Hafen II und den Holzhafen sind zurzeit vier Hafenwächter (je zwei für Tag- und Nachtwache) vorhanden, so daß für jeden Hafen nur ein Hafenwächter den Dienst versieht. Da nun die schweren Trossen der großen Schiffe nicht von einem Mann allein bedient werden können, müssen sich die Wächter am Hafen II und am Holzhafen gegenseitig Hülfe leisten, was zur Folge hat, daß zu Zeiten bald an dem Hafen II, bald am Holzhafen kein Hafenwächter vorhanden ist. In Rücksicht auf die Vergrößerung des Holz- und Fabrikenhafens wird dieser Übelstand im nächsten Jahre noch fühlbarer werden. Es ist deshalb die Einstellung von zwei weiteren Hafenwächterstellen in das Budget notwendig, um deren Bewilligung gebeten wird.

Für die Besatzung des Hafenschleppdampfers sind die Anfangsgehälter eingestellt.

Von dem vorjährigen Anschlag der Position Dienstkleidung, ärztliches Honorar usw. ist zunächst ein Betrag von 4200 *M* für zollamtliche Torbewachungen durch Hülfsaufseher in Abzug zu bringen (Verhdlg. 1907 S. 393), da diese Bewachungen jetzt auf Kosten der Zollverwaltung ausgeübt werden. Dagegen ist für Dienstkleidung infolge der Personalvermehrung, für Ersatz bei Beurlaubungen und Erkrankungen, für Sonntagsbewachung des Hafens II und für die in Rücksicht auf die Arbeitszeit der Lagerhaus-Gesellschaft erforderliche längere Inbetriebhaltung der Fahren im Hafen I ein Betrag von 1900 *M* vorgesehen.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 1. Hier sind die Mittel zur Beschaffung eines feuerfesten Geldschrankes für das Hafenmeisterbureau und einer Schreibmaschine für das Bureau des Hafeninspektors eingestellt. Aus diesem Grunde erhöht sich die Position um 1450 *M*.

Pos. 2. Von dem in das vorjährige Budget eingestellten Betrage ist die Summe von 350 *M* für die Beschaffung eines Fährbootes abzusetzen. Für die Unterhaltung und den Betrieb des Hafenschleppdampfers ist der ganze Jahresbetrag von 22 300 *M* einzustellen. Da indes im Budget für 1907 bei dieser Position bereits die Hälfte der Kosten vorgesehen war, kommt für 1908 eine Erhöhung des Anschlags um 11 150 *M* in Frage. Es sind demnach eingestellt  $19\,400 - 350 + 11\,150 = 30\,200\,M$ .

Pos. 3 a. Die Summe von 6252 *M*, die für die Änderung der Streichpfähle für das laufende Rechnungsjahr bewilligt war, ist abzusetzen, ferner die Summe von 1000 *M* als einmalige Ausgabe für die Ausfugung der Kajemauer, so daß sich diese Position auf 12 300 *M* ermäßigt.

#### D. Verwaltungsgebäude.

II. Sachliche Ausgaben. Verwaltungsgebäude des Hafens II. Da über die tatsächlichen Kosten für Heizung, Reinigung, Beleuchtung usw. noch keine genügenden Erfahrungen vorliegen, sind die im Vorjahre schätzungsweise eingefetzten Beträge auch für das Rechnungsjahr 1908 wieder angenommen.

#### E. Verschiedenes.

Pos. II 1 b ist in Rücksicht auf die Vergrößerung der zu unterhaltenden Straßenflächen, namentlich der Einfriedigungen, um 1500 *M* höher eingefetzt.

## Häfen in Bremerhaven.

Einnahmen. Diese sind insgesamt auf 1 791 200 *M* veranschlagt, gegenüber 1 520 900 *M* im Rechnungsjahre 1907, mithin um 270 300 *M* höher.

Pos. 1 a ist in Ausführung des mit dem Norddeutschen Lloyd abgeschlossenen, am 18. Oktober 1905 in Kraft getretenen Vertrages (Verhdlg. S. 564 r. ff.) auf 1 125 000 *M* veranschlagt worden.

Pos. 1 c ist mit 100 000 *M* eingestellt.

Ebenso konnte Pos. 7 um 10 000 *M* erhöht werden.

## Ausgaben. A. Allgemeine Verwaltung.

I. Gehalte. Hier ist die Stelle eines weiteren Bauaufsehers neu eingestellt. Die Schaffung dieser Stelle ist notwendig geworden, weil die zu unterhaltenden Hafenanlagen durch die bereits erfolgte Inbetriebnahme des Kaiserhafens II eine Vergrößerung erfahren haben, und da im Laufe des Rechnungsjahres 1908 durch Fertigstellung des Kaiserhafens III eine weitere Ausdehnung der Anlagen eintreten wird. Ferner ist es nötig, den Schleusenmeister, der bisher außer der Überwachung des Schleusendienstes die Unterhaltung der gesamten wasserbaulichen Einrichtungen und die Feststellung der Wassertiefen in den Häfen und Vorhäfen zu besorgen hat, durch den neu anzustellenden Bauaufseher zu entlasten, damit der Schleusenmeister sich ausschließlich dem Schleusenbetriebe und der Unterhaltung der Schleusen widmen kann, welcher Dienst mit Rücksicht auf die erhebliche Zunahme des Verkehrs allein eine tüchtige Kraft erfordert.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 1 ist mit Rücksicht auf das stetige Anwachsen der Geschäfte des Bureaus, namentlich durch die Einführung des neuen Lohnrechnungsformulars und der Ruhegeldkasse der Staatsarbeiter von 5200 *M* auf 6500 *M* erhöht worden, um eine weitere gegen Tagegeld zu beschäftigende Hilfskraft annehmen zu können.

Pos. 2. Die gewöhnlichen Ausgaben sind von 8000 *M* auf 9000 *M* erhöht worden, da die an die Gemeinde Lehe zu entrichtenden Abgaben für die in der Feldmark Lehe im Jahre 1892 erworbenen Ländereien von 787,11 *M* auf 1574,23 *M* gestiegen sind.

Als einmalige Ausgaben kommen hinzu die Kosten:

- 1) für 3 Fahrräder, davon 1 für den Maschinenaufseher, 1 für den Ober-elektriker und 1 für einen Vorarbeiter mit 600 *M*,
- 2) für Beschaffung von Telephonkabeln mit 1000 *M*, als Reserve für das Telephonnetz im Hafengebiet, und
- 3) für eine neue Schreibmaschine mit 500 *M*.

Die Beschaffung einer neuen Schreibmaschine ist dringend notwendig, da die seit 1901 stetig im Gebrauch befindliche Schreibmaschine stark mitgenommen ist und bei der eingetretenen Zunahme der Schreibarbeit vielfach eine zweite Maschine notwendig ist.

Pos. 3. Die hier zu verrechnenden staatsseitigen Beiträge zur Ruhegeldkasse für die bei der Hafenbauinspektion beschäftigten Arbeiter und Handwerker usw. sind auf 4500 *M* zu veranschlagen, um welchen Betrag diese Position erhöht worden ist.

Pos. 4 mußte mit Rücksicht auf die Erhöhung der Prämien für die Versicherung der mit Baumwolle belegten Güterschuppen von 14 200 *M* auf 18 400 *M* erhöht werden, obgleich eine Prämie für das Kaiserdock in diesem Jahre nicht zu zahlen ist.

## B. Hafenbetrieb.

I. Gehalte. Hier ist ein dritter Hafenmeister neu eingestellt. Diese Stelle ist unumgänglich notwendig, da der Schiffsverkehrsverkehr seit der Eröffnung der neuen Hafenanlagen im Jahre 1897 nach Zahl und Größe der Schiffe ständig zunimmt,

und da seit dem Jahre 1877 eine Verstärkung des Hafenmeisterpersonals überhaupt nicht eingetreten ist. Berücksichtigt man ferner die große Ausdehnung der Bremerhavener Hafenanlagen und zieht man schließlich in Betracht, daß für die Häfen in der Stadt Bremen zwei Hafenmeister und zwei Hafenmeisterassistenten angestellt sind, so wird auch die Schaffung der beantragten dritten ruhegehaltsberechtigten Hafenmeisterstelle für Bremerhaven als begründet anzusehen sein.

Die Stellen der Schleusenwärter sind um eine verringert, und ist dafür diejenige eines zweiten jahrgeldsberechtigten Oberschleusenwärters neu eingestellt. Dieser soll als Vorgesetzter für das an der Schleuse des Neuen Hafens und der Verbindungsschleuse tätige Schleusenwärterpersonal fungieren.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 1. Die gewöhnlichen Ausgaben mußten mit Rücksicht auf die Anstellung eines dritten Hafenmeisters, und da die Mittel hier bislang knapp waren, von 3000 M auf 3300 M erhöht werden.

Die große Ausdehnung der Bremerhavener Hafenanlagen und die nach Inbetriebnahme der in Ausführung begriffenen Hafenerweiterungen zu erwartende Steigerung des Verkehrs machen es erforderlich, für den dortigen Hafeninspektor zur Erleichterung seiner Revisionstätigkeit ein Dienstrad anzuschaffen. Hierfür ist ein Betrag von 200 M eingesetzt.

Die Gesamtsumme dieser Position erhöht sich somit von 3000 M auf 3500 M.

Pos. 2 mußte von 2500 M auf 3000 M erhöht werden.

Pos. 3. Die Zunahme des Schiffsverkehrs macht eine Erhöhung dieser Position von 14 000 M auf 15 000 M erforderlich.

#### C. Bauliche Unterhaltung der Hafenwerke.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 1 a ist von 32 000 M auf 34 000 M gebracht worden, da die Mittel hier bislang nicht ausreichten.

Pos. 1 e. Die gewöhnliche Unterhaltung ist unverändert veranschlagt. Als einmalige Ausgaben sind für Beschaffung eines Reserve-Turas mit Zubehör für den Bagger III 8500 M eingesetzt worden.

Pos. 4. Gewöhnliche Unterhaltung wie im Vorjahre 13 600 M. Als einmalige Ausgaben treten hinzu:

- 1) die Kosten für Erneuern von 500 lfd. m Reibhölzern im Vorhafen der großen Kaiserischleuse, das lfd. m 12 M = 6000 M und
- 2) die Kosten für die teilweise Erneuerung des Molenkopfes am Vorhafen des Neuen Hafens mit 2500 M,

Pos. 7. Die Aufwendungen für die gewöhnliche Unterhaltung mußten von 18 000 M auf 18 330 M erhöht werden.

Als einmalige Ausgaben erscheinen die Kosten:

- 1) für Erneuern von 50 lfd. m Schwimmsendern in der großen Kaiserischleuse mit 2500 M,
- 2) für teilweise Erneuerung des Bohlenbelags auf der Roll- und Drehbrücke am Kaiserhafen mit 2000 M,
- 3) für Beschaffung einer Gallischen Gelenkkette an Stelle einer abgängig gewordenen für den Antrieb des Schiebepontons der großen Kaiserischleuse mit 5000 M und
- 4) für die teilweise Erneuerung der Rollenunterstützung der Fußgängerbrücke über die Verbindungsschleuse mit 1500 M.

Pos. 8. Die Ausgaben für die gewöhnliche Unterhaltung mußten von 23 750 M auf 23 850 M erhöht werden.

An einmaligen Ausgaben kommen hinzu:

- 1) für die Neupflasterung der mit Sandsteinen belegten, von der Bahnhofstraße ab über die Verbindungsschleuse zwischen dem Neuen und Kaiserhafen führende Hauptverkehrsstraße (rd. 1320 qm) mit Granitkopfstücken = 12 350 M,

- 2) für die Neupflasterung einer stark abgenutzten Straßenstrecke (rd. 640 qm) an der Westseite des Kaiserhafens, im Anschluß an die im Rechnungsjahre 1907 ausgeführte Neupflasterung daselbst = 6200 M,
- 3) für die Neupflasterung einer stark abgenutzten Straßenstrecke (rd. 300 qm) der Bahnhofstraße, östlich vom Güterschuppen Nr. 11 = 2700 M und
- 4) auf Antrag des Norddeutschen Lloyd für die Herstellung eines 3 m breiten Klinkerweges an der Westseite der großen Kaiserschleuse für die Gepäckwagen des Norddeutschen Lloyd, wenn Schiffe ihre Passagiere in der Schleuse an Land setzen, 3000 M.

Pos. 10. Die von Bremen zu tragenden Anteilkosten ( $\frac{1}{3}$ ) für die Unterhaltung der Drehbrücke über die Geeste betragen nach dem Anschlag der Königlichen Wasserbauinspektion in Geestemünde wie im Vorjahre 2000 M.

Pos. 11 d. Der Verbrauch an Kohlen mußte von 2 500 000 kg auf 2 600 000 kg erhöht werden, da die Baggararbeiten durch die Inbetriebnahme des Kaiserhafens II umfangreicher werden; auch war der Einheitspreis für 10 000 kg Kohlen infolge Steigerung der Kohlenpreise von 190 M auf 200 M zu erhöhen, wodurch eine Mehrausgabe von 4500 M entsteht.

#### D. Unterhaltung der Bahnhofsanlagen.

I. Sachliche Ausgaben. Pos. 1. Die Ausgaben für die gewöhnliche Unterhaltung sind von der Königlichen Eisenbahn-Betriebs-Inspektion I in Bremen auf 84 000 M veranschlagt.

An einmaligen Ausgaben werden von ihr für die Herstellung zweier Fernsprechanlagen zwischen Station Bremerhaven-Freihafen und den beiden Weichenstellerposten B und D auf Bahnhof Bremerhaven an Stelle der vorhandenen Morseapparate und Leitungen 1500 M erbeten.

#### E. Beleuchtung der Häfen.

Gasbeleuchtung. II. Sachliche Ausgaben. Pos. 1. Das Lampenwärterpersonal mußte mit Rücksicht auf die Inbetriebnahme des Kaiserhafens II um einen Mann vermehrt werden. Aus dem gleichen Grunde sind für einen Gehülfen für den Lampenaufseher, dem die Aufsicht über die gesamten Gaslaternen des Hafengebiets und das Abbrennen der Glühtrümpfe obliegt, 1000 M eingestellt.

Die Kosten für Dienstkleidung mußten infolge Vermehrung des Laternenwärterpersonals von 360 M auf 430 M erhöht werden.

Pos. 3. Der Konsum an Gas mußte von 460 000 cbm auf 485 000 cbm erhöht werden, was bei dem Einheitspreise von 8  $\frac{1}{2}$  für das Kubikmeter eine Mehrausgabe von 2000 M verursacht.

#### F. Verschiedenes.

I. Sachliche Ausgaben. Pos. 1. Die Abfuhr des Unrats in den Hafengebieten erfolgte bis Ende Mai d. J. durch einen Unternehmer gegen Zahlung einer Pauschalsumme. In Rücksicht auf die hierbei gemachten ungünstigen Erfahrungen hat die Deputation beschlossen, die Abfuhr des Unrats in eigene Regie zu übernehmen. Aus diesem Grunde ist der Anschlag der Position von 26 000 M auf 28 100 M erhöht worden.

#### Hafen in Begegnung.

Ausgaben. II. Sachliche Ausgaben. Pos. a. Der für die gewöhnliche Unterhaltung erforderliche Betrag von 3500 M erhöht sich wegen der notwendig werdenden Umlegung des schadhaften Pflasters auf der Straße am Ostende des Hafens um 2200 M.

Bremen, den 12. Dezember 1907.

Die Deputation für Häfen und Eisenbahnen.

(gez.) **Barthausen.** (gez.) **Arug.** (gez.) **Addids.**

Anlage 17.

## Budgetbericht der Gewerbekammer.

Zu dem beiliegenden Entwurf des Spezialbudgets der Gewerbekammer für das Jahr 1908 berichten wir ergebenst folgendes:

Pos. I. Bereits im vorigen Jahre hatten wir darauf hingewiesen, daß die gutachtliche und verwaltende Tätigkeit der Gewerbekammer, neben den auf anderen Gebieten hervorgetretenen erhöhten Anforderungen, insbesondere infolge der Durchführung des Handwerksgesetzes vom 26. Juli 1897, eine an Umfang stetig steigende gewesen ist. Das setzt Kenntnis und Erfahrung der damit betrauten Beamten voraus, sofern nicht alle einzelnen Angelegenheiten (Auskünfte, Belehrung, Vermittlung in Streitfällen, Verwaltung der Lehrstellenvermittlung, Registerführung für die Meister- und Lehrlingsrolle, Durchsicht der Lehrverträge) neben den größeren Aufgaben auf dem Gebiete gutachtlicher Tätigkeit usw., durch die Hand eines Beamten, des Konsulenten — was gegenwärtig nicht mehr möglich ist — laufen sollen.

Unter den nachgeordneten Beamten hat denn auch tatsächlich sich die Durchführung einer Arbeitsteilung nach obigen Angaben im Bureau der Gewerbekammer bereits notwendig gemacht und sind die Beamten bis zu dem Grade ihrer Vorbildung und Erfahrung mit der direkten Erledigung der in Frage kommenden Arbeiten betraut worden.

Insbesondere sind, da der wissenschaftliche Hilfsarbeiter, Herr Dr. H. Flüge, den Konsulenten häufig zu vertreten hat, dem jetzigen Kanzleigehilfen Meyer Geschäfte überwiesen, die besondere Anforderungen an die selbständige Arbeitsleistung und Verantwortlichkeit desselben stellen. Kanzleigehilfe Meyer ist 30 Jahre alt und wurde im Juni 1900 bei der Gewerbekammer als Schreiber angenommen. Als solcher war seine Arbeit eine rein mechanische, sie bestand in der Annahme von An- und Abmeldungen zur Lehrlingsrolle sowie Eintragung in dieselbe, weiter in der Anfertigung von Reinschriften von Briefen, Gutachten usw. mit der Schreibmaschine. Im Juni 1902 erfolgte die Beförderung zum Kanzleigehilfen, die sich dadurch rechtfertigte, daß die mehr mechanischen Arbeiten den inzwischen angenommenen Schreibern zufließen, Meyer dagegen die Vorbereitung und Durchsicht solcher Arbeiten übertragen werden konnten. Im Oktober 1906 wurde eine Teilung der Kanzlei der Gewerbekammer in zwei Bureaus nötig, indem die Bibliothek und die Patentschriften-Auslegestelle infolge des wachsenden Andranges des auskunftsuchenden Publikums in andere Räume des Gewerbehause, die mit der Kanzlei nicht direkt zusammenhängen, verlegt wurden. Der Kanzleigehilfe wurde jetzt insbesondere mit der Aufsicht über die Bibliothek und die Patentschriften-Auslegestelle beauftragt. Seit dieser Zeit etwa hat derselbe auch alle eingehenden Lehrverträge daraufhin durchzusehen und zu prüfen, ob dieselben den Bestimmungen der Gewerbeordnung entsprechen, nötigenfalls für die Beseitigung der Fehler Sorge zu tragen. Alsdann erfolgte im Januar d. J. die Eröffnung der Lehrstellenvermittlung, deren Verwaltung ebenfalls dem Kanzleigehilfen übertragen wurde. Endlich wurde im Juni d. J. die Patentauskunftsstelle eingerichtet, bei welcher der Kanzleigehilfe dem Patentanwalt bei der Herausfindung der Patentschriften zc. an die Hand zu gehen hat.

Die Frequenz dieser Einrichtungen war folgende:

## Lehrstellenvermittlung:

|                                          |              |             |
|------------------------------------------|--------------|-------------|
| Anzahl der Lehrherren . . . . .          | 1906/7: 231, | 1907/8: 132 |
| " " Lehrlinge . . . . .                  | " 91,        | " 97        |
| " " vermittelten Lehrstellen " . . . . . | 45,          | " 33        |

## Patentauskunftsstelle:

An 17 Sprechtagen 174 Besucher.

## Patentschriften-Auslegestelle:

Die Zahl der Besucher betrug in diesem Jahre 900 gegen 800 im Vorjahre, wobei die vorgenannten 174 Personen nicht mitgezählt sind.

### Lehrverträge.

Es gingen im Laufe des Jahres 30. 900 Lehrverträge ein, welche durchzuführen waren, und von denen eine ganze Reihe Mängel aufwies, für deren Beseitigung Sorge zu tragen war.

Schließlich sei noch erwähnt, daß der Kanzleigehilfe schon seit längerer Zeit etwa erforderlich werdende Schreiben, die die von ihm zu erledigenden Arbeiten betreffen, selbständig abgefaßt hat, und daß er den Bureauvorsteher in dessen Behinderungsfällen zu vertreten hat.

Die Erledigung aller dieser Arbeiten, sowie die Erteilung von Auskünften an Interessenten macht es erforderlich, daß der betreffende Beamte in dieser Beziehung über genügende Kenntnis und Handhabung der einschlägigen Gesetzebestimmungen verfügt, die Meyer sich im Laufe der Zeit angeeignet hat.

Wir beantragen, die Stelle des Kanzleigehilfen Meyer in die eines Kanzlisten umzuwandeln.

In gleicher Weise ist die Tätigkeit des bisherigen Schreibers Weber umfangreicher und wichtiger geworden. Er hat besonders die früheren Funktionen des Kanzleigehilfen Meyer auszuüben (Führung der Lehrlingsrolle, Annahme der Anmeldungen zur Gesellenprüfung und zu den Meisterkursen, Reinschriften von Gutachten etc., Führung der neuangelegten Meisterrolle, sowie die Aufstellung des Verzeichnisses der selbständigen Handwerker aus den Einkommensteuerfragebogen).

Es erscheint gerechtfertigt, Weber, wie wir beantragen, in die Stelle eines Kanzleigehilfen aufrücken zu lassen.

Pos. II. Sachliche Ausgaben. Die Posten 1 und 2 sind in der bisherigen Höhe wieder eingestellt. Obwohl sich für den Posten 1, welcher durch § 37 des Gesetzes, betreffend die Gewerbekammer, festgelegt ist, aus den der Kammer durch regere den Anforderungen der Zeit entsprechende Vertretung des Gewerbes erwachsenden Aufwendungen eine beträchtliche Erhöhung würde rechtfertigen lassen, erscheint die Erhöhung um eine bestimmte Summe im Wege einer Gesetzesänderung, weil man die künftige Entwicklung nicht absehen kann, nicht geraten.

Der Posten ist vor nunmehr fast 60 Jahren (1849) „mit 1000 Talern Gold“ im Gewerbekammergesetz hauptsächlich für besonders namhaft gemachte Zwecke festgelegt worden. Daß derselbe unter den heutigen Verhältnissen für die besonders genannten Zwecke kaum noch genügt, keineswegs aber bei der stetig steigenden industriellen und kleingewerblichen Entwicklung Bremens hinreicht, um daraus die weiteren erforderlichen Aufwendungen bestreiten zu können, liegt auf der Hand und läßt sich an unzähligen Einzelbeispielen erweisen. Wir glauben auf eine nähere Ausföhrung hierzu aber verzichten zu können. Wenn man bedenkt, daß die Ausgaben der Gewerbekammer der staatlichen Kontrolle unterliegen, so läßt sich das Erforderliche besser jährlich bei der Budgetfeststellung durch eine entsprechende Dotierung des Postens 3 und seiner Verwendung erreichen.

Posten 3, mit der bisherigen Bezeichnung „Handwerkskammer“ ins Budget eingestellt, ist insbesondere für die Wahrnehmung der Rechte und Pflichten der Handwerkskammer und der auf Grund reichsgesetzlicher Bestimmungen daraus sich ergebenden Förderung des Handwerks bestimmt. Durch das eingangs erwähnte Handwerksgesetz in der Gewerbe-Ordnung (und die im kommenden Etatsjahr noch zu erwartende Erweiterung solcher Aufgaben), verbunden mit dem an sich bereits gegenwärtig anhaltend größer werdenden Interesse des Handwerkerstandes für eine bessere Aus- und Fortbildung der Gesellen und Gehilfen, für eine eingehendere Orientierung über die geschäftliche Kalkulation und Buchführung und für die größere Befähigung zur Lehrlingsausbildung wird die Aufwendung größerer Mittel nötig und ist mit dem Betrag von 13 500 M., in Zukunft nicht mehr auszukommen. Gleichzeitig erheischt die Vertretung der Industrie größere Ausgaben als bisher, und es ist bereits im laufenden Etatsjahr unangenehm fühlbar geworden, daß hierfür keine ausreichenden Mittel zur Verfügung standen, zumal auch die Überschüsse aus den Einnahmen des Gewerbehauses, die hierfür mit zu verwenden sein würden, in Zukunft keine nennenswerten mehr sein werden. Das erklärt sich daraus, daß durch

die Verlegung des Militäraushebungsgeschäfts aus dem Gewerbehaus, welches im Interesse der Verwendung der betreffenden Räume zu Gewerbekammerzwecken und die Heranziehung weiterer Räume zu gleichen, namentlich Bureauzwecken, die Mietbeträge immer geringer werden, so daß mit Überschüssen künftig kaum noch zu rechnen sein wird. Wäre dies nicht unbedingt zu erwarten, so würde die beantragte Erhöhung des Postens um 9000 M. vielleicht auf einen niedrigeren Betrag bemessen werden können. Es hat sich aber bereits seit dem Jahre 1906 herausgestellt, daß, wenn mit dem bisherigen Posten von 13 500 M. allein für die Handwerksinteressen nur unter Zuhilfenahme von 1500 M. aus den Überschüssen des Gewerbehauses auszukommen war, und mit dieser Möglichkeit für die Zukunft nicht gerechnet werden kann, die Erhöhung des Handwerkskammerfonds für sich wegen der gedachten weiteren Anforderungen um einen erheblich höheren Betrag nötig wird. Dazu kommen die im Interesse der Industrievertretung erforderlichen Aufwendungen.

An dieser Sachlage wird auch durch den etwaigen Einwurf nichts geändert, daß der Fonds von 13 500 M. den ausschließlichen, durch Reichsgesetz (Gewerbeordnung) begründeten Verwendungen der Gewerbekammer als „Handwerkskammer“ zu dienen bestimmt sei. Denn einmal war die Gewerbekammer schon vor Erlaß des Handwerksgesetzes (vom 26. Juli 1897) zur Förderung des Handwerks berufen, andererseits ist aber bei der engen Verbindung, die in der Gewerbekammer das Handwerk mit demjenigen Teile der Industrie hat, welcher vorzugsweise gelernte Arbeiter beschäftigt, eine strenge Abgrenzung der Verwendung ihrer Mittel für „Handwerks- oder Industriezwecke“ praktisch weder durchführbar noch erwünscht.

„Weder durchführbar“, weil bei einer ganzen Reihe ihrer Aufwendungen (für Meisterkurse, Meisterprüfungen, Gesellenprüfungen, genossenschaftliche oder Versicherungseinrichtungen, Orientierung der Gewerbetreibenden durch periodisch gedruckte Mitteilungen, Beteiligung an den Tagungen gewerblicher Interessenverbände usw.) kaum zu trennen ist, wieweit dieselben im einzelnen dem Handwerk oder der Industrie zugute kommen,

„noch erwünscht“, weil die vorgenannten und noch sonst hinzukommenden Einrichtungen — wenn sie auch in erster Linie für das Handwerk nützlich sein werden — dennoch für die Industrie eine große Bedeutung besitzen. Um nur ein Beispiel zu nennen, ist hervorzuheben, daß die Meisterkurse, in denen unterschiedslos den Gesellen und Gehilfen des Handwerks, wie den gelernten Arbeitern der Industrie die Kenntnis der gewerberechtlichen und Versicherungsbestimmungen, der geschäftlichen Buchführung und Kalkulation, sowie der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten vermittelt wird, zwar in erster Linie dem Zwecke dienen, auf die Meisterprüfung vorzubereiten, jedoch nicht ausschließlich auf diesen Zweck begrenzt werden können. Denn ebensowenig als gelernten Arbeitern der Industrie versagt werden kann, an den Kursen sich zu beteiligen, um nach Bestehen der Meisterprüfung selbständige Handwerker oder Fabrikanten zu werden, können die Teilnehmer aus dem Stande der Handwerksgehilfen und Gehilfen verpflichtet werden, im Handwerkerstande zu verbleiben, anstatt, wie es wiederholt geschieht, als Werkmeister oder Betriebsführer in ein Fabrikunternehmen überzutreten. Der Industrie aber kann an der Gewinnung solcher, auch nach den genannten Richtungen hin ausgebildeten, Personen nur ebenso gelegen sein wie dem Handwerk die Heranbildung eines den technischen, wirtschaftlichen und sittlichen Anforderungen der Zeit gewachsenen Nachwuchses am Herzen liegt. Eine Beschränkung solcher Einrichtungen auf das Handwerk würde aber höchst ungünstig wirken und wie wir aus vielen Anerkennungen der Industriellen wissen, nicht in deren Interesse, am wenigsten aber im allgemeinen Staatsinteresse liegen.

Es kommt daher, wie dieses Beispiel, das sich an anderen Einrichtungen ebenso durchführen ließe, zeigt, die Tätigkeit der Gewerbekammer auf dem Gebiete der Förderung des Gewerbestandes, der Industrie und dem Handwerk gleichzeitig zugute. Endlich darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß eine zwischen Industrie und Handwerk streng getrennte Verwaltung die Begriffstrennung zwischen „Fabrik und Handwerk“ sowohl generell als im Einzelfalle voraussetzen und damit die Durch-

föhrbarkeit solcher an sich für beide Kategorien nützliche Einrichtungen erheblich erschweren würde, ganz abgesehen von den gegenseitigen gewerbepolitischen und gewerbewirtschaftlichen Einflüssen, die die Fesselung des Interesses bei der in einem Organismus (Gewerbekammer) zusammengefaßten Kategorien für die möglichen gemeinsamen Aufgaben in sich trägt.

Wir meinen aber, daß es, nachdem die Gewerbekammer in der von ihr i. Zt. gewünschten Weise organisiert worden ist, und beide Abteilungen (Industrie und Handwerk) in Einmütigkeit für die gesamtgewerbliche Entwicklung und Förderung Bremens tätig sind, es bei der Bewilligung der zur Durchführung dieser Aufgaben erforderlichen Mittel nicht des trennenden Hinweises auf „Zweck des Handwerks oder der Industrie“ bedürfte, und beantragen deshalb, den bisherigen Posten 3 „Handwerkskammer“ ins Budget 1908 mit der Bezeichnung „Allgemeine Ausgaben für die Vertretung und Förderung des Gewerbes“ in Höhe von 22 500 M einzustellen.

III. Die Einnahmen der Gewerbekammer, welche von ihr nicht verwendet werden dürfen, sondern der Staatskasse direkt zufließen, veranschlagen wir statt auf 3500 M für das Jahr 1908 auf 4000 M.

Die Gewerbekammer.

(gez.) Dr. A. Feldmann

Präsident.

#### Budgetbericht der Deputation für das Stadttheater.

Anlage 18.

1) Nach dem Vertrage der Deputation mit dem neuen Direktor des Stadttheaters hat dieser für jedes Jahr der Vertragszeit außer der Pacht für das Theatergebäude in der bisherigen Höhe von 14 000 M für den Fundus und das übrige Inventar 10 000 M und für die Garderoben 13 500 M an Pacht zu zahlen, und zwar in zwei gleichen Raten am 1. November und 1. März. Über diese beiden Posten ist daher ein Einnahmen-Budget aufgestellt.

2) Senat und Bürgerchaft haben beschlossen, unser Theater mit einem vollständigen Staatsfundus auszustatten und zu dem Ende den Fundus der gegenwärtigen Direktion zu erwerben. Die Folge davon ist, daß in Zukunft jährlich für Ergänzung und Unterhaltung des Fundus erheblich größere Aufwendungen als bisher gemacht werden müssen. Ohne Erfahrung auf diesem Gebiete ist die Deputation nicht in der Lage, den voraussichtlichen Bedarf genügend bestimmt anzugeben. Dazu kommt, daß der Bedarf, namentlich für Neuanschaffungen, stark wechseln wird, und daß bei Aufstellung des Budgets nicht ermittelt werden kann, welche Anforderungen die folgende Theatersaison durch neue Schauspiele und Opern oder aus sonstigen Gründen stellen wird. Es ist ein Betrag von 30 000 M eingestellt, der sich aus den unter 1 bezeichneten Einnahmen (23 500 M) und dem in den letzten Jahren für Unterhaltung des bisherigen Staatsfundus regelmäßig aufgewandten Betrage (etwa 7 000 M) zusammensetzt. Bei der Wahrscheinlichkeit, daß jener Betrag in einzelnen Jahren Ersparnisse gestattet, in anderen dagegen nicht ausreicht, beantragt die Deputation zu genehmigen, daß etwaige Ersparnisse bis auf anderweiten Beschluß in Restverwaltung genommen und in Jahren stärkeren Bedarfs von der Deputation verwandt werden dürfen. Die Pachteinahmen für Fundus und Garderoben würden so dauernd für das Theater nutzbar gemacht werden. Auch über die in Restverwaltung befindlichen Beträge würde jährlich Rechnung zu legen sein.

3) Für die Anschaffung der historischen Kostüme für die weiblichen Chormitglieder, die bis zum Direktionswechsel geschehen muß, sind der Deputation, bis jetzt 19 000 M bewilligt; der Rest sollte zum Budget 1908 beantragt werden. Inzwischen sind die Kosten genau und aufs knappste berechnet; sie belaufen sich auf 30 000 M, so daß noch 11 000 M erbeten werden müssen.

4) Der bevorstehende Direktionswechsel macht Veränderungen und Verbesserungen an den Geschäftsräumen der Direktion und einiges neues Mobiliar erforderlich; die Kosten sind von der Hochbauinspektion auf 2400 M. angeschlagen.

5) Die Schätzung, Übergabe und Inventarisierung des Fundus der jetzigen Direktion, die alsbald nach Schluß der laufenden Saison auszuführen sind, werden, da nach Schätzung 15 000 Gegenstände in Frage kommen, nicht unerhebliche Kosten verursachen. Die Deputation hat dafür 3330 M. eingestellt, ersucht aber um die Ermächtigung, einen etwaigen Fehlbetrag aus der Ausgaben-Position 1 decken zu dürfen.

6) Den für den Fundus der Direktion zu zahlenden Preis, der nach der getroffenen, von Senat und Bürgererschaft genehmigten Vereinbarung durch Schätzung Sachverständiger festzustellen ist, hat die Deputation nicht in das Ausgaben-Budget eingestellt, weil sie nicht imstande ist, denselben auch nur annähernd anzugeben. Sie wird nach ausgeführter Schätzung einen Antrag auf Nachbewilligung stellen.

Bremen, den 12. Dezember 1907.

Die Deputation für das städtische Orchester und das Stadttheater.  
(gez.) **Stadtländer.** (gez.) **Dr. H. Unidde.**

Anlage 19.

#### Budgetbericht der Baudeputation, Abteilung Hochbau. Außerordentliche Ausgaben.

##### 1. Städtisches Museum, Erweiterungsbau, Rest.

Von der für den Erweiterungsbau bewilligten Bausumme von 902 500 M. sind 409 000 M. durch Schenkungen aufgebracht, so daß durch den Staat 493 500 M. zu decken sind. Von dieser Summe sind für das Rechnungsjahr 1906 bereits 150 000 M. als I. Rate und für das Rechnungsjahr 1907 gleichfalls 150 000 M. bewilligt, so daß noch eine Restbausumme von 193 500 M. nötig ist.

##### 2. Realschule in der Neustadt, Rest.

Das endgültige Projekt ist laut Beschluß von Senat und Bürgererschaft vom 1./3. Mai 1907 mit 453 000 M. genehmigt. Von dieser Summe sind bereits als I. bis III. Rate (50 000 + 150 000 + 100 000) = 300 000 M. bewilligt, so daß für das Budget 1908 die Restsumme mit 153 000 M. vorzusehen ist.

##### 3. Realschule in der Neustadt, Inventar.

Der unter Vorbehalt bewilligte Betrag von 85 000 M. für das Inventar, (Verhdlgn. zwischen Senat und Bürgererschaft vom 2./1. Mai 1907 S. 350) ist einzustellen. Der spezifizierte Kostenanschlag wird voraussichtlich im Januar 1908 Senat und Bürgererschaft zur Beschlußfassung zugehen.

##### 4. Entgeltliche Volksschule an der Hemelingerstraße, Rest, 165 000 M.

Das Projekt liegt zurzeit Senat und Bürgererschaft vor. Es wird auf den hierzu erstatteten Bericht verwiesen.

##### 5. Entgeltliche Volksschule in der Hohentorsvorstadt an der Erlenstraße, II. Rate.

(Vergleiche Verhdlgn. zwischen Senat und Bürgererschaft vom 5. März und 2. April 1907, S. 160, 161 und 215). Für diesen Bau ist eine II. Baurate von 100 000 M. eingestellt. Das Projekt ist fast fertiggestellt und wird etwa im Monat Dezember ex. Senat und Bürgererschaft zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

##### 6. Unentgeltliche Volksschule in der westlichen Vorstadt an der Nordstraße, II. Rate.

Vergleiche den Beschluß von Senat und Bürgererschaft vom 6., 10. und 12. Juli 1907 (Verhdlgn. S. 832, 833, 848, 849). Als I. Rate sind

100 000 M bewilligt und ist die Einstellung der II. Rate von 50 000 M erforderlich. Das spezielle Projekt ist in der Bearbeitung begriffen und wird wahrscheinlich Anfang 1908 Senat und Bürgerschaft zur Beschlußfassung vorgelegt werden können.

7. Neue unentgeltliche Volksschule in der westlichen Vorstadt, I. Rate.

Für diesen Bau ist eine I. Baurate von 100 000 M eingestellt. Den erläuternden Bericht erstattet die Schuldeputation.

8. Neue unentgeltliche Volksschule in der Vorstadt Hastedt, I. Rate.

In dieser Vorstadt muß nach einem Bericht der Schuldeputation noch eine Volksschule errichtet werden. Eine I. Baurate ist mit 100 000 M eingestellt. Die Schuldeputation erstattet den erläuternden Bericht.

9. Schule an der Sternstraße, Vorbau.

Vergleiche den Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 10. Juli, 4./16. Oktober 1907 (Verhdlg. S. 849, 1085 und 1126), wonach die Einstellung von 2500 M für das Budgetjahr 1908 genehmigt ist.

10. Einrichtung des ehemaligen Erheberhauses am Hulsberg zu Schulklassen.

Vergleiche den Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 16./13. November 1907 (Verhdlg. S. 1184 und 1189).

11. Schule am Buntentorssteinweg, Erweiterungsbau.

Vergleiche den Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 28. Juni/6. Juli 1907 (Verhdlg. S. 807—809 und 842), und 8. November 1907 (Verhdlg. S. 1157/8). Ein Erweiterungsbau ist für diese Schule erforderlich. Die Kosten werden 98 500 M betragen. Der erläuternde Bericht wird von der Schuldeputation erstattet.

12. Schule in der Waller Vorstadt, I. Rate.

Für diese Schule ist auf Veranlassung der Schuldeputation eine I. Rate mit 50 000 M für einen Erweiterungsbau eingesetzt.

13. Einrichtung von Zeichensälen in Volksschulen, I. Rate, 50 000 M.

Die Hochbauinspektion hat auf Wunsch der Inspektion der Volksschulen für verschiedene Schulen Projekte ausgearbeitet. Den Bericht erstattet die Inspektion der Volksschulen.

14. Neue gewerbliche Fortbildungsschule an der Weserbahn, I. Rate.

Auf Wunsch der Inspektion der gewerblichen Schulen ist eine I. Rate von 100 000 M eingestellt. Den erläuternden Bericht erstattet die Behörde.

15. Seefahrtsschule, Vergrößerung.

Für diesen Bau sind verschiedene Projekte ausgearbeitet und der Behörde für die Seefahrtsschule zur Begutachtung vorgelegt. Die überschläglich ermittelten Kosten von 116 000 M würden in das nächstjährige Budget eingestellt werden müssen, da der Erweiterungsbau voraussichtlich im Jahre 1908 ausgeführt werden soll.

16. Archivgebäude, Rest 157 000 M.

Vergleiche den Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 10./25./28. September 1907 (Verhdlg. S. 1003, 1069, 1070). Nachdem mit dem Bau bereits begonnen ist, wird die Restsumme von 157 000 M erbeten.

17) Stadttheater, Vergrößerung des Orchesterraumes.

Das Projekt ist der Deputation für das städtische Orchester und das Stadttheater vorgelegt und wird in Kürze dem Senat und der Bürgerschaft zur Beschlußfassung zugehen. Die Bausumme ist deshalb mit 26 000 M eingestellt.

## 18. Krankenanstalt, Erweiterung des chirurgischen Hauses, Rest.

Vergleiche den Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 15./3. Mai 1907 (Verhdlgn. S. 369—375 u. 400). Die Restsumme mit 71 800 M ist eingestellt, da die Bauausführung voraussichtlich noch im Jahre 1908 beendet werden wird.

## 19. Krankenanstalt, Neubau eines pathologischen Instituts.

Die Deputation für die Krankenanstalten wird den Bericht erstatten. Vorläufig ist eine I. Rate von 100 000 M eingestellt, da mit dem Bau voraussichtlich noch im Jahre 1908 begonnen werden muß.

## 20. Bedürfnisanstalt bei der Endstation der elektrischen Straßenbahn in Gröpelingen.

Die Polizeidirektion wünscht die Erbauung der genannten Anstalt an der Straße „Am Ohlenhof“, die Kosten im Betrage von 4500 M sind eingestellt.

## 21. Gasbeleuchtungsanlage für die Treppen, Korridore, Wirtschafts- und Bureauräume der Strafanstalt Oslebshausen.

Die Kosten sind von der Direktion des Gaswerks auf 6000 M angegeben, welche Summe auf Veranlassung der Deputation der Gefängnisse eingestellt ist, die auch die Berichterstattung übernimmt.

## 22. Strafanstalt Oslebshausen, Neubau eines Krankenhauses.

Die Hochbauinspektion hat ein Projekt ausgearbeitet, dieses liegt der Deputation der Gefängnisse vor. Die Kosten sind zu 38 000 M veranschlagt. Den erläuternden Bericht erstattet die Deputation der Gefängnisse.

## 23. Neubau des Gefangenhauses, Grunderwerbskosten 360 000 M.

Die Deputation der Gefängnisse hat den erläuternden Bericht erstattet.

## 24. Neubau der Dienstwohnung des Lotsenkommandeurs in Bremerhaven.

Die unhaltbaren Zustände in der jetzigen Dienstwohnung des Lotsenkommandeurs machen einen Neubau aus gesundheitlichen Rücksichten erforderlich. Ein Projekt wird in Kürze vorgelegt werden. Die vorläufige Kostenermittlung hat einen Betrag von 32 000 M ergeben, der in das Budget eingestellt ist.

## 25. Vergrößerung des Bureau der Straßenbauinspektion.

Infolge der Reorganisation des Bauwesens wird diese Inspektion in zwei Abteilungen getrennt und ist dadurch eine Vergrößerung des Bureau erforderlich. Das Projekt ist inzwischen vorgelegt, die Kosten betragen 30 000 M.

## 26. Krankenanstalt, Stallgebäude mit Ökonomenwohnung.

An Stelle des Stallgebäudes, das an der Straße „Am schwarzen Meer“ liegt, soll das unter Nr. 19 aufgeführte Pathologische Institut errichtet werden.

Das neue Stallgebäude soll mit den andern landwirtschaftlichen Zwecken dienenden Gebäuden und Schuppen an einer Stelle vereinigt werden. Den Bericht über die Notwendigkeit der Bauausführung wird die Deputation für die Krankenanstalten erstatten.

## 27. Spülklosettanlagen, IX. Rate.

Mit der Einrichtung der Spülklosettanlagen in den Staatsgebäuden ist fortzufahren.

Für das Rechnungsjahr 1908 kommen in Frage:

|                                                            |   |        |
|------------------------------------------------------------|---|--------|
| 1) Polizeibureau Westerdeich (XV) .....                    | M | 700    |
| 2) Schule am Postweg .....                                 | " | 8 000  |
| 3) Schule an der Voltmershauserstraße .....                | " | 7 000  |
| 4) Schule an der Rechtenfletherstraße .....                | " | 3 500  |
| 5) Wohnhaus Voltmershauserstraße 65 .....                  | " | 400    |
| 6) " " 67 .....                                            | " | 400    |
| 7) " Westerdeich 61 .....                                  | " | 500    |
| 8) Zollrevisionsbude an der Südwestseite des Holzhafens .. | " | 800    |
|                                                            | M | 21 300 |

## 28. Hauptfeuerwache (II. Bauabschnitt); Wohnhaus des Brandinspektors.

Von den im Jahre 1907 für den II. Bauabschnitt eingestellten 125 000 M sind von Senat und Bürgerschaft laut Verhandlungen vom 9./6. Juli 1907 S. 841, 843 nur 86 200 M bewilligt. Das damals abgelehnte Wohnhaus für den Brandinspektor ist in dem vorgelegten Projekt mit 38 000 M veranschlagt. Dieser Betrag soll jedoch nach dem Beschlusse der Bürgerschaft vom 4. Dezember 1907 durch Vereinfachung des Projekts verringert werden.

## 29. Feuerwache V; Neubau eines Wagenchuppens.

Der erläuternde Bericht wird von der Löschdeputation erstattet.

## 30. St. Jürgen-Asyl in Ellen; Vergrößerung und Verbesserung der Akkumulatorenbatterie, Anordnung von Einzelzählern und Erden des Nulleiters.

## 31. St. Jürgen-Asyl in Ellen; Neubau eines II. Schweinestalles.

Der erläuternde Bericht zu 30 und 31 wird von der Deputation für die Krankenanstalt erstattet.

Bremen, im Dezember 1907.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau.

(gez.) **Rebelthau.** (gez.) **Wuppesahl.**

